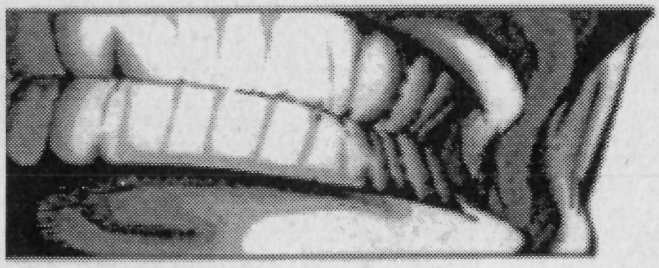
ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR



Lotta DURA

Nr. 13/99

€ 2 / ATS 30 / DEM 5 / sFr 5

Antisemitische Koalitionen in Rußland

Walser Debatte

Schwarzbücher des Revisionismus

Staatsschutz: Extremismus der Mitte

„HOHE AKZEPTANZ FÜR AUSLÄNDER - NEIN DANKE!“

Lotta DURA

DER KAMPF WIRD HÄRTER

editorial

Öffentliche Prozesse können bisweilen helfen, tief in die Abgründe polizeilicher und richterlicher Ermittlungsarbeit zu blicken. Die tun sich insbesondere dort auf, wo den Behörden mehr an Verdunkelung gelegen ist: bei rassistisch motivierten Straftaten. Diese werden seit jeher dargestellt als das unpolitische Treiben völlig isolierter Einzeltäter. Im Falle des gerade vor einem Grazer Gericht stehenden "Bajuwaren" Franz **Fuchs** zeigt sich, wie politisch motivierte Ermittlungen von der Wahrheit wegführen. So wurden alle dem Dogma vom unpolitischen Einzeltäter widersprechende Hinweise mit dem entsprechenden Eifer verfolgt. Der steirische Kraftwerksbesitzer Bernd **Ebner**, der einzige Rechtsextremist, dessen Bekanntschaft mit Fuchs nicht länger zu übersehen war, mußte sich etwa vor Gericht nicht fragen lassen, was ihn mit der BBA-Monade jenseits des Beruflichen verbinde. Wie in die Nähe von Fuchs gebrachte Deutschtumskämpfer von den ErmittlerInnen im Vorfeld des Prozesses "abgeklopft" worden sind, zeigt auch der Fall des von einem Wiener Schauspieler als angeblicher Fuchs-Bekannter geouteten Rechtsextremisten aus dem niederösterreichischen Weinviertel. Der hat den Besuch zweier netter Staatspolizisten in angenehmer Erinnerung: Weder hätten sich diese für seine ansehnliche Sammlung rechtsextremer Literatur interessiert, noch sei er einem eingehenden Verhör unterzogen worden. Gegenüber "Format" (7/99) macht der Nicht-Verdächtige übrigens kein Hehl aus seiner Sympathie für Fuchs: "Der ist eigentlich ein Sprachrohr für die schweigende Mehrheit der Österreicher. Die anderen sind ja eingeschüchtert."

Während die Einzeltäterthese gegen alle widersprechenden ZeugInnenaussagen und Indizien - dafür mit medialer Unterstützung - durchgedrückt werden dürfte, wird die Behauptung eines rein persönlichen Hintergrundes des BBA-Terrors schwerlich aufrechtzuerhalten sein. Machten es schon Opferauswahl und Bekennerbriefe schwer, den rechtsextremen Hintergrund der Anschläge zu leugnen, die nun veröffentlichten Fuchs-Aussagen und das Verhalten des Angeklagten vor Gericht sollten diese Entlastungsstrategie gänzlich verunmöglichen. Da wie dort stellt sich der "Sonderling aus Gralla" als das dar, was er ist: ein ganz normaler Österreicher, eingekreist von finsteren Mächten und angetrieben vom Haß auf alles Nicht-Identische. Je lauter sich Justiz, Polizei und angeschlossene Medien über die politischen Motive von Fuchs ausschweigen, desto dreister die Versuche der Rechten, eine "linksextreme" Verschwörung hinter der BBA zu konstruieren.

Rechtzeitig zu Prozeßbeginn brachten diese eine Kronzeugin ins Spiel: Die Autorin Brigitte **Schwaiger** behauptete Anfang Februar in einem Schreiben, Fuchs im Bekanntenkreis ihres damaligen Mannes gesehen zu haben. Weniger die Glaubwürdigkeit Schwaigers als die Tatsache, daß es sich bei ihrem Ex-Gatten um einen prominenten "Linksextremisten" handelt, brachten diesen Ausfluß eines Rosenkrieges als Enthüllung in die Zeitungen. Die "Krone", Zentralorgan jenes Milieus, in welchem die BBA sich wie der berühmte Fisch im Wasser bewegt, behauptete etwa triumphierend eine "Fuchs-Spur nach links" (7. 2. 1999). Auch die gutbürgerliche "Presse" schwafelte von "Indizien" für eine "perfekte Manipulation" (6. 2. 1999). Doch zum Leidwesen der rechten Märchenrunde entpuppte sich Schwaiger rasch als das was sie ist: eine von der FPÖ instrumentalisierte Paranoikerin. In einem Brief an ihren Ex-Gatten drohte die Autorin offen mit ihren guten Kontakten zur **Haider**-Partei, welche bereits seit Herbst 1996 bestünden. Tatsächlich lancierte der ehemalige FPÖ-Parlamentarier Hans **Pretterebner** in seinem Magazin "TOP" schon im September 1997 jene Räuberpistole, die nun dank der Popularität Schwaigers Eingang in die Massenmedien fand.

Den selektiven Charakter der Wahrnehmung von Terror bezeugt gegenwärtig auch die mediale Hatz auf KurdInnen. So beharrlich rechtsextreme Gewalt geleugnet wird, so leidenschaftlich wird die Bedrohung durch "Kurden-Terror" an die Wand gemalt. Der auch im Staatsschutzbericht genannte "Ausländerextremismus" bedroht die Gemeinschaft von außen und wird daneben zu einer Legitimationsgrundlage für die exzessive Abschiebungspraxis.

In dieser Nummer beschäftigen wir uns einmal etwas ausführlicher mit der dahinter liegenden Ideologie von der "Inneren Sicherheit". Die aktuelle Offensive gegen bürgerliche(!) Freiheitsrechte zielt über das unmittelbare Mehr an Repression hinaus auf einen autoritären Umbau von Staat und Gesellschaft. Die radikale Linke, die sich dem entgegenstellen sollte, verharrt bestenfalls im Pathos der MenschenrechtsaktivistInnen. Tatsächlich fehlt ihr weitgehend das analytische Rüstzeug, um aktuelle Entwicklungen jenseits der Boshaftigkeit der "Herrschenden" zu begreifen. Da bleibt neben Selbstmitleid dann nur der Appell an die liberale Gesinnung aus besseren Tagen.

Wie der antiimperialistische Teil der Linken Herrschaft mißversteht, versuchen wir diesmal ebenfalls aufzuzeigen. In Anknüpfung an vorangegangene Hefte und einer Auseinandersetzung innerhalb der Wiener Szene beleuchten wir insbesondere den antisemitischen Gehalt des Antizionismus. Als ob es dessen noch bedurft hätte: Gerade eben belegen Öcalan-AnhängerInnen, wie der Kampf um "nationale Befreiung" mit Antisemitismus korrespondiert. Wie so oft sind es die "Zionisten" und die von ihnen beherrschten USA, die ein "Volk" an der "Selbstbestimmung" hindern. Und weil beim Protest gegen diese finstere Verschwörung keine Juden und Jüdinnen zur Verfügung sind, werden halt israelische Fahnen verbrannt.

Aber viel lieber als der fruchtlose Streit über einen Antiimperialismus, der den Antisemitismus in sich trägt wie die Wolke den Regen, wäre uns eine Diskussion der antifaschistischen Theorie und Praxis. Ausgehend von Kritik an linken Positionen zur NS-Vergangenheitspolitik und zur FPÖ möchten wir diese nun schon zum x-ten mal anleiern. Dabei sollen uns weniger die Personen als die von ihnen vertretenen Inhalte interessieren. Es ist aber schwer, eine Kritik an Texten so zu formulieren, daß sie nicht als persönlicher Angriff mißverstanden wird. Auch ist es nicht die vermeintliche Bedeutung der VerfasserInnen, sondern der Charakter ihrer Texte, was eine Beschäftigung sinnvoll erscheinen läßt.

Impressum:
„Lotta DURA"
Grundlegende Richtung:
Zeitschrift für Antifaschismus und mehr
Erscheinungsweise:
4 x im Jahr
Herausgeber:
H. Obek, 1140 Wien
V.I.S.P.:
H. Obek
Druck:
Beneš - Print, Praha
Made in the Czech Republic
Nachdruck:
Nur mit vollständiger Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

NAZI-NETZWERKE

4 Habsburg-Spendenskandal: Braunzone in der Krise
5 Verbotsgesetz: Urteile gegen Polacek & Co.
6 Hatzenbichler verläßt "Zur Zeit"
7 Höbelt: Festschrift für David Irving
29 Neonazi-Angriffe in Innsbruck

ANTISEMITISMUS

8 Antisemitismus und Fußball
10 Antisemitische Koalitionen in Rußland
18 AntiimperialismusAntizionismusAntisemitismus

THEORIE

13 M. Walser: Ein Mann - Ein Volk -Eine Debatte
17 Applaus von links: Der Walser Debattierklub
19 Drei Versuche über die FPÖ
21 Was die Rechten schreiben
22 Antisemitismus - Ganz gewöhnliche Freiheitliche

RIPOSTE @ LOTTA

Beiträge von außen:
22 Anmerkungen zum Stellenwert der Wertkritik
23 Kritik an Microsoft... hilft auch nicht weiter

HISTORIKER?

24 Schwarzbücher des Revisionismus

STAATSARCHITEKTUR

30 Polizeistaatsschutzbericht 1997
31 Extremismus der Mitte
36 Menschenjagd als Alltagshandlung

Abonniert die Lotta DURA!

Lotta DURA erscheint vierteljährlich bundesweit im Eigenvertrieb und unter Mithilfe von dir.

Der **EINZELVERKAUFSPREIS** beträgt **30 öS, 5 DM** bzw. **5 SFR**.
Ein **ABONNEMENT** kostet **100 öS, 20 DM** oder **20 SFR** inklusive Versandkosten, beinhaltet die Lieferung von 4 Nummern und verlängert sich nicht automatisch.

Ein **FÖRDERABONNEMENT** - für Personen, die sich's leisten können oder wollen - umfaßt 4 Ausgaben und kostet ab **500 öS** (aufwärts ohne Limit).
SPENDEN sind natürlich auch willkommen und äußerst hilfreich.

Die **BEZAHLUNG** von bestellten Einzelnummern oder Abos erfolgt gegen Vorauskasse in bar oder in Briefmarken im doppelten Umschlag.
Im **ERSTEN** Umschlag, der mit **H.MADER** beschriftet ist, werden Banknoten oder Briefmarken, deine Adresse und Begehr verwahrt.
Dieser wird dann in ein **ZWEITES**, ausreichend frankiertes Kuvert mit Empfängerin **ÖH-GRUWI, POSTFACH 101, 1096 WIEN** gesteckt und abgeschickt. Nur diese Vorgangsweise gewährleistet, daß wir zu unserem Geld und du zu deiner **Lotta DURA** kommst.

HANDVERKAUF soll auch dazu beitragen, den Aktions- und Verbreitungsradius zu vergrößern, wobei für HandverkäuferInnen noch 5 öS pro verkauftem Exemplar herausspringen. Wer interessiert ist, sollte in der oben beschriebenen Form brieflich mit uns in Kontakt treten.

Ich bestelle

DIE LOTTA DURA BZW. VERLÄNGERE MEIN ABO ZUM PREIS VON:

❍ 100 ÖS/20 DM im Abo (4 Ausgaben) oder

ICH BESTELLE FOLGENDE EINZELAUSGABEN:

❍ 1/1994 Südtirolterror, Anti-Kommers in Innsbruck, Asylpolitik in Österreich, Medienrandale
❍ 2/1995 Morde in Oberwart, Geschichtslügen der Nazis, Jüdischer Widerstand, Chronolgie des staatlichen Rassismus (danach in allen Heften) - Achtung! Dieses Heft ist vergriffen! Kopierexemplar um öS 30 erhältlich.
❍ 3/1995 Ebergassing: die F geht in die Offensive, AUF-rechte Staatsschützer, Frauen und Rechtsextremismus
❍ 4/1995 Briefbomben, „Junge Freiheit", Burschenschaften, Antifa-Gruppen, Haider-WählerInnen
❍ 5/1996 Strategie der Spannung: Bomben, Gladio, HNA; Braunzone ÖVP, NS-Krankenpflegerinnen, Vergewaltigung, Braunes Vorarlberg
❍ 6/1996 Werwolf-Terror, Was die Rechten schreiben (danach in allen folgenden Heften), Haider und die Waffen-SS, Teutonischer Urwald (Burschenschafter), Linker Antisemitismus
❍ 7/1996 Political Correctness, Nationalrevolutionäre Ver(w)irrungen, Sichrovsky und Waldheim
❍ 8/1997 DKEG - FundamentalistInnen des NS, Anti-Kommers in Wien, Krone und Rechtsextremismus, Siemens abschalten!, Wie deutsch ist Winnetou?, Antisemitismus in der Frauenbewegung
❍ 9/1997 Offenhausen, Siemens Abschalten II, DKEG, Der Ring freiheitlicher Studenten, Über Stefan Karner
❍ 10/1997 Einsamer Bajuware, 1848 - 1938 - 1998 - Burschenschaftliche Traditionen, Ulrichsberg, Mord an der Haider-Kopie, Le Pen und Meciar
❍ 11/1998 Kameradschaftsbünde, 1815-1848-1933 - Deutsche Revolutionen, Schwarzbraune Koalitionen
❍ 12/1998 Novemberpogrom, Über Stefan Karner, Antisemitismus und Freiheitliche, Neue Rechre

Name:
.....
Anschrift:
.....

.....

Braunzone in der Krise?

Spendenskandal im rechtskonservativen Lager

DER IM HERBST 1998 AUFGEFLOGENE SPENDENSKANDAL UM „WORLD VISION" BRACHTE DEM ORGANISIERTEN KONSERVATIVISMUS (OK) EINE SCHLECHTE PRESSE EIN. PROMINENTE VERTRETERINNEN DER BRAUNZONE, ALLEN VORAN KAISERENKEL UND ÖVP-EUROPAPARLAMENTARIER KARL HABSBURG, SAHEN SICH PLÖTZLICH MIT EINEM FUSS IM KRIMINAL.

Wolfgang und Tina **Krones**, in den 80er Jahren Führungskader der rechtskonservativen JUNGEN EUROPÄISCHEN STUDENTENINITIATIVE (JES), verteilten Millionen an Spendengeldern um. Die für die Bekämpfung des Hungers in den antitotalitären Staaten der „Dritten Welt" gesammelten Beträge flossen aber nicht nur in die eigenen Taschen, sondern auch in die Kassa der befreundeten PANEUROPA-BEWEGUNG Habsburgs. Während Karl nach dem Auffliegen des Skandals den Eindruck erweckte, er wüßte gar nicht, wie ihm geschieht, reagierte sein Vater Otto auf die mediale Kritik ungehalten. Gegenüber „profil" (50/98) meinte der Europaparlamentarier der CHRISTLICH SOZIALEN UNION (CSU): „Karl wird angegriffen, weil er einen gewissen gelben Stern trägt, den Namen Habsburg. Die armen Juden haben ja Entsetzliches mitgemacht. Ich denke oft an sie in diesem Zusammenhang."

BRÜCKENBAUER

Daß dieser skandalöse Vergleich kein Ausrutscher war, sondern Ausdruck der politischen Gesinnung des Kaisersohnes, beweist ein Blick auf dessen Karriere in der Braunzone zwischen Konservativismus und Faschismus. Bereits im US-amerikanischen Exil (1938-45) wirkte Otto am Aufbau eines antikommunistischen Netzwerkes, welches die Nazis in ihrem Kampf gegen den Bolschewismus beerben sollte, mit. Weil mit der NS-Ideologie von der „Verteidigung Europas" auch viele ihrer ehemaligen Träger in die neue Front eingebaut wurden, wollten sich die Kalten Krieger nicht lange bei den NS-Verbrechen aufhalten. So nannte auch Otto die „Bewältigung der Nazivergangenheit (...) eine der abwegigsten Ideen der Nachkriegszeit".
Als Kämpfer für freedom and democracy knüpfte er Kontakte zu den „freien" Frontstaaten im Kalten Krieg. Zum „bewunderungswürdigen Spanien" hegte Otto „die Gefühle tiefster Solidarität und beständiger Freundschaft". Der mit den Falangisten sympathisierende Kaisersohn lehnte übrigens 1952 aus Legitimitätsgründen den ihm von **Franco** angebotenen spanischen Thron ab. Im vom Kommunismus bedrohten Italien hielt es Otto mit dem neofaschistischen MSI. Dessen damaliger Führer Giorgio **Almirante** traf sich Ende der 70er Jahre wiederholt mit dem umtriebigen Potentaten. Die BRD-Auslandsorganisation des MSI (COMITATO TRICOLORE) war 1979 offizieller Gast beim „Paneuropa-Kongreß" in Wiesbaden. Dort trafen wie jedes Jahr Faschist(inn)en aus ganz Europa auf hohe katholische Würdenträger, Funktionäre revanchistischer „Vertriebenenverbände" und konservativer Parteien.

Das südafrikanische Apartheidsregime fand in Otto, der die antikolonialen BefreiungskämpferInnen als „Menschenfresser" bezeichnete, ebenfalls einen prominenten Verteidiger. Sohn Karl nannte Nelson Mandela übrigens noch 1988 einen „kommunistischen Altterroristen". Was die Habsburger so anachronistisch erscheinen läßt, ist ihre private Fortsetzung des Kalten Krieges. So stimmten Vater und Sohn Anfang 1997 im Europäischen Parlament als einzige gegen die Verurteilung der kroatischen Regierung wegen anhaltender Verletzung der Pressefreiheit. Nach wie vor zeichnet sie ein taktisches Verhältnis zu den Menschenrechten aus: Verletzt werden diese nur dort, wo der gottlose „Kommunismus" herrscht.

„KOMMUNISTISCHE VERBRECHEN"

Die mit den Machenschaften des Ehepaar Krones ebenfalls ins Gerede gekommene JES nützte das Erscheinen des antikommunistischen „Schwarzbuches" zum Wiederaufwärmen des alten Feindbildes. Am 10. Dezember 1998 lud die monarchistische StudentInnenfraktion gemeinsam mit der INTERNATIONALEN GESELLSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE (IGFM), einem Relikt der psychologischen Kriegsführung aus den Zeiten der antikommunistischen Wühlarbeit, dem Wiener (ÖVP) AKADEMIKERBUND und PANEUROPA ÖSTERREICH zu einer Podiumsdiskussion an der Wiener Universität. Im dazu erschienenen JES-Flugblatt schreibt Harald **Simbürger** ganz offen, worum es beim „Schwarzbuch" geht: Mit diesem liege endlich „eine umfassende Bilanz des Schreckens jener Ideologie vor, die in diesem blutigsten Jahrhundert der Ge-

HABSBURGER ON TOUR (LI. OTTO, RE. SOHN KARL)

schichte am wirkmächtigsten und zugleich am grausamsten und menschenverachtendsten war." Der kalte Nachwuchskrieger schwafelt dann von „kommunistischen KZ" oder der „Frankfurter Schule als Wegbereiter der Verbrechen". Auch die Forderung nach einem „Verbotsgesetz für kommunistische Wiederbetätigung" ist ganz nach dem Geschmack von Rechtsextremisten und Neonazis. Es überrascht daher kaum, daß diese - Abteilung Schmißgermanen - zu dutzenden die JES-Veranstaltung beehrten.

Als lesenswertes Buch zum Thema legt uns die JES ein Machwerk von Martin **Pabst** ans Herz. Der deutsche Rechtsextremist schreibt regelmäßig für die „Aula" und organisierte zwischen 1990 und 94 als Vorsitzender der Rassistentruppe HILFSKOMITEE SÜDLICHES AFRIKA die Unterstützung südafrikanischer Faschist(inn)en in ihrem Kampf für „Rassentrennung" und einen „Burenstaat". Das empfohlene Pabst-Buch erschien beim Grazer „Stocker-Verlag", welchem mit Wolfgang **Dvorak-Stocker** ein ehemaliger JES-Funktionär vorsteht.

In „Zur Zeit" (51-52/98) singt dann Simbürger selbst wahre Lobeshymnen über seine Veranstaltung und die JES. Die regelmäßige Autorenschaft Simbürgers im Blatt von Andreas **Mölzer** ist ein weiterer Beleg für dessen bündnisstrategische Umorientierung auf den politischen Katholizismus und den antiliberalen Konservativismus.

VORWEGGENOMMENE KOALITION

In „Zur Zeit", welcher im Juli 1998 auch Otto Habsburg ein Interview gewährte, kommen immer wieder prominente Vertreter der Braunzone zwischen FPÖ und ÖVP zu Wort. Die Affäre rund um Karl Habsburg kommentierte das Wochenblatt mit einem trotzigen „Konservative raus!": Der Spendenskandal biete nun „offenbar Anlaß für die sattsam bekannte Jagdgesellschaft in den Medien, einen weiteren konservativen Faktor zu eliminieren." (50/98)

Mölzer weiß, daß er mit dem jungen Habsburg, der im Frühjahr 1996 auf Intitiative von Wolfgang Krones mit Jörg **Haider** und Ewald **Stadler** (ergebnislos) die Möglichkeit einer Kandidatur für die FPÖ besprach, einen wichtigen Verbindungsmann verlieren würde. Auch die ins Gerede gekommene PANEUROPA-BEWEGUNG, bei welcher etwa Jörg Haider in den 80er Jahren Mitglied war, erfüllt eine wichtige Brückenfunktion. Daneben treffen sich Schwarze und Braune regelmäßig unterm Dach der katholischen Kirche. Etwa bei der alljährlichen Messe im Gedenken an die „Türkenbelagerung" von 1683: Mitte September versammelt sich fast die ganze Braunzone alljährlich in der OPUS DEI-Kirche am Karlsplatz um das „wehrhafte Christentum" gegen allerlei Bedrohungen anzurufen. Letztes Jahr predigte dort der Wiener Neustädter Militärpfarrer Siegfried **Lochner**. Dieser baut in seine Karfreitagsmessen regelmäßig Fürbitten für die „treulosen Juden" ein. In der Karlskirche predigte Lochner 1998: „Die asiatischen Horden stehen nicht mehr wie 1683 vor den Toren Wiens, heute leben sie mitten unter uns. Die Bedrohung des Jahres 1998 ist deshalb umso gefährlicher und todbringender." (profil 39/98)

Derartige Töne finden die offene und begeisterte Zustimmung des FPÖ-Klubobmannes Stadler. Der antisemitische Verschwörungstheoretiker und rassistische Hetzer meint gegenüber „profil", daß er von der Lochner-Predigt geradezu „begeistert" sei. Stadler vergleicht Lochner gar mit einem anderen antijüdischen Hetzer, „dem großen Prediger Abraham a Santa Clara." Dieser von Stadler so verehrte Fanatiker predigte im 17. Jahrhundert über den „bösen Feind, die Juden", diese würden Hostien schänden, die Pest bringen und Ritualmorde begehen. ●

PS: Einen ausführlichen Artikel über die österreichische Braunzone gibt's in der Lotta DURA 5/96 nachzulesen!

Verbotsgesetz-Urteile

Neonazis vor Gericht

KARL POLACEK, NEONAZISTISCHE FÜHRERFIGUR IM BEREICH SALZBURG UND TEILEN OBERÖSTERREICHS, MUSSTE SICH ENDE VERGANGENEN JAHRES (NACH DER PENSIONIERUNG DES NACHSICHTIGEN, WEIL FPÖ-NAHEN STAATSANWALTES HEINRICH STEINSKY, B! SUEVIA-INNSBRUCK) ENDLICH VOR EINEM RIEDER GESCHWORENENGERICHT VERANTWORTEN.

Die Staatsanwaltschaft warf Polacek unter anderem „Gutheißung mit Strafe bedrohter Handlungen" vor. In seiner vor allem an Skinheads gerichteten Postille „Braunauer Ausguck" wurde 1995 die BBA-Briefbombe an den Lübecker Vizebürgermeister mit „Freude, rein und ungeteilt, wie eben Schadenfreude ist", zur Kenntnis genommen. Polacek gibt sich dort zwar „mit ein paar abgerissenen Fingern (...) bei Odin nicht zufrieden", möchte sich aber dennoch „für die Grüße an das Lübecker Rathaus bedanken." Daneben warf die Anklage Polacek vor, NS-Gedankengut verbreitet und die nationalsozialistischen Verbrechen geleugnet zu haben. Im Prozeß versuchte sich Polacek, der 1992 wegen latenter Gewaltbereitschaft aus Deutschland ausgewiesen worden war, hinter seiner Unkenntnis der österreichischen Gesetzeslage zu verstecken: „Ich verstehe nicht, daß man mir etwas vorwirft, was in Deutschland erlaubt war. Ich lebte 35 Jahre im Ausland und kann die Gesetze hier nicht kennen." Vergebens - die Geschworenen sprachen ihn einstimmig im Sinne der Anklage schuldig.

Das (noch nicht rechtskräftige) Urteil lautet auf zwei Jahre teilbedingte Haft, davon sechs Monate unbedingt. Polaceks enger Mitstreiter und vormaliger Quartiergeber Friedrich **Rebhandl**, Ex-Landessprecher der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI (NDP) in Salzburg und Herausgeber der rechtsextremen Zeitschrift „Der Volkstreue", wurde übrigens bereits im Oktober 1998 wegen NS-Wiederbetätigung zu einer 18-monatigen unbedingten Haftstrafe (nicht rechtskräftig) verurteilt.

Ebenfalls nach Verbotsgesetz verurteilt wurde Karin **Küssel**, die Gattin des zu elf Jahren Haft verurteilten Gründers und Anführers der VOLKSTREUEN AUSSERPARLAMENTARISCHEN OPPOSTION (VAPO). Die Staatsanwaltschaft warf ihr vor, sich durch die Teilnahme an VAPO-Treffen im nationalsozialistischen Sinne betätigt zu haben. Das (noch nicht rechtskräftige) Urteil von Mitte November 1998 lautet auf 15 Monate bedingt. ●

(aus: www.doew.at)

Hasta la vista, fascista!

Hatzenbichler verläßt „Zur Zeit“

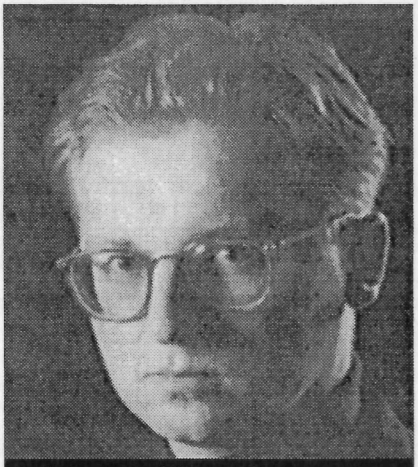
JÜRGEN HATZENBICHLER IST NICHT MEHR - ZUMINDEST LEITENDER REDAKTEUR VON „ZUR ZEIT“. FÜR VIELE WENIG ÜBERRASCHEND ZOG SICH DER KLAGENFURTER STUDENT UND VIELSCHREIBER ENDE 1998 AUS DER RECHTSEXTREMEN WOCHENZEITUNG ZURÜCK. DIE ZUNEHMEND KATHOLISCH-FUNDAMENTALISTISCH WERDENDE BLATTLINIE, WIE SIE SICH U.A. IN DER AUTORENSCHAFT EINES ROBERT PRANTNER ODER KURT DIEMAN ÄUSSERT, DÜRFTE DEN AUSSCHLAG FÜR HATZENBICHLERS ABGANG GEGEBEN HABEN. SEINE VERBLIEBENEN KAMERADEN REAGIERTEN BELEIDIGT UND HANDELTEN DEN ABSCHIED, FÜR DEN EINFACH PRIVATE GRÜNDE ANGEGEBEN WURDEN, KURZERHAND IN ZWEI ZEILEN AB.

Der derart allein gelassene Andreas **Mölzer** weiß wahrscheinlich, wen er mit Hatzenbichler verloren hat: einen der wenigen organischen Intellektuellen des Nationalismus, der zudem einen halbwegs geraden Satz zu Papier bringen konnte.

Der 1969 geborene Hatzenbichler begann seine rechte Karriere Mitte der 80er Jahre im militanen Neonazismus. Als führender Aktivist des Kärntner Ablegers der NATIONALEN FRONT (NF) kam er in Kontakt zu Gerd **Honsik** („Halt“) und Walter **Ochensberger** („Sieg“). In Deutschland tauchte er bei der später verbotenen WIKING JUGEND auf und schrieb im Organ der ebenfalls behördlich aufgelösten FREIHEITLICHEN ARBEITERPARTEI (FAP). Daneben betätigte er sich in der PENNALEN BURSCHENSCHAFT HANS STEINACHER in Völkermarkt. Im korporierten Milieu dürfte Andreas Mölzer auf den Nachwuchskader aufmerksam geworden sein. Er holte Hatzenbichler 1989 in die Redaktion des FPÖ-Organs „Kärntner Nachrichten“. Kurz darauf rief er ihn auch zur „Aula“, wo er rasch zu einem der Hauptschreiber aufstieg. Hatzenbichler wurde daneben mit der Herausgabe des „Aula-Jugendmagazins“ „Identität“ beauftragt. Dort initiierte er nach deutschem Vorbild eine Anti-Antifakampagne. Als die BAJUWARISCHE BEFREIUNGSARMEE (BBA) Ende 1993 diese Kampagne mit terroristischen Mitteln fortsetzte, geriet auch Hatzenbichler kurzfristig in das Visier der Bombenermittler. Diese gingen davon aus, „daß die Bombenbastler enge Tuchfühlung mit dem Ideologen Hatzenbichler halten“ würden und hörten daher sein Telefon ab.

Aber auch in ideologischer Hinsicht erwies sich Hatzenbichler als innovativ. Der mittlerweile zum „Neuen Rechten“ mutierte Faschist begann sich mit dem ihm eigenen Geltungsdrang an einer strategischen Neuorientierung der Szene abzuarbeiten. Mit mäßigem Erfolg. In seinem „Abschied von rechts“, veröffentlicht in der „Jungen Freiheit“ (JF), für die Hatzenbichler acht Jahre lang tätig war, fragt er resignierend: „Was nutzen neurechte-konservativrevolutionäre Theoriesemiare, wenn abends, nach dem dritten Bier, im Keller erst recht 'Die Fahne hoch' erklingt, wieder der 'Bomben auf England' gedacht und in heißem Streit zum hunderttausendstenmal Mal der Rußlandfeldzug gewonnen wird?“ (JF 44/98)

Hatzenbichlers Versuche, die „Aula“ in Richtung Nationalrevolutionäre und Neokonservative zu öffnen, wurden schon 1995 zunichte gemacht. Damals zog das freiheitliche Burschenschafterorgan als Stichwortgeberin der BBA das Interesse der Öffentlichkeit und der Terrorfahnder, wel-



JÜRGEN HATZENBICHLER

che die AbonnentInnen-Datei beschlagnahmten, auf sich. Daneben wurde der „Aula“-Verantwortliche Herwig **Nachtmann** wegen allzu offener Holocaustleugnung nach dem NS-Verbotsgesetz verurteilt. In der Folge kehrten Hatzenbichler und Mölzer der danach wieder renazifizierten „Aula“ den Rücken, um ihr Glück mit einer Österreich-Ausgabe der JF zu versuchen. Im Herbst 1997 ging aus dieser „Zur Zeit“ (ZZ) hervor.

Sein Engagement als ZZ-Redakteur nahm Hatzenbichler derart in Anspruch, daß er sich gezwungen sah, andere Betätigungsfelder zu räumen. So schied er als österreichischer Verantwortlicher des „neurechten“ Netzwerkes SYNERGIES EUROPÉENNES aus. Die für diesen Schritt angegebene Arbeitsüberlastung dürfte aber nur die halbe Wahrheit darstellen. Vielmehr schlug sich Hatzenbichler in internen Machtkämpfen endgültig auf die Seite der französichen Kaderschmiede G.R.E.C.E., von welcher sich ja die „Synergien“ 1993 abgespalten hatten (vgl. Lotta DURA 12/98). Sein Frontenwechsel wird unter anderem darin deutlich, daß Hatzenbichler 1998 als Österreich-Korrespondent des neuen G.R.E.C.E.-Blattes „Cartouches“ aufscheint.

EIN ABSCHIEDSTEXT

Wie auch immer, sein Abschiedstext in der JF (44/98) liest sich tatsächlich als Abrechnung mit der Szene. Hatzenbichler wirft ihr in dieser „erschütternden Bilanz“ vor, sie habe die „Nation“ als völkisch-revolutionäre Grundkategorie verraten. In ihren etatistischen Machtphantasien sei die deswegen als reaktionär bezeichnete extreme Rechte nicht fähig, den Nationalismus systemüberwindend zu mobilisieren. Nicht ohne Selbstkritik schreibt der einsame Heroe des neofaschistischen Kulturkampfes, daß auch er der „morphiumgleiche(n) Faszination der Konservativen Revolution“ erlegen sei.

Dabei habe er „die narkotische Wirkung einer solchen Rückwärtswendung vollständig übersehen.“ Hatzenbichler im „Klartext“: „Nicht ganz so schlimm wie in der Neonazi-Szene, aber strukturell ähnlich wurden die ideologischen Kriege der 30er Jahre nochmals ausgefochten.“ Was ihm und seinesgleichen noch blieb, war die mannhafte Selbststilisierung als zwischen den Welten wandelnder intellektueller Hüne, wie er dem Gedanken-Wirr-Warr eines **Nietzsche** und **Evola** entsprang. Aber auch diese „letzte Möglichkeit (...) einer ästhetisierten Selbstdarstellung, die Simulation eines 'großen Lebens' und seiner kopflastigen Räusche“ sei „schon lange ausgeschöpft“.

Die derart verabschiedeten Kameraden reagierten bereits: Der oberösterreichische „Aula“-Autor Gerhoch Reisegger nennt Hatzenbichler etwa einen „ehemals 'Nationalen'“, den der „sich überschlagende Haß von Konvertiten“ antreibe (Staatsbriefe 12/98). ●

Festschrift für Irving

Lothar Höbelt betätigt sich wieder

MIT EINER FESTSCHRIFT SOLL DAS WERK DES BRITISCHEN HOLOCAUSTLEUGNERS DAVID IRVING GEWÜRDIGT WERDEN: DER VON REINHARD UHLE-WETTLER HERAUSGEGEBENE SAMMELBAND „WAGNIS WAHRHEIT" ERSCHIEN ENDE 1998 IM RECHTSEXTREMEN „ARNDT-VERLAG". AUF DER RÜCKSEITE DES BUCHES IST IRVING BEZEICHNENDERWEISE GEMEINSAM MIT PEDRO VARELA ABGEBILDET.

Der international tätige spanische Neonazi wurde erst unlängst zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt. Auch Irving kam wiederholt mit den Behörden in Konflikt: So wird der britische Hobby-Historiker in Österreich wegen Verdachtes wegen Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz per Haftbefehl gesucht. 1996 bestätigte das Verwaltungsgericht München die unbefristete Ausweisverfügung für Deutschland.

Unter den Autoren des Sammelbandes finden sich auch drei prominente Österreicher: Lothar **Höbelt**, FPÖ-Vordenker und außerordentlicher Professor für Geschichte an der Universität Wien, hat extra einen älteren Vortrag überarbeitet. Probleme mit Irvings Vita hat Höbelt nicht. Schließlich würden „historische Diskussionen, die durch den Kadi entschieden werden, nur auf das Staatswesen zurückgehen." Und von diesem halte er „eh nicht viel", wie der Professor gegenüber der Tageszeitung „Der Standard" freimütig erklärte. Daher würde auch der Haftbefehl „eher für Irving und gegen jene, die das gegen den Wissenschaftler machen", sprechen. Daß laut einem Buchbeitrag das „KZ Buchenwald bis 1945 eine ‚Sommerfrische' gegen das ab 1945" gewesen sein soll, dürfte den freiheitlichen Historiker auch nicht stören. Höbelt zum „Standard": „Man muß sich ja nicht mit allem identifizieren, wenn man in einer Festschrift schreibt."

Wiederum kein Problem mit Höbelt scheint der ÖVP-Historiker und Salonrevisionist Stefan **Karner** zu haben: Er nahm den Festschreiber für Irving in sein Team, welches gerade ein „Haus der Zeitgeschichte" entwirft. Dort habe Höbelt, so Karner gegenüber „profil" (8/99), „solide gearbeitet". Das konservative Konkurrenzprojekt zum SPÖ-Vorschlag („Haus der Toleranz") und dem von der ISRAELITISCHEN KULTUSGEMEINDE angeregten „Shoa-Haus" sieht dann auch so aus. Gemäß dem Diktum des ÖVP-Klubobmannes Andreas **Khol**, wonach die österreichische Geschichte „nicht nur aus dem Holocaust" bestehe, findet die NS-Vernichtungspolitik im Karner/Höbelt-Konzept mit keinem Wort Erwähnung.

Mit dem Salzburger Universitätsdozenten Heinz **Magenheimer**, Angehöriger der Landesverteidigungsakademie, ist ein weiterer prominenter Vertreter des heimischen Salonrevisionismus im Irving-Buch vertreten. Der ÖVP-nahe Historiker machte sich 1995 mit der wiederaufgewärmten Legende vom „Präventivschlag" Nazi-Deutschlands einen Namen in der „revisionistischen" Szene. Doch mit dieser will Magenheimer nichts zu tun haben: In einem Schreiben teilt das Bundesministerium für Landesverteidigung mit, daß Magenheimer gegenüber dem Herausgeber eine Mitwirkung an der Festschrift abgelehnt habe. Für den Abdruck eines Magenheimer-Artikels aus der „Österreichischen Militärischen Zeitschrift" verweigerte dann das Verteidigungsministerium seine Zustimmung. Schließlich hätte Uhle-Wettler „den vor etwa 20 Jahren verfaßten Aufsatz (...) ohne das Einverständnis des Autors dazu einzuholen in die Festschrift aufgenommen."

LOTHAR HÖBELT

Der emeritierte Philosophieprofessor Ernst **Topitsch** aus Graz schreibt im Irving-Band „(w)ider ein Reich der Lüge". Der „Partisan der Geistesfreiheit" (Topitsch über Topitsch) dürfte weniger Probleme mit dem rechtsextremen Chrakter des ganzen Unterfangens haben, trat er doch bereits in der Vergangenheit wiederholt als Autor der „Aula" in Erscheinung.

WHO IS WHO?

Das Autorenverzeichnis in „Wagnis Wahrheit" liest sich streckenweise wie das who is who des deutsch-österreichischen Rechtsextremismus. So finden wir dort mit Helmut **Schröcke** und Fritz **Becker** zwei Autoren der rechtsextremen Zeitschrift „Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht". Diese werden von der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT (EUROPÄISCHEN GEISTES) (DK(E)G) herausgegeben. Bei den „Gästewochen" des DKEG, zu welcher alljährlich Neonazis aus halb Europa anreisen, referierte wiederholt Richard W. **Eichler**. Der mit dem „Schillerpreis" der DKEG ausgezeichnete deutsche „Kunstexperte" trat auch als Referent bei den Offenhausener „Dichtersteintagen" und als Verfasser einer von der ÖSTERREICHISCHEN LANDSMANNSCHAFT herausgegebenen „Eckartschrift" in Erscheinung. Für die Irving-"Festschrift" steuerte Eichler einen Beitrag über die angeblich „eingeschränkte Meinungsfreiheit" bei.

Die „neurechte" Strömung im Rechtsextremismus ist im Sammelband mit drei prominenten Autoren vertreten: Günther **Maschke**, Wolfgang **Strauss** und Armin **Mohler**. Letzterer gilt als Gründervater der „Neuen Rechten" und bezeichnet sich offen als „Faschist" (Sächsische Neueste Nachrichten, 25./26. 11. 1995). ●

(aus: www.doew.at)

Antisemitismus und Fußball

Betrachtet man/frau heutige rassistische Äusserungen in den Fussballstadien, so wird offensichtlich, dass diese in einer langen Tradition stehen, die bis zu den Anfängen des österreichisch(-ungarischen) Fussballs um die Jahrhundertwende zurückgehen. Dabei waren früher keine rassistischen, sehr wohl aber antisemitische Tendenzen auszumachen.

Obwohl eine Gleichsetzung von Antisemitismus und Rassismus wohl zu Recht als falsch anzusehen ist, kann doch davon ausgegangen werden, daß sich der Antisemitismus der frühen Jahre heutzutage in einen offenkundigen Rassismus verschoben hat, obwohl antisemitische Strömungen sehr wohl noch auszumachen sind

Von Vorstädten, Kaffeehäusern...

In den 20er Jahren wurde Fußball in Wien zum Massensport. Damals verlagerte sich der Antisemitismus, der bis heute sogar im Wiener Lokalderby Rapid gegen Austria immer wieder zum Vorschein kommt, von der Straße und den Stammtischen auf das Spielfeld. Hierbei steht Rapid für eine proletarisch-vorstädtisch-männliche (Spiel-)Kultur, während die Austria, die damals Wiener Amateur Sportverein hieß, das Bild des Kaffeehauses, der City, des besseren, nobleren Fußballs vermittelte. Der Fußball in Wien war somit in die beiden Gegenpole proletarisch und liberal-jüdisch-mittelständisch kodiert, wobei zwar in beiden Mannschaften Spieler aus der Vorstadt anzutreffen waren, aber eben die Vereinsführung, die Verein szuschreibung dementsprechend war.

...und einem jüdischen Fussballklub...

Sah sich die Austria infolge dieser Zuschreibung schon mit großen antisemitischen Schmähungen konfrontiert, so war ein anderer Verein, ebenfalls ein Anwärter auf den Meistertitel, offenen antisemitischen Übergriffen ausgesetzt: der jüdische Fußballklub Hakoah (hebräisch = Kraft). Dieser 1909 gegründete Fußballverein wurde 1925 sogar österreichischer Fußballmeister, ein Fakt, der sicherlich nicht zufälligerweise den meisten Fußballfans nicht bekannt sein dürfte. Die Gründung der Hakoah ist als Reaktion auf antisemitische Strömungen zu verstehen, die einerseits Juden und Jüdinnen prinzipiell jeglichen Platz im Sport verwehren und andererseits "das Jüdische" als unsportlich und somit nicht wehrhaft darstellen wollten. Diesem Bild versuchte dieser Sportverein durch seine sportlichen Aktivitäten entgegenzuwirken. Allerdings lehrt uns die Geschichte, daß eine antisemitische Disposition logischen Argumenten und Beweisen nicht zugänglich ist, womit dieser Versuch schon im Ansatz zum Scheitern verurteilt war. Nicht zufällig wurde nun gerade der Bereich Fußball gewählt, war doch der Bereich des Turnsports von deutschnational völkischen und dezidiert antisemitischen Kräften besetzt, wie z. B. dem ÖTB, der ja bekanntlich noch heute in dieser Tradition steht. Somit war der Bereich des Fußballs die logische Ausweichmöglichkeit, dem zur Zeit der Gründung der Hakoah noch das Besondere und Elitäre anhaftete.

...der trotz Anfeindungen und Übergriffen Meister wurde...

Die Hakoah war antisemitischen Äußerungen der AnhängerInnen und Spieler gegnerischer Mannschaften in besonderer Weise ausgesetzt. Beschimpfungen wie "Saujud" waren an der Tagesordnung. Vom Schriftsteller Friedrich Torberg liegt die Schilderung einer Begebenheit vor, die sich während des Spiels Hakoah gegen Brigittenauer AC zutrug. Bei diesem Spiel ging es um den Abstieg von Vorwärts 06, die einen Punkt hinter dem Brigittenauer AC an letzter Stelle lag. Ein Anhänger von Vorwärts 06 schrie jedes Mal, wenn ein Spieler der Hakoah am Ball war: "Hoppauf, Herr Jud!" Torberg kommentierte diese Begebenheit mit den Worten: "Warum ich glaube, daß es eine Hakoah geben muß? Weil sie den anderen beigebracht hat 'Herr Jud' zu sagen." Die Wiener Morgenzeitung berichtete im November 1923: "Was sich z. B. beim letzten Spiel Sportklub gegen Hakoah zugetragen hat, übertrifft alle noch so phantastischen Vorstellungen. Schimpforgien, in denen das Wort 'Saujud' immer wiederkehrte, und wilde Drohungen konnte man von allen Seiten vernehmen. ... Es vergeht fast kein Wettspiel, bei dem die Hakoahner nicht in der niedrigsten Weise beschimpft und bedroht werden. Auf dem eigenen Sportplatz in der Krieau muß eine Kolonne berittener Wachleute aufgeboten werden, um die Zuschauerhorden in die Schranken zu weisen."

Aber auch im übrigen Österreich

Spieler von Rapid und Hakoah erholen sich nach einem Kopfballkarambol

wurden immer wieder antisemitische Vorfälle bekannt, so z. B. in Tirol, wo es beim Spiel Hakoah Innsbruck gegen Wörgl zu Beschimpfungen der Hakoah-Spieler kam. Als zwei jüdische Spieler verletzt und die Drohungen des Publikums immer stärker wurden, trat Hakoah Innsbruck ab. In der Steiermark lehnten einige Vereine Spiele gegen jüdische Spieler ab, ebenso hatten sie bereits vor 1938 einen Arierparagraphen eingeführt.

Diese Vorfälle waren für einen Teil der Presse aber keineswegs Anlaß zu Kritik, sondern wurden ganz im Gegenteil zu weiteren antisemitischen Schmähungen und Beleidigungen benutzt. So richtete eine der größten Sportzeitungen, das "Wiener Sport-Tagblatt" eine antisemitische Kolumne ein, in der zwei Wiener namens Schatzinger und Schmonzides auftraten. Im "Sportpapagei" fand sich eine Kolumne mit einem ständig jiddelnden "kleinen Moritz". Auch fanden sich die üblichen antisemitischen Vorurteile in diesen Zeitungen, indem berichtet wurde, "jüdischen Spielern ginge es nur ums Geld" und "sie seien reich". Tourneen und Auslandsverpflichtungen in die USA mit Spott und Hohn bedacht wurden.

Trotz dieser sicherlich nicht sportliche Leistungen begünstigenden Umstände gelang es der Hakoah 1925, wie bereits erwähnt, den Meistertitel zu erringen.

...und 1938 dem NS zum Opfer fiel.

Mit dem sogenannten "Anschluß" 1938 ging dieses Kapitel des österreichischen Fußballs zu Ende, entsprechend der neuen Satzung des NSRL (Nationalsozialistischer Deutscher Reichsbund für Leibesübungen) wurde unverzüglich mit der Eliminierung "nichtarischer und undeutscher Elemente" begonnen. Die Hakoah Wien wurde aufgelöst, der Hakoah-Platz in der Krieau der SA-Standarte 90 zugewiesen (Die Bemühungen um um die Rückerlangung der Anlagen sind bis heute nicht von Erfolg gekrönt, das Wirtschaftsministerium will nun ein Areal im Augarten zur Verfügung stellen. Doch schon wie beim vorgesehenen Bau der jüdischen Schule im Augarten werden wieder AnrainerInnenproteste laut, die sich auf dem Niveau des Wiener Bürghauptmanns und Augartenverwalters Wolfgang Beer bewegen, der zur Wiedergutmachung meint, diese sei "zwar notwendig, aber nicht um jeden Preis"). Die bisherigen Ergebnisse der Hakoah wurden annulliert und alle jüdischen Spiele wurden vom Bewerb ausgeschlossen. Beim Ausschluß der jüdischen Spieler war sich Rapid schneller als die Austria, welche noch hinhaltenden Widerstand leistete und ihre jüdische Spieler erst einige Zeit nach Rapid ausschloß.

1945: Neugründung und Deja Vu

Wenn anzunehmen war, daß nach dem Ende des „III. Reiches" und der Niederlage im II. Weltkrieg antisemitische Vorfälle auf dem Fußballplatz der Vergangenheit angehörten, so erwies sich dies sehr schnell als Trugschluß. Die am 10. Juni 1945 neugegründete Hakoah wurde in den unteren Ligen sehr schnell wieder mit antisemitischen Ausschreitungen konfrontiert, bei dem Spiel Polizei Wien gegen Hakoah am 24. März 1946 kam es zu einer Massenschlägerei, nachdem wieder einmal die Beschimpfung "Saujud" gefallen war und einige Zuschauer "Ins Gas mit ihnen" skandierten. Auch das Spiel Brigittenauer AC gegen Hakoah mußte aufgrund des tobenden Publikums und verbaler sowie körperlicher Angriffe gegen jüdische Spieler und ZuschauerInnen abgebrochen werden, das Ergebnis wurde annulliert und das Spiel unter Ausschluß der Öffentlichkeit neu ausgetragen. Berichte von diesen Vorfällen wird man/frau in österreichischen Tageszeitungen allerdings vergeblich suchen, berichteten doch nur ausländische, kommunistische und jüdische Zeitungen darüber. Und auch über Bela Guttmann ist in den Fachzeitschriften wenig bis gar nichts zu finden, dessen Rücktritt 1964 als österreichischer Nationaltrainer nicht zuletzt aufgrund antisemitischer Beschimpfungen zustande kam. Seit dieser Zeit findet sich kein jüdischer Spieler oder Trainer mehr im österreichischen Spitzenfußball.

Auch die traditionellen antisemitischen Sprechchöre durch Rapid-AnhängerInnen sind noch heute bei Spielen zwischen der Austria und Rapid zu vernehmen, wenn z.B. hunderte Rapid-AnhängerInnen mit dem Ruf "Haut's eini, die Juden" zu vernehmen sind. Rationale Antworten sind bei Nachfrage von diesen AnhängerInnen aber nicht zu erwarten. Ein Beispiel dafür ist in einer Folge der Fernsehdokumentation "Alltagsgeschichten" von Elizabeth T. Spira zu sehen, wo ein (wenn auch etwas betagterer) Anhänger auf die Frage, warum er die Austria als „Judenverein" bezeichne, mit der Antwort kommt, dies würde an den Ohren der Austriaspieler zu erkennen sein. Daß dieselben AnhängerInnen die Spieler der israelischen Mannschaft Petach-Tikva bei dem UEFA-Cup Spiel mit "Judenschweine" beschimpfte, kann da nicht weiter verwundern. Da Israel Gruppengegner der österreichischen Mannschaft in der Qualifikation zur Europameisterschaft ist, kann von weiteren derartigen Vorfällen ausgegangen werden, über die sicherlich ebensowenig in den Tageszeitungen zu finden sein wird. ●

Bela Guttmann

Gefährliche Liebschaften

Antisemitische Koalitionen in Rußland

DEN ANTIZIONISMUS BEHERRSCHT DIE RUSSISCHE KP NOCH AUS SOWJETISCHEN ZEITEN, ABER AUCH UM DEN KLASSISCHEN ANTISEMITISMUS IST ES NICHT SCHLECHT BESTELLT, WIE DIE ÄUSSERUNGEN DES DUMA-ABGEORDNETEN ALBERT MAKASCHOW EXEMPLARISCH ZEIGEN. DIE RUSSISCHE ÖFFENTLICHKEIT ZEIGT SICH WENIG ENTSETZT UND DIE EUROPÄISCHE RECHTE FREUT SICH AUF NEUE VERBÜNDETE.

Herbst 1998, in Wien trifft sich der heimische KP-Chef Wolfgang **Baier** mit seinem russischen Kollegen Gennadi **Sjuganow**. Inwiefern die KP-Vorsitzenden unter sich auch das Thema Antisemitismus in den eigenen Reihen besprachen, blieb der Öffentlichkeit unbekannt. Auf jeden Fall kann die brüderliche Umarmung nicht als Zeichen für grobe Differenzen gedeutet werden. Auch sonst sah sich Baier nicht dazu veranlaßt seine ParteigenossInnen in Rußland bezüglich ihrer antisemitischen Tiraden zu kritisieren. Lediglich in einem seiner Kommentare in der parteieigenen "Volksstimme" nimmt er zwar dazu Stellung, aber seine Einsichten wird wohl kaum einEr mit ihm teilen können. Baier behauptet dort: "Es hinterlassen die antisemitischen Auftritte des Generals und Duma-Abgeordneten Makaschow deshalb auch einen so fatalen Eindruck. Spät (zu spät, bedenkt man den nicht erst während der letzten Tage in der russischen Gesellschaft virulenten Antisemitismus) – aber immerhin – hat der russische KP-Vorsitzende Sjuganow deutliche Worte der Distanzierung vom General gefunden." (Volksstimme Nr.47/98) Eine solche Aussage kann nur als Beruhigung der eigenen Parteischäfchen bezeichnet werden, denn schon in den Tagen zuvor war in den Medien zu lesen, welche Worte Sjuganow nach seinem Wienbesuch für Makaschow gefunden hatte. Von dem General a. D., der den russischen Juden und Jüdinnen den Tod wünscht und für staatliche Ämter eine "ethnische" Quotierung fordert, um so der in seinen Wahnideen bestehenden "jüdischen Verschwörung" gegen Mütterchen Rußland Herr zu werden, "distanziert" sich Sjuganow äußerst halbherzig und setzt sogar noch antizionistisch eins drauf. Makaschow sei parteiintern getadelt worden, ließ der KP-Chef wissen, aber der Zionismus dürfe als Feind Rußlands nicht unterschätzt werden. Sjuganow weiter: "Unser Volk ist nicht blind. Es kann nicht übersehen, daß die Zionisierung der russischen Regierungsbehörden einer der Gründe für den gegenwärtigen katastrophalen Zustand des Landes, der Verarmung der Massen und des Aussterbens seiner Bevölkerung war." (Jungle World Nr.2/99) Ob aber Sjuganows parteiinterne "Tadelungen" mit den antisemitischen Äußerungen seiner Genossen Schritt halten kann, muß angesichts ihres Tempos und Sjuganows eigenen Interessen bezweifelt werden. In weltanschaulicher Verbundenheit mit Makaschow verkündete z.B. Viktor **Iljuchin**, kommunistischer Vorsitzender des Sicherheitsausschusses, Boris Jelzin habe mit "den Juden" in seinem Büro einen "Völkermord" am russischen "Volk" begangen.

VOM KOMMUNISMUS ZUM NATIONALBOLSCHEWISMUS

Sjuganow selbst weist eine typisch sowjetische Politkarriere auf. Seit 1967 hauptamtlicher Funktionär der KPdSU in Orlow brachte er es bis zum stellvertretenden Leiter der Abteilung Ideologie im Zentralkomitee. Im bewegten Jahr 1991 unterzeichnete auch er das "Wort an das Volk", einer Forderung nach Kooperation aller "patriotischen Kräfte" zur Rettung der Sowjetunion. 1994 schließlich erklärte er als Parteivorsitzender die Bereitschaft zu Bündnissen mit dem Faschisten Schirinowski, um so Rußland zu helfen.

Mit Aussagen, wie: "Nur durch Reinheit, Gebete und Arbeit werden wir alle das feindliche und böse, unserem Vaterland fremde Idol des Mammons besiegen. Seien wir einig in unserer Liebe zu Gott und Vaterland!" (Jungle World Nr.37/98), macht sich Sjuganow selbst bei den faschistischen AntikommunistInnen in Westeuropa beliebt und Kontakte zur europäischen "Neuen Rechten" werden umso leichter geknüpft. Hing die "Alte Rechte" noch absolut dem Feindbild Kommunismus und UdSSR an, so gibt sich die "Neue Rechte" hier

RUSSISCHE NEONAZIS

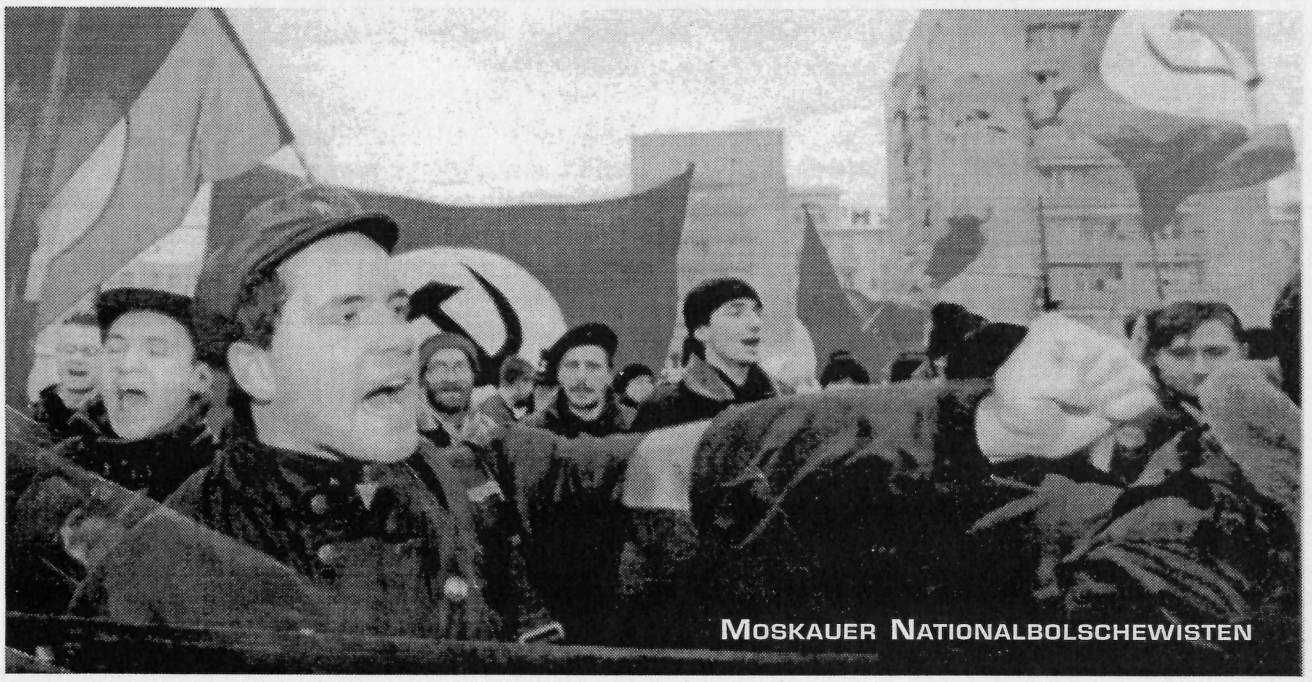
weniger dogmatisch. Die UdSSR sei demnach kein schlimmerer Feind als die USA, da die ideologische, wirtschaftliche und kulturelle "Amerikanisierung" sogar eine größere Bedrohung Westeuropas darstelle, als der sowjetische Einfluß in Osteuropa. Auch in Rußland geht heute schon die antisemitisch konnotierte Angst vor der "Amerikanisierung" um und Präsident Boris Jelzin soll ihr wichtigster "Agent" sein, schließlich wurde 1996 seine Wiederwahl auch durch ein amerikanisches ExpertInnenteam ermöglicht. Und der sich antisemitisch artikulierende Antikapitalismus richtet sich natürlich gegen Weltbank und Internationalen Währungsfond (IWF).

Angelockt durch die ideologischen Gemeinsamkeiten mit den NationalbolschewistInnen und der expandierenden rassistisch-faschistischen Rechten Rußlands stattete der neurechte Vordenker Alain de **Benoist** gemeinsam mit Robert **Steuckers** (Lotta dura Nr.12/98) Moskau 1992 einen Besuch ab. Gemeinsam wollten sie einen "dritten Weg" jenseits von Kapitalismus und Sozialismus für Rußland aus der Krise finden. Neben den KommunistInnen um Sjuganow bietet sich mit der Partei ARBEITENDES RUSSLAND von Viktor **Anpilow** ein weiterer nationalbolschewistischer Verbündeter an. Zwar scheiterte die Partei bei den letzten Wahlen äußerst knapp an der 5 Prozenthürde, doch Anpilow gelangte mit einem Direktmandat in die Duma. Und obwohl sich der selbst als linkes Korrektiv zu den KommunistInnen versteht, verhindert das nicht nationalbolschewistisch-antisemitischen Parolen, wie: "Die Klassenfrage und die nationalen Interessen Rußlands sind zur Zeit ineinander verschränkt, miteinander verschmolzen. (...) Die Juden sind nicht die Gefahr in Rußland. Die Gefahr kommt vom Weltkapitalismus. 80 Prozent des Weltkapitals sind aber in der Hand jüdischer Familien. Die Interessen des Kapitals und die Interessen der Juden sind dieselben" (Jungle World Nr.37/98).

Nahezu parallel zu dem Treffen der europäischen Rechten um Benoist mit russischen Nationalbolschewisten wurden 1992 auch innerhalb Rußlands erste Bündnisse zwischen rechts und links geschlossen. In Form der FRONT DER NATIONALEN RETTUNG (FNR), einer Allianz aus NationalkommunistInnen und rechten TraditionalistInnen, sollen alte Feindschaften zugunsten der Renationalisierung Rußlands und gegen das antisemitische Feindbild "Mondialismus und Kosmopolitismus" niedergelegt werden. Ein möglicher "dritter Weg" könnte dann mit der nationalbolschewistischen "Triade aus russischem Christentum, russischem Reichsnationalismus und russischem (nicht-marxistischen!) Sozialismus" (ebd.) beschritten werden, meint Alexander **Prochanow**, Schriftsteller und Initiator der FNR. Ihre Ideologie setzt sich aus wahnhaften Verschwörungsängsten und Feindbildern, nationalistischen Geschichtsmythen, russischen Großmachtsphantasien, nostalgischer Sehnsucht nach Zeiten des Sowjetimperiums sowie der idealisierten vorrevolutionären Zeit zusammen. 1992 hatte Prochanow das Treffen Benoist und Sjuganow initiiert und im Präsidentenwahlkampf von 1996 stand Prochanow wieder als Berater an Sjuganows Seite, welcher wiederum ein Gründungsmitglied der FNR ist. Innerhalb kürzester Zeit avancierte die FNR zum Knotenpunkt der Kooperation zwischen NationalbolschewistInnen und FaschistInnen. Ein Resultat dieses Bündnisses zeigte sich bereits im Oktober 1993 als Teile der FNR an der Verteidigung des Moskauer Weißen Hauses gegen die Panzer Jelzins führend beteiligt waren und Seite an Seite mit Männern der neonazistischen Partei RUSSISCHE NATIONALE EINHEIT (RNE) kämpften.

HITLERGRUSS STATT BRUDERKUSS

Seit ihrer Abspaltung von der antisemitischen PAMJAT (russ.: Gedächtnis) 1990 kann sich die RNE regen Zustroms erfreuen. 70 neue Mitglieder sollen allein in Moskau täglich der faschistischen Bewegung beitreten. Und das können auch nur Männer sein, da sich Parteiführer Alexander **Barkaschow** Frauen in seinen Reihen auf strengste verbittet: "Wir vertreten traditionelle patriarchalische Ansichten: Für die Frauen gibt es Küche, Kinder und Kirche." Die Männer dagegen werden in SS-Tradition in Schwarzhemd mit Koppel und Schulterriemen paramilitärisch gedrillt. Mit ihren schätzungsweise 200.000 Mitgliedern ist die RNE landesweit organisiert. In der südrussischen Region Stawropol werden RNE-Männer als Polizei-Hilfstruppe eingesetzt und in Belgorod findet die ideologische RNE-Schulung in armee-eigenen Räumen statt. Zu den Aufgaben der RNE-Nazis zählen antisemitische Schmierereien und rassistische Übergriffe ganz nach altem und neuem deut-



MOSKAUER NATIONALBOLSCHEWISTEN

schen Vorbild. In den U-Bahngängen ist dann zu lesen, "Boykott den jüdischen Schiebern, Patrioten kaufen russische Produkte bei Russen" und sonntäglich jagen und verletzten Aktivisten der befreundeten RUSSISCHEN NATIONALEN UNION (RNU) Menschen anderer Hautfarbe auf Moskaus Straßen. Ideologisch teilen RNE und RNU ihr uneingeschränktes Bekenntnis zum Nationalsozialismus und ihre Hitler-Verehrung, zudem gehören "Euthanasie" von sogenannten Behinderten, AlkoholikerInnen und "rassischen" Minderheiten und die Einführung der Nürnberger Rassegesetzen zu den Zukunftsplänen ihrer Führer. Abwarten ist Barkaschows Devise und 1999 will er zu den Duma-Wahlen antreten. Umfragen zufolge finden faschistische Programme vor allem ihre ausdrückliche Zustimmung bei Studierenden (10 %), WissenschafterInnen (9 %) und UnternehmerInnen (7 %).

Daß der Antisemitismus russischer Faschisten auch einer der Tat ist, beweisen Bomben- und Brandanschläge auf die Moskauer Synagoge, die Schändung eines jüdischen Friedhofs in Sibirien und alltägliche antisemitische Beschimpfungen und Schmierereien. Der kurze Hoffnungsschimmer für die drittgrößte jüdische Gemeinde der Welt, mit dem Ende der Sowjetunion werde auch der staatlich begünstigte Antizionimus verschwinden, hat sich als Trugschluß erwiesen. Soziologische Umfragen ergaben, daß 6 bis 10% der RussInnen aggressiv antisemitisch seien, weitere 15% passive AntisemitInnen wären und 30% selektiv antisemitisch eingestellt seien, d.h. ähnlich wie in Österreich das Phänomen des Antisemitismus ohne AntisemitInnen, der zwar nichts gegen jüdische FreundInnen einzuwenden hat, aber trotzdem an das Konstrukt eines "jüdischen Einflusses" glaubt. Tatsächlich herrscht unter den russischen Juden und Jüdinnen panische Angst, die Koffer sind für den Notfall gepackt und sowohl die USA als auch Israel bereiten sich auf eine mögliche Massenflucht vor.

ACHSE BERLIN-MOSKAU

Damit das nationalsozialistische Deutschland als Vorbild für russische Neonazis und Rechter herangezogen werden kann, bedarf es einiger historischer Verrenkungen und Auslassungen. Aber wieder einmal stellt auch hier der Antisemitismus die einfachste Erklärung dar. "Die Juden" waren natürlich schuld am deutschen Überfall auf die Sowjetunion, heißt es dann in den Schulungen der RNE. Die Verbrechen der SS und Wehrmacht an RussInnen werden dabei nicht erwähnt. Und überhaupt wurden die deutschen Nazis irregeleitet und kämpften gegen den falschen Feind, was sich in russisch-deutscher Eintracht dann so ließt: "Unsere gemeinsame Tragödie bestand darin, daß es den Kräften einer atlantischen Verschwörung gelang, unsere Länder auseinanderzudividieren, sie zu Gegnern zu machen. Die gewaltige Stärke der deutschen Wehrmacht richtete sich 1941 nicht gegen den wahren Feind des deutschen Volkes, die internationale Finanzoligarchie, sondern gegen die Sowjetunion, den einzigen Verbündeten Deutschlands", weiß der Geopolitiker und Duma-Abgeordnete Alexej **Mitrofanow**. Hier vereinen sich deutsche und russische Blut-und-Boden-Ideologie und der Anschluß an den alten Nationalbolschewismus der 30er Jahre wurde nahtlos gefunden. Schon damals erkannte der "linke" Flügel der NSDAP um die Brüder **Strasser**, daß eine Ostorientierung Deutschlands eine Rückkehr zum Land, Auflehnung gegen die moderne Stadt bedeuten würde. Die Sowjetunion als Arbeiter- und Bauernstaat wurde deutscherseits als idealer antimoderner Blut-und-Boden-Verbündeter im Kampf gegen die Feinbilder Zivilisation, Entwurzelung, Dekandenz und Moderne gesehen. Heute hat sich daran nicht viel geändert, nur die Begriffe wurden gegen Kosmopolitismus, Amerikanisierung und Kapitalismus ausgetauscht. Auch der Antisemitismus ist als Konstante impliziert.

VRANITZKY BEGRÜSST KP-CHEF SJUGANOW

Die Architekten für eine neue Achse Berlin-Moskau sind schon am Werk. Führend daran beteiligt sind vor allem Geopolitiker und ehemalige russische Militärs die nun in die Politik gegangen sind. Ihre Überlegungen laufen auf folgendes hinaus: "Heute stellt sich Deutschland als ein wirtschaftlicher Gigant dar und erweist sich als politischer Zwerg. Rußland ist ungefähr das Gegenteil: ein politischer Gigant und ein wirtschaftlicher Krüppel. Die Achse Moskau-Berlin würde die Leiden beider Länder heilen und Rußland und Deutschland eine ruhmreiche Perspektive erbringen." (Jungle World Nr.37/98) Konkret wird an den Plänen zur Errichtung eines eurasiatischen Kontinentalblocks gearbeitet. Und die Kontakte zu Deutschland bestehen, zwar nicht zu den wirklich staatstragenden Personen, wie Schröder oder Fischer, aber doch zu den ideologisch wirklich Nahestehenden. Federführend waren hier schon zu Beginn der 90er Gerhard **Frey** und Vladimir **Schirinowski**. Ein anderer ist Harald **Neubauer**, Herausgeber der rechtsextremen "Nation&Europa". Im Rahmen einer Sitzung des geopolitischen Ausschusses der Duma zum Thema "Geopolitische Ergebnisse der Konferenz der Chefs europäischer Mächte in München 1938" wurde Neubauer 1998 als Redner eingeladen. Unter dem Titel "Deutsche und Russen – gemeinsam gegen die One World" referierte Neubauer über die USA in Europa als "raumfremde Macht" und die "Siegerarroganz" nach dem Ende des Kalten Krieges. Und gemeinsam sollten sich Russen und Deutsche überlegen, "was man gegen die Entmündigung unserer Völker politisch unternehmen kann" (N&E Nr.11/98). Rückblickend zeigte er sich überrascht: "In Rußland tut sich weit mehr, als unsere Medien berichten. Es wird Zeit, daß die deutsche Rechte aus ihren hausgemachten Problemen herausfindet und wieder Politik macht. Auch Ostpolitik." ●

Ein Mann - ein Volk - eine Debatte

"Die Abwehr der Erinnerung an das Unsägliche, was geschah, bedient sich eben der Motive, welche es bereiten halfen."

(Max Horkheimer/Theodor. W. Adorno)

Im Oktober letzten Jahres wurde der Friedenspreis des deutschen Buchhandels an Martin Walser verliehen. Hierfür überlegte er sich, „Sprengstoff" in die Debatte um das in Berlin geplante Holocaust - Mahnmal einzubringen und hielt eine Rede, der die sogenannte geistige und politische Elite Deutschlands standing ovations bereitete. Die Rede fordert einen offensiven Einschluss deutschen Normalisierungswahns in die Repräsentation der nationalen Identität und wird zum Bezugspunkt in der Auseinandersetzung um NS-Erinnerungsarbeit vor dem Übergang von der Bonner zur Berliner Republik.

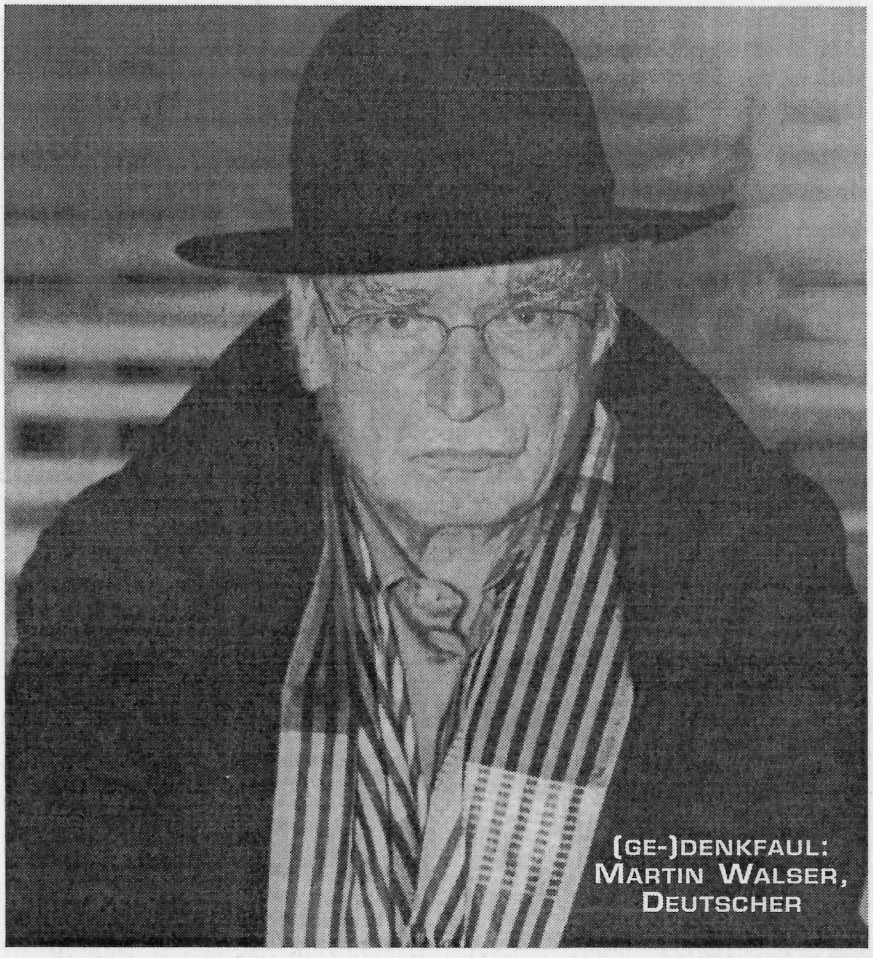
Wiedervereinigung und deutsche Identität

Fast scheint es, als habe der tatsächlich historisch interpretierte Umgang mit der "Bewältigung" des Nationalsozialismus keinerlei Bedeutung. Gerade über die durch die Weltordnung unterschiedene nationale Prägung der Erinnerungskultur der BRD und der DDR ergeben sich 1998 die Gemeinsamkeiten. Einig darin, mit diesen 12 Jahren ihrer Vergangenheit nichts mehr zu tun haben zu wollen, galt es den nationalen Gestus des Gründungsaufrufes von 1988 für das Denkmal zu interpretieren. Als Ausgleich zur Neuen Wache und von Anfang an umstritten, sollte das Projekt bald zur Chefsache erkoren werden und in alter Manier passieren. Da die politischen und intellektuellen Eliten durch eine Sozialisation deutscher Identität trotz Nationalsozialismus gegangen waren und ihre Biographie mit der projektiven Erinnerungskultur der alten Bundesrepublik verknüpft ist, wären sie nie dem Gedanken verfallen, ausgerechnet die Realisierung eines Holocaustdenkmals der freien Aussprache aller Deutschen zu überantworten. Während das gerade eben erst wiedervereinigte Deutschland weiterhin gemäß der alten Praxen staatstragende Diskussionen um ein symbolisches Eingeständnis von Schuld pflegte, begannen sich aus der Sichtweise der westdeutschen Antizipation im Sinne der Ideologie des kapitalistischen Sieges über den Kommunismus neue Praxen zu entwickeln, die Mähr vom besseren, geläuterten Deutschland ablösen sollten durch die Idee der deutschen Großzügigkeit, den Alliierten die Teilung nicht länger nachzutragen und nun doch endlich Gras über die Sache wachsen zu lassen. Bereits vor den Bundestagswahlen im Herbst '98 blieben Helmut **Kohl** und Rita **Süßmuth** in ihrer eigenen Partei in der Minderheit. Süßmuths Forderung, das deutsche Volk müsse sich mit dem Denkmal identifizieren können, zieht eine eindeutige Antwort nach sich: Dieses Denkmal, als Objekt deutschen Nationalgefühls, stößt auf geschlossenen Widerstand.

Vor den Wahlen gab es eine Mehrheit dafür bei SozialdemokratInnen, Grünen und PDS, was sich geändert hat. Nun gibt es einen "pragmatischen" Gestus des Erinnerns, der von einem symbolischen Eingeständnis von Schuld nichts wissen will. Was die Inhalte des Gesagten betrifft und was den öffentlichen Umgang mit diesen Positionen angeht: Formen und Inhalte der Ausgrenzung dynamisieren und stützen sich gegenseitig.

Konsesfähiger Antisemitismus

Walser hatte es konsensfähig auf den Punkt gebracht, was in den Monaten zuvor schon immer mehr als Argumentationslinie zutage trat. Er zog alle Registerstücke einer antisemitischen Weltanschauung unter Verzicht auf offenen Antisemitismus und machte nicht etwa jüdische pressure-groups für den Plan des Holocaust-Mahnmals verantwortlich, sondern stellvertretend den Gewissenswurm, der im Inneren nagt.[1] Zur Herstellung der deutschen Identität wird ein "Sie" phantasiert, welches die deutsche Opferrolle zugibt und Deutschland einer prinzipiellen Diffamierung aussetzt. Diese erklärte



[GE-]DENKFAUL: MARTIN WALSER, DEUTSCHER

Ideologie aktualisiert Walser zeitgemäß in der kriegerischen Metapher der Bedrohung durch "Meinungssoldaten, die mit vorgehaltener Moralpistole in den Meinungsdienst nötigen." Das Ergebnis ist die "Instrumentalisierung unserer Schande für gegenwärtige Zwecke", indem eben diese Mächte, mit der "Moralkeule Ausschwitz" dem deutschen Gewissen drohen. Hervortretende Deutungsmomente dieser Rede sind die Angst vor abstrakten, unbenannten Übermächtigen, die Wut auf Intellektuelle ohne Namen oder die paranoide Furcht vor den Medien. Dies ermutigt nicht nur den gesamten Rechtsradikalismus, Deutschland als autoritären deutschen Nationalstaat zu feiern - was vielmehr wichtig ist – diese Rede zeigt die Erweiterung des etablierten diskursiven Horizonts der deutschen Öffentlichkeit, um eine unverblümte Relativierung und Neuinterpretation von Auschwitz. "Auschwitz eigne sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, (...) jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule"[2], so vergewaltigt er antifaschistisches Ansinnen.

"Negativer Nationalismus"

Die Verkündung vom Ende des Deutschen Sonderwegs erfolgt über die Diagnose und Distanzierung von einem "negativen Nationalismus": "Aber in welchen Verdacht gerät man, wenn man sagt die Deutschen seien jetzt ein ganz normales Volk?"[3] entrüstet sich Walser gegen Kräfte, die er als Verhinderer einer wiedergewonnen Souveränität sieht. "In der Diskussion um das Holocaust-Mahnmal kann die Nachwelt einmal nachlesen, was Leute anrichteten, die sich für das Gewissen von anderen verantwortlich fühlten. Die Betonierung des Zentrums der Hauptstadt mit einem fußballfeldgroßen Alptraum. Die Monumentalisierung der Schande. Der Historiker Heinrich August **Winkler** nennt das „negativen Nationalismus". Daß der, auch wenn er sich tausendmal besser vorkommt, kein bißchen besser ist als sein Gegenteil, wage ich zu vermuten, wahrscheinlich gibt es auch eine Banalität des Guten." Heinrich Winkler ist Sozialdemokrat und bezeichnet mit `negativer Nationalismus` die Hegemonisierungsbestrebungen der aktualisierten deutschen Geschichtsschreibung: das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte ist nicht ob dieser selbst problematisch, sondern ob der "Instrumentalisierung" ihrer Ereignisse, was eine nationale Identität verunmöglicht. Bei dem Thema Rechtsradikalismus reduziert sich es darauf, daß, vor dem Hintergrund ganzer politischer und gesellschaftlicher Blöcke, die eine Normalisierung Deutschlands verhinderten, ein paar orientierungslose Jugendliche wohl Verständnis entgegen gebracht werden müßte.

Walser verhielt sich auch „vorbildlich antisemitisch". Er halluzinierte sich in die Rolle des Verfolgten, gab fortwährend nur mehr letzte Interviews und jene, die seine Relativierungen kritisierten, sollten als "rachsüchtige" Verfolger mit

persönlichem Interesse nach verletzender Kränkung gezeichnet werden. Er umgab sich mit dem Flair des Aufrechten, der aufdeckt und ausspricht, was die Deutschen belastet. "Ich habe es nie für möglich gehalten die Seite der Beschuldigten zu verlassen", preist er mit ganzer Ehre des ehemaligen Wehrmachtsoldaten das vieljährige Erdulden der Situation, Be-Schuldigter zu sein, denn die Schuldigen sind andere. Es geht nicht um Verbrechen, sondern um Schande. Was Walser vorschlägt, ist die "Privatisierung" und "Intimisierung" des Gewissens. Ein ethisch-moralisches Verständnis von Gewissen wird hinweggefegt und eine tabuisierte persönliche Kategorie markiert, die nach herrschender Ideologie nun endlich den Raum aufmachen soll, soziales Gewissen neuerlich vor dem Hintergrund deutscher Ordnung, Einheit und "Normalität" zu verhandeln. Gleichzeitig steht er harmonisch eingebettet in die tagespolitische Landschaft, denn seit Jahren wird im Namen der „Gewissensfreiheit" eine nationale Erinnerungskultur entwickelt, die in individuellen Beiträgen, vom „verbitterten Nazi" in den LeserInnenbriefspalten über differenzierte rechte Ausdeutungen der Wirklichkeit durch Intellektuelle und angesehenen ExpertInnen reicht.

Einer ist gegen uns

Martin Walser gegen Ignatz **Bubis**, Vorsitzender des Zentralrates der Juden, die Mehrheit gegen den letzten Überlebenden; so bastelt sich der öffentliche Diskurs, der zeitgemäß u.a. als "two-men-fighting"-Fernsehauseindersetzung ausgetragen wird und die gesellschaftliche Legitimation der Verwendung einer Opfer-Täter Umkehr zum Ausdruck bringt. In dieser besagten Konfrontation nimmt Bubis die Kritik an der Walser-Rede der "geistigen Brandstiftung" zurück und Walser erfährt seine Reputation. Er, Walser, habe sich "um überleben zu können" bereits zu einem Zeitpunkt mit Auschwitz befaßt, "da waren Sie Herr Bubis noch mit ganz anderen Dingen beschäftigt." Walser bestätigt die Kernaussage des sekundären Antisemitismus, wonach die Deutschen den Juden Auschwitz nie verzeihen. Es zählt nicht, was Bubis sagt, sondern, was er ist: ein Jude.[4]

Die Wogen, die die Walser-Rede in der Öffentlichkeit nach sich ziehen, erzeugen ein Bild: Deutsche diskutieren unter sich nach paranoiden Mustern, die Kriegs- und Wiederaufbaugeneration weiß, womit sie nichts zu tun haben will. So wertet Bundespräsident **Herzog** den Diskurs auf, indem er paternalistisch vermittelt: "Und wenn ich mich unserer Geschichte zu stellen versuche, versuche ich das auch nicht in Schande, sondern in Würde. (...) Für mich ist jeder Versuch, die Verbrechen des Nationalsozialismus aus der geschichtlichen Erinnerung auszublenden, letztlich nur eine besondere Form intellektueller Feigheit und Feigheit ist das letzte, was ich von meinem Volk erleben möchte."[5] Herzog greift Elemente der Walser-Rede auf, versteht und korrigiert ihn und erklärt warum.

Darüber hinaus wird er auch anders verstanden und konkretisiert, so fehlt es nicht an offen antisemitischen Codes und revisionistischen Behauptungen: Spiegel-Herausgeber **Augstein** weiß zu berichten, daß "dieses Schandmal gegen die Hauptstadt und das sich in Berlin neu formierende Deutschland gerichtet" sei und nur aus "Rücksicht auf die New Yorker Presse und die Haifische im Anwaltsgewand" errichtet werde. "Anderen Nationen wäre ein solcher Umgang mit ihrer Geschichte fremd."[6], untermauert er die Proklamation vom Ende des deutschen Sonderwegs.

Eine neue Ära

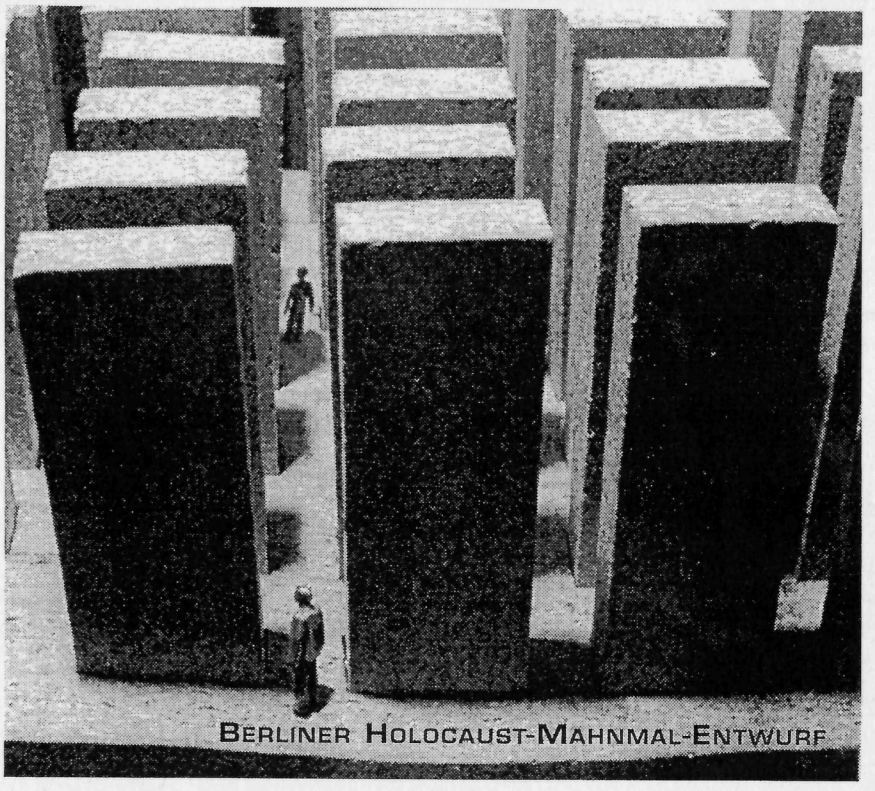
An die Stelle vergangenheitspolitischer Beschwichtigungen ist Selbstgerechtigkeit und nackter Stolz getreten, an die Stelle eines beeinträchtigten Gewissens das Triumphgefühl einer neuen Stunde Null. Diese Rede repräsentiert einschneidend den Anfang vom Ende der "Betroffenheitskultur", in der "Vergangenheitsbewältigung"[7] uminterpretiert wird zur patriotischen Tat und Voraussetzung ist, mit erhobenen Kopf ein heutiger Deutscher zu sein. Ein originär modernes Produkt unserer bürgerlichen Gesellschaft, der Antisemitismus, findet Ausdruck und Unterfütterung in seiner Verknüpftheit mit alltäglichen Deutungsmustern. Die Abwehr der vermeintlichen "Anmaßung" der Juden ist auch unausgesprochener Bestandteil der neuen deutschen Regierungspolitik, die nicht mehr an die Vergangenheit erinnert werden will. Ein neuer Typus von Intellektuellen und PolitikerInnen tritt auf den Plan, die als Helden des Pragmatismus "jenseits von links und rechts" (Anthony Giddens) auf der politischen Bühne eine neue Mitte positionieren. Der nüchterne Kompromiß, die Orientierung an gegenwärtigen "Sachzwängen", die sich aus der Vision einer neuen Weltordnung ergeben, verschleiern durch diese Darstellung das politische Eigenleben einer Ideologie des "neuen Pragmatismus". Dieser steht für das, was getan werden "muß" und rechtfertigt sich darüber, daß die Person, die sie vorträgt, glaubwürdig persönlich und moralisch motiviert argumentiert. Die Abgrenzung hin zum Rechtspopulismus erfolgt unter dem Versuch einer Präsentation von Domestizierung oder Bändigung gegenüber "skeptischen" Geistern rechter Politik und als Entwicklungshilfe oder liebevoller elterlicher Klatsch auf den Hintern der Bewegung gegenüber Liebäugelnden. Somit haben die 68-er endgültig den Gestus des "Gemeinsamen" aus der Zivilgesellschaft zurückgeholt. Es sind absorbierende Strategien, mit denen die "Mitte-ExtremistInnen" über den Bezug auf "soziale Ausgewogenheit" und "Solidarität" sozialethische Positionen aushöhlen.[8] Durch die Privatisierung der Moral durch das Gewissen und mit zielstrebiger Vollführung des Primats der Ökonomie in der Öffentlichkeit zensiert sich die alte, konservative Kultur der "Scham und Demut" und entledigt sich damit auch der historischen Reflexion des Handelns.

Die TäterInnengesellschaft ist jetzt keine mehr, sie hat nun eine Regierung die ohnedies durch ihr Alter zu jung ist um mit diesem Kapitel der deutschen Geschichte was am Hut zu haben. Während der konservative CDU Habitus von der Inszenierung der "Stunde Null"-Ideologie getragen war, die besagt, daß die neue Republik nach '45 den vollständigen Bruch mit dem Faschismus vollzogen habe und die Deutschen über Nacht eine bessere Gesellschaft geworden wäre, präsentiert Schröder die neuen geopolitischen Verhältnisse mit neuem deutschen Selbstbewußtsein. "Der Grundstein der neuen Republik darf nicht auf Reue beruhen", verkündet er den Bruch mit dem alten Tabu.

Alle geben ihm Recht

Ebenso zeigt die außerparlamentarische Linke das Bild der Verdrängung der Abwehr von Antisemitismus, der als ausschließliches Problem der Rechten wahrgenommen wird, während mensch sich selber in seiner/ihrer "Differenz" wahrnimmt. Ignatz Bubis verkörpert eine Alibi-Bezugsinstanz der "Mitte-ExtremistInnen" in die sich eine autonome Position nicht verstrickt, denn sie verhandelt politische Selbstverortung: die zur Wehr-Setzung gegen Gedenk-Kulte, gegen eine Medialisierung und Virtualisierung des Erinnerns, gegen den Mahnmal-Talk.[9] Angesichts Marginalisierung, Zersplitterung und antisemitischer und partriachaler Durchdrungenheiten ist es auch nicht verwunderlich, daß die öffentliche Frage nach kollektiver Erinnerung an den Staat delegiert wird.

Die Auseinandersetzung mit den Mehrheitsdeutschen bleibt ebenso ausgeblendet, wie das Szenarium, daß Bubis in Folge medial zum unversöhnlichen, auf Rache bedachten Juden stigmatisiert wurde und mit seiner klaren Anklage der geistigen Brandstiftung völlig isoliert, also auch im Unrecht bleibt. Walser sagt: "So wie ich denkt und fühlt die Mehrheit der Deutschen", und damit hat er recht. Der Angriff auf Bubis aktualisiert in einem neuen Zusammenspiel zwischen „unten" und „oben" antisemitische Normen und richtet sich gegen das Erinnern überhaupt. Nur wenige etablierte Linke,



Berliner Holocaust-Mahnmal-Entwurf

wie Hermann Gremliza sprechen sich deklariert und offensiv für den Bau eines Denk-Mals aus.

Erinnern in Österreich

Seit Oktober 1943 in der Konferenz von Moskau zwischen den drei Alliierten Außenministern über die Zusammenarbeit bis zum „Endsieg" hat es Österreicher öffentlich anerkannt in einem internationalen Kriegsvertrag beglaubigt: als das erste Opfer Nazideutschlands in die Geschichte Eingang zu finden. Und da haben „wir" uns dann wirklich sehr bemüht, dem auch gerecht zu werden. „Wir" feiern das Jahr 1945 als Befreiung und 55 als damals notwendiges Bekenntnis auf ein immerwährendes, neutrales Österreich. Niemand hat „uns" je den Prozeß gemacht, im Gegenteil, es wurde parlamentarisch-demokratisch eine eigene Gernalamnestie erlassen. Da bestand aller Grund, vorwärts zu schauen, der Krieg hat "uns" schreckliches angetan, Die Nation übte sich exklusiv in der Rolle der antifaschistischen Mahnerin, und nur in der Kunst und in wenigen Hörsaalaktionen gelang Studierenden durch das konkrete Aufzeigen faschistischer Kontinuitäten, der Implementierung der Stunde–Null-Ideologie etwas entgegenzusetzen. Der Gründungsmythos der zweiten Republik wirkt beinahe widerspruchslos und nachhaltig. Erst mit der Waldheimaffaire setzte eine öffentliche Auseinandersetzung ein, die den Bezug auf das bessere Österreich zerplatzen ließ; dem folgt eine außenpolitsche Geste in der nächstfolgenden politischen Führungsperiode, welche sich zur Verantwortung für den Nationalsozialismus bekennt: der Amtsantritts-Besuch des Bundeskanzler Vranitzky in Israel. Es gibt in der Alpenrepublik überhaupt keine Grundlage für eine Walser-Debatte. Zwar reklamieren konservative und rechte österreichische mediale Ikonen, wie etwa Leitgeb im "Kläglich Alles" oder Staberl von der "Krone", oder etwa auch Liessmann oder Lingens, nach antisemitischen Stereotypen "diesen Zustand" auch nach Österreich, dennoch schlagen hierzulande andere Debatten Wellen. Angesichts des großen antifaschistischen „Staatskünstlers" Hrdlicka braucht Österreich sich nicht vorwerfen lassen, sich nicht mit seiner Vergangenheit zu konfrontieren! Die Normalisierungsbestrebungen Österreichs richten sich ebenso darauf zu überwinden, was die Alliierten uns auflegten, doch betrifft dies im wesentlichen die Frage der Neutralität und gerade in der Debatte um etwaige Beitritte zu Militärbündnissen ist das Strickmuster: zweimal glatt "nüchterne Zweckrationalität", einmal verkehrt das moralisch getragene Beschwören von Verantwortung. Mit Zweckrationalität ist hier die große Kunst der dialektischen Volten der großen Koalition gemeint, Diskurse – denke: Gesetze – in Abgrenzung zueinander und vor allem gegenüber einem gemeinsamen und je eigenen Oppositions- bzw. potentiellen Koalitionspartners F nach rechts voranzutreiben und zu integrieren.

„Wenn wir Auschwitz überwinden könnten, dann könnten wir uns auch wieder nationalen Aufgaben zuwenden." (Martin Walser 1978[12])

What`s left?

Die Frage nach strukturellen Parallelen antisemitischer und linker Weltanschauungen stellt sich auch hierzulande: "Heute bin ich 30. Seit ich erwachsen bin, habe ich betroffen zu sein. Es war einfach zu viel. Seit so vielen Jahren immer wieder die KZ- und Kristallnachtgreuel und das große „Wie-konnte-das-nur-geschehen?"-Gezeter. Und da muß ich einfach einem Intellektuellen wie Martin Walser, Jahrgang 1927, danken, der ähnliche Empfindungen zu haben scheint wie ich, der ich das für ein Generationenproblem gehalten hatte." – nachzulesen nicht irgendwo, sondern inmitten von linken Debatten in Österreich.[10] Auf der nächsten Seite gibt es dann auch die inhaltliche Affinität zum "Negativen Nationalismus" und "Banalität des Guten": "Und deswegen machen wir lieber – nachdem Jahrzehnte lang geschwiegen wurde, weil da einfach noch zu viele Belastete an den Hebeln gesessen waren – auf mahnenden Antifaschismus, bis der letzte unzufriedene Jugendliche auf die Idee kommen kann, daß das vielleicht doch eine tolle Zeit war."[11] Alle helfen zusammen und formal distanzieren sich wieder alle davon. ●

[1] vgl. Heinz, Tina / Wertmüller, Justus 1998: "Täter und nicht Opfer sein." Über das Recht der Deutschen über ein Holocaust-Mahnmal selbst zu bestimmen; in Bahamas, Nr. 27; S. 9

[2] Dieses und alle nicht extra ausgewiesenen folgenden Zitate sind der Rede Martin Walsers am 11.10.98 entnommen, zit.nach: Der Standard,12.10.1998

[3] ebenda, S.8.

[4] vgl. Matthias Küntzel: Normalität und Wahn S.16.ff; in: Konkret 2/99

[5] Die Rede vom Bundespräsidenten aus Anlaß des Holocaust-Gedenktages; Frankfurter Rundschau, 28.1.1999, S.21.

[6] vgl. Die Haare sind mehr geworden; Interview mit Ignatz Bubis in Konkret 2/99, S.13

[7] Selbst im Begriff Vergangenheitsbewältigung zeigt sich, daß das tabusierte Verdrängte nicht hinter sich gelassen werden kann, die Gewalt des Endlich-damit-Fertigwerdens. vgl. Bröckling, Ulrich 1993: a a.O; S.50

[8] vgl. Martin Schenk: Caritas& Co, S.53 in: Knapp/Lanthaler (Hg.): Menschenjagd, Wien 1998.

[9] vgl. Interim Nr. 469 vom 11.2.99, S. 4f

[10] Ich beziehe mich hier auf einen in der Akin erschienen Artikel, mit dem für sich sprechenden Titel: Dank an Martin Walser; Akin Nr.28, vom 20.10.1998.

[11] ebenda

[12] zit.n. Format 8/98, S. 143

Der Walser-Debattierklub

Applaus von links

EINEN EINDRUCKSVOLLEN BEWEIS DAFÜR, DAß DIE ABWEHR VON SCHULD[1] UND ERINNERUNG TATSÄCHLICH DAS GANZE POLITISCHE SPEKTRUM DURCHZIEHT, LIEFERT DIE LINKS-ALTERNATIVE ZEITSCHRIFT „AKIN". IN DER NUMMER 28 (20. 10. 1998) DANKT BERNHARD REDL MARTIN WALSER FÜR DESSEN BEFREIENDEN SCHLAG GEGEN DIE „MORALKEULE" AUSCHWITZ.

Redl beginnt seine Apolgie Walsers mit der Behauptung, dem Nationaldichter gehe es „gar nicht darum (...) die Geschichte vergessen zu machen." Tatsächlich handelt es sich bei Walser nicht um einen strategischen Dummkopf, welcher nicht um die Unmöglichkeit eines solchen Unterfangens wüßte. Er will in seiner Sehnsucht nach Normalität nur selbst bestimmen dürfen und können, was wann wie erinnert wird.
Was Walser „zu schaffen" mache, sei „der Einsatz des Grauens als apodiktische Mahnerin. Apodiktik aber reizt immer zur Widersetzlichkeit - und das macht die Sache kontraproduktiv." Während Walser von der *Dauerpräsentation unserer Schande* im Dienste einer antideutschen Verschwörung schwafelt, heuchelt Redl aufklärerisches Interesse. Den TäterInnen, ZuschauerInnen und ihren Nachgeborenen dürfe nicht der Luxus genommen werden, sich beliebig dem Grauen zu- oder abzuwenden, da diese sonst ungehalten reagieren. Aber nicht erst die Apodiktik reizt sie zur Widersetzlichkeit, sondern bereits die Erinnerung an und für sich.

Nur wer sich dem Grauen versperrt, kann von dessen „Einsatz" sprechen. Redl räumt weiter unten auch selbst ein, daß er zur Empathie unfähig ist: „Seit ich erwachsen bin, habe ich betroffen zu sein. Es war einfach zuviel. Seit so vielen Jahren immer wieder die KZ- und Kristallnachtgreuel und das große 'Wiekonnte-das-nur-geschehen?'-Gezeter.
Und da muß ich einfach einem Intellektuellen wie Martin Walser (...) danken."
Tatsächlich haben diejenigen, die nicht an Auschwitz denken, sondern betroffen sein müssen, Walsers Rede als Befreiungsschlag gegen den Zwang zur Erinnerung begrüßt. Und weil für die ganz normalen VerdrängerInnen dieser Zwang in erster Linie von den Juden und Jüdinnen ausgeht, hassen sie sie.

Aber Redl läßt nicht nur das Grauen nicht an sich herankommen, er versperrt sich auch der Lektüre. Wie könnte er sonst schreiben, daß „Goldhagen sowas wie ein deutsches Antisemitismusgen entdeckt zu haben glaubte"? Gerade in der Goldhagen-Debatte wurde ein beliebtes Muster der Verdrängung und Schuldabwehr vorgeführt: Die Widerlegung der Kollektivschuldthese, die genau zu diesem Zweck von denen, die sie dann empört von sich weisen, erfunden wurde. Binsenweisheiten stolzieren hier daher wie Erkenntnisse. Als ob Auschwitz noch mit moralischen Kategorien zu fassen wäre, heißt es auch bei Redl, daß „die Deutschen als Ganzes" kein „böses Volk waren oder sind". Er geht aber noch einen Schritt weiter und meint, daß „genauso wenig (...) der Einzelne nur böse oder nur gut (ist)." Nur wer die Binnenmoral der AntisemitInnen teilt, kann das Gute im Sturmbannführer von nebenan erkennen.

Redl verlangt, daß wir die TäterInnen und ZuschauerInnen verstehen, „anstatt pauschal zu verurteilen". Instinktiv fühlt er sich nämlich selbst vom Urteil getroffen, liegt doch dem damaligen wie heutigen Wegsehen vom Grauen dieselbe Gleichgültigkeit zu Grunde. Redl greift ein beliebtes Entlastungsargument der ganz normalen ÖsterreicherInnen auf, mit welchem sich diese bis heute aus der Verantwortung stehlen: der Zwang der Verhältnisse. Da „man selbst nicht weiß, wie man in einem autoritären Regime sich verhalten würde", solle mensch sich mit Urteilen zurückhalten. So wenig Empathie Redl für die Opfer aufbringen kann, so sehr will er sich in die TäterInnen einfühlen. Er wirbt für ein „Verständnis für ein Verbrechen", verwahrt sich als gestandener Linker aber davor, „Sympathie dafür zu haben."
Bei seiner Suche nach den Motiven geht Redl über die klassisch marxistisch-leninistische Auffassung vom Antisemitismus (den er bezeichnenderweise mit keinem Wort erwähnt!) als Ablenkung revolutionärer Energien auf „Sündenböcke" hinaus. Denn die „für den Machterhalt äußerst wirksame Sündenbockfunktion" soll bei ihm auch die Shoah erklären. Die systematische Vernichtung hat jedoch keinen Zweck, der außerhalb derselben liegt. Redl will die Shoah „verstehen" und versteht nicht, daß dazu mehr als nur die Suche nach den Ursachen notwendig ist. Nachdenken über Auschwitz heißt aber auch, sich über die Grenzen dieses Denkens bewußt zu werden. Ansonsten reproduziert mensch die zahlreichen Rationalisierungen, mit welchen die TäterInnen sich ihr Handeln selbst legitimierten. ●

[1] Damit ist nicht die abstrakte „Schuld" der christlichen Lehre gemeint, sondern die konkrete Schuld für noch konkretere Taten, wie sie etwa bei Gericht verhandelt werden. Schuldig waren/sind neben den NS-Größen, den „Vordenkern der Vernichtung" und den unmittelbaren TäterInnen auch diejenigen, die Hitler und der NSDAP die Treue hielten. Diese Schuld findet nach 1945 ihre Fortsetzung in der Weigerung, Rechenschaft abzulegen. Die Nachgeborenen der ganz normalen Deutschen und ÖsterreicherInnen machten sich insofern mitschuldig, als sie entweder diese Weigerung hinnahmen und keine Fragen stellten, oder das Wissen um die Schuld ihrer (Groß)Eltern verdrängten, um dem Kollektiv auch weiterhin angehören zu können.

Nr. 28 Frühjahr 1999
BAHAMAS
Von Menschen- und Völkerrechten
Zum Stand der kurdischen Sache ● Vom Mißgeschick des Demokratieretters: Pinochet ● Eine kursorische Geschichte der UCK ● Nachhut und Avantgarde: Rumänische Bergarbeiter ● Hessenwahl: Jugend gegen Ausländer ● Über den „Dritten Weg" ● Vom Verschwinden des Gebrauchswerts zur politischen Ökonomie der Gerechtigkeit ● u.a.m.
Einzelpreis DM 7,50 (Vorauskasse/Briefmarken)
Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Fax/Fon: 030 / 623 69 44

AntiimperialismusAntizionismusAntisemitismus

Zum Zusammenhang dreier "Weltanschauungen"

AUFGRUND DER EREIGNISSE DER LETZTEN MONATE[1] HABEN TEILE DER LINKSRADIKALEN SZENE ENDLICH ERKANNT, DAß DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT ANTISEMITISMUS ZU DEN UREIGENSTEN AUFGABEN LINKER IN ÖSTERREICH UND DEUTSCHLAND GEHÖREN SOLLTE. ANLAß FÜR DIESE RELATIV NEUE WAHRNEHMUNG WAR ABER NICHT DIE SELBSTREFLEXION, SONDERN LEIDER ANTISEMITISCHE AUSFÄLLE WIEDER VERMEHRT AUFTRETENDER ANTIIMPERIALISTINNEN. DIESE TREIBEN SEIT UNGEFÄHR EINEM HALBEN JAHR VERSTÄRKT IHR UNWESEN.

ANTIIMPERIALISMUS - WAS IST DAS?

Imperialismus, wie er vom Großteil der Linken aufgefaßt wird und von Lenin formuliert wurde, meint das höchste Stadium des Kapitalismus. In seiner Schrift beschreibt Lenin den Übergang vom produktiven Kapital zum Aktienkapital. Schon die Auffassung, der Kapitalismus wäre in Finanz- und Produktionskapital einteilbar, steht in völliger Opposition zur Marxschen Analyse des Werts. Dieser wird nämlich **nur** in der Sphäre der Produktion geschaffen. Demnach ist es vollkommen egal, wie Kapitalismus organisiert ist, ob über Aktienmärkte oder Kleingewerbe. Der Inhalt bleibt immer derselbe. „Das Kapital in seiner 'fetischartigsten Form' (Marx), als zinstragendes Kapital, in dem der Bezug der Verwertung zur materiellen Reproduktion der Gesellschaft ausgelöscht erscheint, kann von Lenin nicht als vollendete Gestalt der Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse erkannt werden, sondern muß sich seiner Theorie gemäß in ein unmittelbar personalistisch verstandenes 'Herrschaftsverhältnis' übersetzen."[2]

Laut Lenin geht es darum, den Produktionsprozeß von seiner „privatwirtschaftliche Hülle" zu befreien, da ihm dieser als technisch rationale Basis im Grunde bereits sozialistisch erscheint.[3]

Kapitalismus, wie er ihn versteht, besteht im Widerspruch von lohnabhängigen Massen und „parasitären" KapitalistInnen, die sich den Mehrwert aneignen. Weder wird die relative Eigenständigkeit bürgerlicher Subjekte, die durch ihr Handeln die gesellschaftliche Realität reproduzieren, wahrgenommen, noch wird kapitalistische Vergesellschaftung als gesellschaftliche Totalität verstanden. Auch die Interessen des Staates werden von den AntiimperialistInnen ausgeblendet. Über den notwendigen Organisator kapitalistischer Produktion wird geschwiegen. Anstatt Staat und Kapital als wechselseitiges Verhältnis zu begreifen, wird auf einen monolithischen Machtblock aus Staat und Kapital beharrt. „So entsteht zwangsläufig ein binäres und verdinglichendes, ein personalisierendes und moralisierendes Denken, das eine Clique von bösen Herrschenden annehmen muß, die mittels direkter Repression, Korruption durch Sozialpolitik und gemeiner Propaganda in den Medien die Guten, die Beherrschten, niederhalten."[4]

Das antiimperialistische Weltbild geht aber nicht nur von einem irreführenden Kapitalismusverständnis aus, sondern setzt dieses auch nicht in Beziehung zu anderen Ausformungen bürgerlicher Gesellschaft wie etwa der Bildung von Nationalstaaten. Diese werden nämlich nicht als notwendiger Ausdruck kapitalistischer Verfaßtheit gesehen. Im Gegenteil, als etwas unter Umständen sogar „Revolutionäres". Von Che Guevara bis Subcommandante Marcos werden die Helden der Revolution von den Metropolenmännern (und –frauen) gefeiert. Von der nationalen Revolution zur sozialen hat es zwar in der Praxis noch keine Nation geschafft; KurdInnen, PalästinenserInnen, BaskInnen und andere „Völker" scheinen dieses Potential - laut Antiimps - jedoch in sich zu tragen. So wie der Kapitalismus nur als Addition aller KapitalistInnen verstanden wird, denen die ArbeiterInnenklasse entgegensteht, wird auch versucht auf globaler Ebene einen prinzipiellen Antagonismus festzumachen: Die „guten" versus die „bösen" „Völker" bzw. Nationalstaaten. Zwei Staaten stehen dabei im Mittelpunkt antiimperialistischer Kritik: Die USA und Israel, die Schuld am Übel dieser Welt sein sollen. Die Tatsache, daß es relativ egal ist, wer wen beherrscht, da es für eine linksradikale Kritik immer nur um Herrschaft an sich gehen kann, wird negiert. In seiner Sicht der Welt reduziert der Antiimperialismus Herrschaft auf Fremdherrschaft und Ausbeutung auf „fremde" Ausbeutung.

Schuldige müssen ausgemacht werden, und wer liegt nach dieser Logik näher als Bill Clinton oder die ZionistInnen. Auch im Antisemitismus wird dem Schein der bürgerlichen Gesellschaft aufgesessen. Als eine Form antikapitalistischen Denkens, das im Gegensatz von Konkretem und Abstraktem verharrt, wie etwa das schaffende versus dem raffenden Kapital, wird der Kapitalismus lediglich unter der Form der Erscheinungen der abstrakten Seite dieses Gegensatzes wahrgenommen.[5] Diesem Abstrakten werden nun stoffliche Träger zugeschrieben: „Betrachtet man die besonderen Charakteristika der Macht, die der moderne Antisemitismus den Juden zuordnet - nämlich Abstraktheit, Unfaßbarkeit, Universalität, Mobilität - dann fällt auf, daß es sich hierbei um Charakteristika der Wertdimension handelt (...)."[6] Hier liegt der strukturelle Zusammenhang zwischen dem Antisemitismus und einem Anti-▶

HAFENSTRASSE, HAMBURG

Drei Versuche über die FPÖ

Über den Charakter einer Führerpartei

DIE INTENSITÄT, MIT WELCHER DIE DEBATTE UM DEN CHARAKTER DER FPÖ UND EINE RICHTIGE ODER WIRKSAME STRATEGIE GEGEN DIESE GEFÜHRT WIRD, STEHT IN UMGEKEHRTEM VERHÄLTNIS ZU DEREN AUFSTIEG. DIE VERBREITETE RESIGNATION HAT NICHT NUR AUSWIRKUNGEN AUF DIE PRAXIS, SONDERN LIEß AUCH DIE THEORETISCHE ERFASSUNG DES PHÄNOMENS HAIDER VERKOMMEN. ANHAND DREIER JÜNGERER DISKUSSIONSBEITRÄGE WOLLEN WIR WIEDER EINMAL VERSUCHEN, DIE NOTWENDIGE AUSEINANDERSETZUNG ENDLICH AUF TOUREN ZU BRINGEN.

EIN „POSTFASCHISTISCHES PROJEKT"?

Der Publizist Franz Schandl polemisiert seit geraumer Zeit gegen die „Gegner" der FPÖ. In der konservativen Tageszeitung „Die Presse", dem nationalrevolutionären Blatt „Neues Deutschland" und der KPÖ-Theoriezeitschrift „Weg und Ziel" findet sich mittlerweile seine Kritik am verbreiteten Umgang mit der „Haiderei". Schandls wiederholt vorgetragene These lautet: „Die Freiheitlichen sind kein faschistisches Projekt, auch wenn unzweifelhaft faschistisches Potential dort Eingang findet. Doch das ist nicht ausschlaggebend, wäre es dominant, wäre die FPÖ bedeutungslos." (Die Presse, 25. 10. 1997)

Woher nimmt Schandl bloß die Gewißheit, eine faschistische FPÖ wäre keine erfolgreiche? Da er nicht zur Fraktion der massenorientierten VolksfreundInnen gehört, braucht er sich keinen antifaschistischen Konsens zurechtlügen. Diese Meinung rührt vielmehr aus Schandls modernisierungstheoretischen Faschismusbegriff: Er interessiert sich nur für den Faschismus an der Macht und begreift ihn von seinem Ergebnis her als „spezifische historische Form einer nachholenden Entwicklung kapitalistischer Gesellschaftsformationen." (ebd.) Von daher kommt er zum Schluß, daß die Epoche des Faschismus eine abgeschlossene sei. In dieser Logik kann die Bevölkerung, von ein paar „Ewiggestrigen" ausgenommen, mehrheitlich als immun gegenüber dem faschistischen Angebot gesehen werden. Denn wenn die materiellen Verhältnisse keinen Faschismus mehr erfordern, dann wollen ihn auch die Massen nicht. Daß der Faschismus mehr war als die Sicherung oder Modernisierung des Kapitalverhältnisses, nämlich auch eine tendenziell unberechenbare konformistische Revolte gegen die zur „Moderne" verdichteten abstrakten Seite dieses Verhältnisses, findet bei Schandl keine Erwähnung.

Im nächsten Schritt kritisiert Schandl den Antifaschismus, der sich darin erschöpft, „auf etwas hinzuweisen, was ohnehin zutage liegt: Haiders Affinität zu ideologischen Denkmustern des Nationalsozialismus." (Streifzüge 4/98) So nachdrücklich wie dieser Haider als Nazi oute, so beharrlich blende er „den Konnex zwischen Faschismus und Kapitalismus, zwischen neuer Rechter und Marktwirtschaft" (ebd.) aus. Würde Schandl nicht dieses Verdikt auf die unterschiedlichsten Positionen anwenden, wäre ihm hier zuzustimmen. Nur die Schlußfolgerung, daß der Nachweis des rechtsextremen Charakters Haiders und der FPÖ fast schon notwendig Hand in Hand gehe mit der Affirmation der bestehenden Verhältnisse und daher aufgegeben werden solle, ist eine falsche. Demgegenüber zählen uns wir zu jener Sorte von AntifaschistInnen, die versuchen, die Kritik am Rechtsextremismus zu verbinden mit der an dessen Entstehungsort - der gesellschaftlichen Mitte oder Normalität. Gerade die von Schandl so vehement bekämpfte Kontinuitätsthese ▶

▶kapitalismus, der den Kapitalismus nicht als komplexes gesellschaftliches Verhältnis kritisiert, sondern „die Herrschenden" bzw. die personifizierte abstrakte Seite als die Schuldigen „entlarvt".

ANTIZIONISMUS ALS NEUE SPIELART DES ANTISEMITISMUS

Im Antizionismus führt diese Betrachtungsweise von Gesellschaft zur inhaltlichen Affinität mit der antisemitischen Ideologie. „Das antiimperialistische Weltbild ist den antisemitischen Stereotypen gegenüber nicht nur nicht immun, sondern es tendiert, wird es zum Antizionismus konkretisiert, dazu, diese selbst hervorzubringen."[7] Wir verweisen an dieser Stelle auf den Artikel „Antisemitismus von Links?", der in der Lotta DURA Nr.6/Sommer 96 erschien, und sich ausführlich mit antizionistischen Argumentationsmustern auseinandersetzt. Uns stellt sich vielmehr die Frage, warum **nach Auschwitz** solch ein Denken noch immer seinen festen Platz innerhalb der Linken einnimmt. Mit Claussen sind wir der Meinung, daß „(...) es im antizionistischen Diskurs weniger um die konkrete Palästinaproblematik als um den Umgang mit Schuld (geht)."[8] Denn, „wer von Israel spricht, thematisiert, ob er will oder nicht, die Massenvernichtung der europäischen Juden."[9] Die „Denunziation" von Juden und Jüdinnen als TäterInnen von heute, dient alleinig der Relativierung der österreichischen und deutschen Verbrechen. So arbeiten auch „Linke" an der Wiederherstellung österreichischer wie deutscher Normalität. Sie tun dies ganz im Sinne ihres „Volkes", das ja nach wie vor als revolutionäre Basis begriffen wird. Dem Beifall des rassistischen und antisemitischen Mobs zum Trotz: „In ihren Köpfen (denen der AntizionistInnen, Anm.) nimmt die Politik des Staates Israel den zentralen Platz ein, den die Erinnerung an die Vernichtung der europäischen Juden einnehmen müßte."[10] ●

[1] Das TATblatt berichtete in den letzten Ausgaben ausführlich darüber (siehe http://www.nadir.org/nadir/periodika/tatblatt/)

[2] vgl. Bösch, Robert: Unheimliche Verwandtschaft. Anmerkungen zum Verhältnis von Marxismus-Leninismus und Antisemitismus, in: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft Nr. 16/17 1995,.S.164

[3] ebd. S. 163f.

[4] Haury, Thomas: Zur Logik des bundesdeutschen Antisemitismus, in: Poliakov, Leon: Vom Antizionismus zum Antisemitismus. Freiburg 1992, S. 139

[5] vgl. Postone, Moishe: Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch, in: Werz, Michael (Hg.): Antisemitismus und Gesellschaft. Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt. Frankfurt/Main 1995, S.29-43, hier: S. 35

[6] ebd. S. 33f.

[7] Haury a.a.O. S. 141

[8] Claussen, Detlev: Versuch über den Antizionismus. Ein Rückblick, in: Poliakov a.a.O. S. 12

[9] ebd. S. 18

[10] ebd. S. 20

Fortsetzung von Seite 19

könnte dabei behilflich sein. Denn diese bezieht sich ja frei nach Adorno nicht nur auf das Weiterleben des Nationalsozialismus *gegen* die Demokratie, sondern auch auf das *in* derselben.

Die Erfolgsgeschichte des heimischen Rechtsextremismus ist die seiner Integration. Dieser andauernde, spezifische Umgang hat natürlich seine Auswirkung auf Integriertes wie Integrierendes. Bis hin zur nicht-identischen Identität haben sich „demokratische" Normalität und deren rechtsextreme Übertreibung wechselseitig angeglichen. Wahrscheinlich nur hierzulande (und in Deutschland) kann jemand Nazi und „Demokrat" gleichermaßen sein. Demgegenüber hält Schandl an einer dichotomischen Sichtweise fest. Und anstatt den Aufstieg der Haider-FPÖ auch oder gerade aus östereichischen Spezifika zu erklären, behauptet Schandl, dieser sei nur „Ausdruck postmoderner Zersetzung der marktwirtschaftlichen Demokratie." (ebd.) Dabei übersieht er die Besonderheit der Zweiten Republik, die eben keine Demokratie wie jede andere ist. Erst wenn dies berücksichtigt wird, stimmt der Satz: „In Haider übertreibt sich die Demokratie bis zur Unkenntlichkeit." (Weg und Ziel 4/98).

Entgegen der tatsächlich irreführenden Analogiebildung zwischen NSDAP und FPÖ behauptet Schandl, der hier die Diskontinuität überbetont, Haider plane „etwas Neues, keine Neuauflage" (ebd.). Von allen ideologiekritischen Geistern verlassen nimmt er schließlich die Selbstdarstellung der FPÖ für ihren Charakter: „Die Freiheitlichen sind das erste gelungene *postfaschistische* Projekt der Rechten in Europa. Und zwar *weil* der Ablösungsprozeß vom traditionellen Rechtsextremismus geglückt ist." (ebd.)

„Demokrat" oder Nazi?

Haider wird nicht als - in Elternhaus, ÖTB und Burschenschaft sozialisierter - originär rechtsextremer Populist begriffen, der, wenn er von „Straflagern", der „ordentlichen Beschäftigungspolitik" im „Dritten Reich" und dergleichen spricht, nicht seiner innersten und aufrichtigen Überzeugung Ausdruck verleiht, sondern nur „Rückgriffe in die braune Mottenkiste der Versatzstücke" (Die Presse, 25. 10. 1997) macht. Haiders (laut Schandl partieller) Rechtsextremismus erscheint hier nur als eines der „Elemente im postmodernen Potpurri seiner Beliebigkeiten" (ebd.). Aber diese Beliebigkeit ist weder neu (oder „postmodern"), noch untypisch für den Rechtsextremismus. Wenn Schandl von „politischen Versatzstücke(n) der Freiheitlichen" schreibt, die „nicht für sich (stehen), sondern (...) mobiles Gut (sind), das flexibel eingesetzt wird" (Weg und Ziel 4/98), so sieht er nicht den grundsätzlich flexiblen Charakter des Rechtsextremismus. In ihm verbinden sich Elemente unterschiedlicher Diskurse zu einem durch Führer und irrationale Kategorien (wie „Volk") zusammengehaltenen Inter-Diskurs. Gerade der aktuelle Rechtsextremismus bedient unterschiedliche soziale Gruppen, was seinen eklektizistischen Charakter erklärt. So wäre etwa die FPÖ zu charakterisieren als Bündnis fordistischer und postfordistischer Rechtsextremismen. Dem fordistischen Rechtsextremismus (der Sehnsucht der/des fordistischen NormalarbeiterIn nach der alten Gewißheit) sind die Versuche der FPÖ zuzuschreiben, sich als „nationale Arbeiterpartei" zu positionieren. Dem postfordistischen Rechtsextremismus, in der FPÖ personifiziert durch die sog. „Buberlpartie", entspricht das „neoliberale" Element in der FPÖ. Hier erscheinen als Adressat die leistungsbereiten Yuppies, die Boutiquen-Bourgeoisie, denen das wohlfahrtsstaatliche Korsett zu eng geworden ist.

Um diesen Widerspruch am Ausleben zu hindern, *muß* die FPÖ übrigens eine Führerpartei sein.

Grundsätzlich zuzustimmen wäre Schandl, wenn er schreibt: „Was Haider vorhat, ist die nationalistische Veranstaltung des Neoliberalismus, wobei immanente Konflikte dieser Ehe bewußt ausgeklammert werden müssen." (ebd.) Problematisch wird es aber, wenn die liberalen Versatzstücke in der freiheitlichen Wirtschaftspolitik zum Beleg des nicht-rechtsextremen Charakters der FPÖ genommen werden. Rechtsextremismus und Liberalismus sind nicht erst seit Haider vereinbarer, als sie wechselseitig von sich glauben machen. Gerade das Beispiel „deutscher" Liberalismus und dessen Säulenheiliger Friedrich Naumann (auf den sich Haider übrigens explizit beruft!) zeigt, mit wieviel Nationalismus und Chauvinismus sich der Liberalismus verträgt. Entgegen der falschen Dichotomisierung muß betont werden, daß die Unversöhnlichkeit von Liberalismus und Rechtsextremismus selbst liberale Ideologie ist.

„Führertyp der demokratischen Volksgemeinschaft"

Während Schandl sich entgegen seinem Postulat über den Zusammenhang von Kapitalismus/Demokratie und Faschismus/Rechtsextremismus weitgehend ausschweigt, betont ihn Gerhard Scheit im volksgemeinschaftlichen Kontinuum: „Bewußt oder unbewußt ist die nationalsozialistische Volksgemeinschaft der Referenzpunkt postfaschistischer Demokratie geworden." (ebd.) Der höhere Erklärungswert von Scheits Analyse rührt aus der Betonung, daß sich der Aufstieg der FPÖ „auf einem besonderen Boden" (ebd.) vollzieht. Die oben erwähnte Kontinuität, die erst die Haiderei vollständig erklären helfen kann, sieht Scheit im spezifisch deutsch-österreichischen „Verhältnis zu Staat und Kapital" (ebd.) Hier wird das „postfa-

FPÖ und Wiederbetätigung

Mitte Dezember 1998 nehmen sich die freiheitlichen Nationalratsabgeordneten Maximilian **Hofmann** und Herbert **Haupt** in einer parlamentarischen Anfrage an den Bundesminister für Justiz des rechtsextremen Publizisten Konrad **Windisch** an. Windisch, Kopf der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP), wurde 1996 nach NS-Verbotsgesetz zu einer einjährigen bedingten Haftsrafe verurteilt. Eine Nichtigkeitsbeschwerde Windischs beim OGH wurde im Herbst 1998 abgewiesen. Nun versuchen die freiheitlichen Mandatare mittels selektiver Zitation aus der Anklageschrift den Eindruck zu erwecken, Windisch sei nur oder vor allem aufgrund des Abdruckes von Renner-Zitaten verurteilt worden.

Wenig brachten übrigens die zahllosen Anfragen von Hofmann und Kollegen bezüglich des behördlichen Vorgehens gegen den Verein Dichterstein Offenhausen: Die Oberösterreichische Sicherheitsdirektion gab am 11. 1. 1999 bekannt, daß der rechtsextreme Verein gemäß NS-Verbotsgesetz formell aufgelöst worden sei. Nach einer Berufung hat nun das Innenministerium als zweite Instanz zu entscheiden.

(aus: www.doew.at)

schistische Subjekt" und dessen anhaltende Sehnsucht nach der Versöhnung von Kapital und Arbeit ins Zentrum der Analyse gerückt. Dieses zunehmend mit seiner eigenen Wertlosigkeit konfrontierte Subjekt ahne heute „in verstärktem Maße, daß es nur als fetischisierter Staatsbürger, das heißt als nationales Subjekt, diese Wertlosigkeit aufheben, nur in der Volksgemeinschaft den Ausstoß aus der Gemeinschaft der Verwertbaren kompensieren kann." (ebd.) Aber die ersehnte Volksgemeinschaft ist angesichts der veränderten ökonomischen und politischen Bedingungen wie der vollendeten Individualisierung hin zu „Geldmonade(n) und Arbeitskraftbehälter" nicht mehr herstellbar, die „Wiederkehr des Dritten Reiches tatsächlich" (ebd.) auszuschließen.

Diese Verschiebung versucht Scheit mit dem Begriff der „demokratischen Volksgemeinschaft" zu fassen. In ihr müsse das einzelne Individuum „in sich selbst und für sich selbst tun, was der faschistische Staat einst für alle tat: den Wert seiner Arbeitskraft mit der Zugehörigkeit zur Nation absichern." (ebd.) Bei dieser auf „Selbsttätigkeit angewiesene(n)" (Streifzüge 4/98) Subjektivierung der volksgemeinschaftlichen Versöhnung von Kapital und Arbeit verändert auch die Ideologie ihren Charakter. Sie beschränkt sich weitgehend auf das Initiieren der Verinnerlichung der Wertlogik und die Aufforderung, „den Fetisch von Kapital und Nation durchaus selbständig weiterzudenken." (ebd.) Im Ergebnis unterscheidet sich die demokratische von der autoritären Form darin, daß nicht mehr der starke Staat die Vernichtung des Wertlosen durchsetzt, sondern das schwache Individuum diese (auch im eigenen Falle) bejaht. Als Beispiel hierfür nennt Scheit die Verschiebungen im „Euthanasie"-Diskurs: Der Mord am Wertlosen ist nicht länger „staatliches Programm" sondern individuelles Bekenntnis.

Als „Führer" dieser demokratischen Volksgemeinschaft erscheint bei Scheit nun Haider, der keine Alternative, sondern die Übertreibung anbietet. Als organischer Ideologe dieser Volksgemeinschaft „weckt, organisiert und beschleunigt (Haider, Anm.) die Selbsttätigkeit, die Rassimus und Volksgemeinschaft heute erfordern." (ebd.)

So fruchtbringend dieser Ansatz erscheint, birgt er doch die Gefahr, die ideologische Selbsttätigkeit auch der faschistischen Subjekte zu gering zu veranschlagen. Die Vernichtung des „Wertlosen" erfolgte auch im Nationalsozialismus nicht vollständig ohne massenhafte Zustimmung. Der Vergleich zwischen dem eugenischen und dem antisemitischen Mordprogramm zeigt aber tatsächlich die Grenzen dieser Zustimmung: So wurde die offene „Euthanasie" nach Protesten der Kirchen abgebrochen, während diese zu den übrigen Verfolgungs- und Vernichtungspraxen schwiegen. Die Überbetonung der Unterschiede zwischen autoritärer und demokratischer Volksgemeinschaft kann daneben den Blick auf ideologische wie institutionelle Kontinuitäten (gerade in der Bevölkerungspolitik) verstellen.

Grazer FPÖ: Ausländer in Lager

Obschon rassistische Anträge bei der FPÖ nichts Neues sind, sind manche davon doch einer Erwähnung wert: Die „Kosten für die Ausländer der Stadt Graz" machten unlängst die örtlichen Freiheitlichen im Gemeinderat zum Thema, insbesondere die „Steuergelder" für „primäre Versorgung, Dolmetscher und den Gesundheitsbereich". Gemeinderätin Claudia **Holzer**, die genau weiß, daß „es an der Tagesordnung ist, daß Nigerianer, die in Graz Sozialhilfe beziehen, in Wien beim Drogendealen gefaßt werden", verlangte die Errichtung von Sammellagern, „um einen Überblick zu bekommen, wieviele Ausländer sich tatsächlich in Graz aufhalten." Alle AusländerInnen sollten in einer Kaserne zusammengefaßt werden. Außerdem schlug sie die zivilrechtliche Haftung von Betreuungsvereinen – d.h. von deren MitarbeiterInnen - vor (wie Caritas oder Isop), um dem geplagten Stadtbudget die „Kosten für Sozialleistungen" zu ersparen (Antrag vom Dezember 98). Holzers FPÖ stellt in Graz mit Peter **Weinmeister** den Vizebürgermeister und lag bei den letzten Wahlen um nur 3% hinter der stimmenstärksten Partei, der SPÖ.

Der Vergleich macht sicher

Die Grünalternative Jugend gab im Herbst 1998 eine Broschüre mit dem Titel „Der Schoß ist fruchtbar noch..." heraus. Darin vergleicht Christian Gratzer die FPÖ mit der NSDAP zwischen 1920 und 1933. Sich der Gefahr plumper Analogiebildung durchaus bewußt, stellt der Autor seiner Arbeit eine Klarstellung voran: Etwas zu vergleichen, bedeute eben nicht, dieses gleichzusetzen. Zudem stelle die Gleichung FPÖ=NSDAP und Haider=Hitler eine grobe Verharmlosung des NS dar. Jedoch kommt in der Broschüre ein integraler Bestandteil des Vergleichens, nämlich das Herausarbeiten von Unterschieden, etwas zu kurz. Gratzer erwähnt zwar die unterschiedlichen Rahmenbedingungen für die Erfolge von NSDAP und FPÖ, bezieht sie jedoch in seine Analyse nicht weiter ein. Der Autor betont aber schon zu Beginn, daß er sich auf die Ebene der Ideolgie beschränkt. Er „untersucht, welche Forderungen der NSDAP heute in ähnlicher oder gleicher Form wieder Wahlerfolge möglich machen." Bei der Erklärung dieser Erfolge weist er zu Recht auf die personelle wie ideologische Kontinuität des NS hin.

Gratzer stellt akribisch zusammengetragene programmatische Äußerungen der beiden Parteien und ihrer Führer vor und weist deren Ähnlichkeit bis hin zur Identität nach. Von der Frauenpolitik über den Rassismus bis hin zur „Systemkritik" - überall „konnte nachgewiesen werden, daß die FPÖ in modifizierter Form auch Vorstellungen der NSDAP vertritt." Am Beispiel des von den inländischen Massen getragenen Migrationsregimes, das in seinem Rassismus weitgehend den FPÖ-Forderungen entspricht, bezieht er auch SPÖ und ÖVP in die Kritik mit ein. Denn es sind tatsächlich gerade jene zum Teil bereits verwirklichten FPÖ-Forderungen zur Lösung des „Ausländerproblems", welche den NSDAP-Forderungen am ähnlichsten sind.

Auch wenn jemand vom Vergleichen wenig hält, kann er/sie die Broschüre als gelungene und materialreiche Zusammenfassung historischer wie aktueller rechtsextremer Ideologie ganz gut brauchen. In Verbindung mit der von Schandl zurecht eingeforderten Analyse der „spezifisch postmoderne(n) Inszenierung Haiderscher Politik" (Weg und Ziel 4/98) bringt uns Gratzers Arbeit bei dem Versuch, Charakter und Erfolg der FPÖ zu erklären, dann ein gutes Stück weiter. ●

PS: Die Broschüre kann um öS 70.- bestellt werden bei: Grünalternative Jugend, Lindengasse 40, A-1070 Wien

Riposte @ Lotta

Wie automatisch sind bürgerliche Subjekte?

Anmerkungen zum Stellenwert der Wertkritik

In der letzten Nummer der Lotta Dura erschien unter dem Titel "Wertvolle, subjektlose Charaktermasken?" ein Diskussionsbeitrag, in dem unter anderem der Frage nach dem Verhältnis von Wertkritik, Antisemitismus und antinationaler "Intervention" nachgegangen wurde. So selten und positiv es auch ist, daß in Antifa-Zeitschriften auch theoretisch anspruchsvolle Beiträge Platz finden, so problematisch bleiben die darin geäußerten Kritikpunkte an wertkritischen Positionen.

Wir wollen im folgenden auf einige Punkte genauer eingehen, die unserer Ansicht nach dafür verantwortlich sind, daß die Kritik letztlich insofern unzureichend bleibt, als der Wertkritk Ansprüche unterstellt werden, die diese selbst nicht erhebt.

Wertkritik und Antinationalismus

Die AutorInnen betonen zunächst erfreulicherweise, daß "die Kritik an Wertform und Verdinglichung (...) zentrales Moment antinationaler Intervention ist", um danach festzustellen, daß "diese darin aber nicht vollständig aufgeht." Tatsächlich beharrt Wertkritk auf dem strukturellen Zusammenhang zwischen Wertvergesellschaftung und Nationsform. Indem die Nation als Folge bestimmt wird, deren Grund in der Warenförmigkeit gesellschaftlicher Beziehungen besteht, wird jedoch nicht behauptet, daß eine Kritik an Nationen und Nationalismus dadurch überflüssig würde. Eine solche Behauptung unterstellt der Wertkritik, daß sie am deterministischen Basis-Überbau-Schema des traditionellen Marxismus festhalten würde, wonach die Kritik an Überbauphänomenen (Staat, Nation etc.) in deren Rückführung auf handfeste ökonomische Ursachen bestünde. Genau diese Positionen sind aber Gegenstand der Kritik: Anstatt die Aufspaltung der Gesellschaft in eine politische und eine ökonomische Sphäre auch noch theoretisch zu verklären, besteht der Anspruch von Wertkritik darin, eben diese Aufspaltung als notwendiges Resultat warenförmiger Vergesellschaftung zu begreifen und auf einen gemeinsamen Grund zurückzuführen.

Durch den dergestalt hergestellten Zusammenhang, alle gesellschaftlichen Phänome als Teile der durch die Verwertung des Werts konstituierten gesellschaftlichen Totalität zu erklären, wird die relative Eigenständigkeit - beispielsweise der Nation - jedoch nicht bestritten.

Zur bürgerlichen Subjektivität

In dem Artikel wird weiters behauptet, daß "mit dem Subjekt, das hier (von der Wertkritik, Anm.) auf den Status der Charaktermaske einer "Warenmonade" zurückgestutzt wird, (...) dessen Praxisformen (verschwinden)." Warum bei der Kritik bürgerlicher Subjektivität die Praxisformen des Subjekts verschwinden sollen, ist uns ein Rätsel. "Bürgerliche Subjektivität konstituiert sich als Selbstbewußtsein der Ware und daher im Kampf um die Realisierung ihres Werts."[1] Daß die Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft dazu gezwungen sind, sich selbst nur als Behälter von Arbeitskraft zu sehen und am Markt zu realisieren, sich also auch marktkonform zu verhalten genötigt sind, das ist **die** Praxisform bürgerlicher Subjekte.

Damit wird nicht behauptet, daß Menschen heute wie ferngesteuerte Roboter durch die Gegend laufen. Dennoch:"Nicht bloß sind sie (die Individuen, Anm.) in einer vermeintlichen Sondersphäre von Ökonomie Charaktermasken, Agenten des Werts. Auch wo sie den Primat der Ökonomie sich entronnen wähnen, bis tief hinein in ihre Psychologie (...) reagieren sie unter dem Zwang des Allgemeinen."[2] Selbstverständlich beinhaltet das Menschsein auch Dimensionen, die über die Inhalte bürgerlicher Subjektkonstitution hinausgehen: Gefühle, Leiden etc. - um mit Adorno zu sprechen, das Nichtidentische im Subjekt. Zentral ist jedoch, daß diese Aspekte menschlichen Lebens dem Dasein als Subjekt untergeordnet sein müssen. "Furchtbares hat die Menschheit sich antun müssen, bis das Selbst, der identische, zweckgerichtete, männliche Charakter des Menschen geschaffen war, und etwas davon wird noch in jeder Kindheit wiederholt."[3]

Wenn in der Lotta Dura behauptet wird, daß Antisemitismus, Rassismus und Seximus die "abverlangte Unterordnung" erleichtern und "die geduldete konformistische Revolte" ermöglichen, so sehen wir darin keinen Widerspruch zu wertkritischen Argumentationen.

Anhand der Antisemitismustheorie der kritischen Theorie läßt sich leicht feststellen, daß die "Selbsttätigkeit der Subjekte" selbstverständlich einen großen Stellenwert besitzt.

Falsche Dichotomie

In weiterer Folge wird in dem Artikel kritisiert, daß von einem werttheoretischen Zugang aus, die "Freiwilligkeit wie Leidenschaft, mit welcher sich ganz gewöhnliche Deutsche und Österreicher an das Morden machten, aus dem Blick (gerät)". Die TäterInnen seien schließlich in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle zu ihrem Handeln nicht unmittelbar gezwungen worden. Die dabei vorgenommene dichotomische Unterscheidung zwischen dem aus dem Dasein als Warenmonade resultierenden, angeblich notwendigen Verhalten und der vermeintlichen Freiwilligkeit der Handelnden bleibt unzulänglich. So sehr das Morden nicht einem der Gesellschaft innewohnenden Automatismus entsprungen ist, so problematisch ist der Bezug auf den "freien Willen" der Menschen: Sie sind und bleiben Produkte der sie umgebenden Gesellschaft, "Ensembles gesellschaftlicher Verhältnisse" (Marx).

"Als frei handelndes reproduziert es (das Subjekt, Anm.) das gesellschaftliche Zwangsverhältnis, dem es unterworfen ist - genauso wie die gesellschaftliche Objektivität sich nur vermöge und vermittelns der Handlungen des Subjekts realisiert. Die Alternative von Freiheit oder Determinismus zielt an der Sache vorbei (...)"[4]

An einem Punkt wird die Kritik der Lotta Dura schlichtweg unzutreffend. Wertkritik nimmt für sich selbst nicht in Anspruch, Auschwitz als "unmittelbar aus der Wertvergesellschaftung abzuleitende Notwendigkeit" erklären zu können. Moishe Postone beispielsweise ordnet in seiner Theorie nicht der Warenform eine bestimmte Ideologie (den Antisemitismus) zu, sondern versucht umgekehrt, den Antisemitismus als eine (nicht die einzige) mögliche ideologische Ausdrucksform der Grundstruktur bürgerlicher Gesellschaft zu begreifen, d.h in der Ideologie des Antisemitismus die Spuren jener gesellschaftlichen Verhältnisse aufzudecken, aus denen er selbst entspringt. Der Anspruch einer wertkritischen Antisemitismutheorie ist auch nicht, das historische Faktum Auschwitz ableiten zu können. So betont Postone gleich zu Beginn seines Artikels, daß es ihm nicht darum geht, warum der ▶

Riposte © Lotta

Kritik an Microsoft . . . hilft uns auch nicht weiter

MICROSOFT - VON VIELEN GEHAßT, VON NOCH MEHREREN TAGTÄGLICH GENUTZT. AUF DER GANZEN WELT MACHT SICH EINE IMMER STÄRKER WERDENDE ANTI-MICROSOFT-LOBBY STARK. SO AUCH BEI TEILEN DER LINKEN, DIE SICH DEN "M$-HATE" PAGES VERSCHRIEBEN HABEN. (SIEHE ETWA WWW.ENEMY.ORG, DEREN VERANSTALTUNGEN U.A. IM EHEMALS LINKEN, MITTLERWEILE NICHT MEHR EXISTIERENDEN, TU-CLUB STATTFANDEN)

Als Gründe werden oft die schlechte Software, der Monopolismus, aber auch die im MS-Unternehmen herrschenden "miserablen" Arbeitsbedingungen genannt. Oftmals wird, um es auf die Spitze zu treiben, auch Bill Gates himself zum Opfer einseitiger Angriffe. So richtig die Kritik zu sein scheint, so falsch ist sie, wenn mensch das Wesen bürgerlicher Gesellschaft links liegen läßt.

So bleibt den meisten KritikerInnen von MS die Totalität kapitalistischer Vergesellschaftung verborgen. Der Schein wird zum Wesen erklärt. Deshalb kann auch nicht erkannt werden, daß eine Kritik an Microsoft immer nur das Potential in sich trägt, bestehende Verhältnisse zu affirmieren anstatt sie zu sprengen.

Dem Beharren auf der fehlerbehafteten Software fehlt der Blick aufs Ganze. Trotz dieses Vorwurfs kommen Microsoftprodukte immer mehr zu Einsatz. Einer Software, die permanent vor dem Systemabsturz stehen würde, käme so ein Erfolg wohl nicht zuteil. Selbst wenn Software-SpezialistInnen auf den unstrukturierten, fehlerhaften Code insistieren - die meisten UserInnnen wird dies nicht interessieren.

Betrachten wir nun den Vorwurf von Microsoft als Monopolisten. In diesem Vorwurf kommt Lenins Imperialismustheorie zutage, der diesen als Übergang vom freien Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus beschreibt. Auch er erkannte das Wesen des Kapitalismus, die Verwertung des Werts, nicht. Die relative Gleichgültigkeit der Schaffung von Wert und Mehrwert gegenüber der Organisation ihrer Verwertung wird aus dem Blickfeld geräumt. Statt dessen wird auf einem Unterschied beharrt, der mehr oder weniger, in die von den Nationalsozialisten getroffene Antinomie von "raffendem" und "schaffendem" Kapital mündet. Hier liegt die Gefährlichkeit einer Kritik, die dem Fetisch kapitalistischer Vergesellschaftung in die Falle läuft. Denn, um zu Microsoft zurückzukehren, als Forderung bleibt nur der Schrei nach einem (bodenständigen?) Konkurrenzkapitalismus übrig.

Wie verhält es sich nun mit der Kritik an den Arbeitsverhältnissen? Auch hier wird deren Notwendigkeit im Rahmen bürgerlicher Gesellschaft nicht erkannt. In Rahmen derer kann es immer nur, um die Steigerung von menschlicher Produktivität gehen. Das ist eine Binsenweisheit, die aber anscheinend immer mehr in Vergessenheit gerät. Die einen stellen deshalb keine Frauen ein, die anderen "verschärfen" Arbeitsbedingungen. Aber anstatt den Kapitalismus von Grund auf zu kritisieren wird Microsoft für ein Verhalten angeprangert, das der kapitalistischen Gesellschaft eigen ist. Der Produktion und Steigerung von Mehrwert.

Auch die Zuspitzung der Kritik auf die Person Bill Gates zeugt von einem falschen Kapitalismusverständnis. Hier wird einer Person Macht zugesprochen, die sie nicht hat bzw. die dieser nur als Trägerin gesellschaftlicher Verhältnisse zukommt. So weist eine in der Weise vorgetragene Kritik immer strukturelle Affinitäten zum Antisemitismus auf, dessen Wesen der Haß aufs personalisierte Abstrakte ausmacht. Kapitalismus wird in dieser Denkform nicht als komplexes gesellschaftliches Verhältnis wahrgenommen, sondern "den Herrschenden" bzw. "dem Herrscher" werden alle "schlechten" Seiten des Kapitalismus zugeschrieben.

Hinzu kommen Vergleiche von Bill Gates mit Hitler, wie sie in zahlreichen Cartoons dargestellt werden. Hier kommt wieder der traditionsmarxistische Ansatz ins Spiel, der - in der Diktion Dimitroffs - den Faschismus als die terroristische Diktatur der extrem reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals begreift. Die daraus resultierende Gleichsetzung von Faschismus und Kapitalismus verkennt das Wesen bürgerlicher Demokratien, der zwar durchaus faschistische Momente innewohnen, die aber im Ansatz durchaus liberale Ideen zu vertreten meint. Auch die Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen durch die Nazis wird durch solch vorgetragene Argumentation zum Nebenschauplatz der Geschichte.

So bleibt schlußendlich nur die Feststellung, daß eine Kritik an Microsoft immer den Denkmustern bürgerlicher Vergesellschaftung behaftet bleibt. Radikale Gesellschaftskritik ist damit nicht zu machen. ●

▶ Antisemitismus schließlich in der Vernichtung des europäischen Judentums resultierte, sondern *"was* damals durchbrach."[5]

ZUM ABSCHLUSS

Die AutorInnen der Lotta Dura haben recht, wenn sie die Wichtigkeit der Werttheorie betonen, und vor einem "Ableitungsreduktionismus" warnen. Es gilt, auf die Reichweite theoretischer Erklärungen zu reflektieren und Positionen nicht unkritisch zu übernehmen. Problematisch wird es allerdings in dem Moment, in dem Ansprüche an einer Theorie kritisiert werden, die diese selbst nicht erhebt. ●

1 Bruhn, Joachim: Unmensch und Übermensch. Über das Verhältnis von Rassismus und Antisemitismus, in: Ders.: Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation. Freiburg i. Brsg. 1994, S. 77-110, hier S. 82

2 Adorno, Theodor W.: Negative Dialektik. Frankfurt/Main 1994, S. 306

3 Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt/Main 1994, S. 40

4 Nachtmann, Clemens: Gehorsam ohne Befehl - Bombenlegen aus Erfahrung. Das Mitmacherkollektiv und die besseren Deutschen, in: Bahamas Nr. 27/1998, S. 21-26, hier: S. 23

5 Postone, Moishe: Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch, in: Werz, Michael (Hg.): Antisemitismus und Gesellschaft. Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt. Frankfurt/Main 1995, S.29-43, hier: S. 29

Nichts als Selbstentlarvung...

Schwarzbücher des Revisionismus auch ohne Courtois

Die Diskussion um das Ende 1997 erschienene „Schwarzbuch des Kommunismus" hat nicht lange angedauert. Was in Frankreich dem parteipolitischen Manöver der Rechten gegen die KommunistInnen diente, wurde in Deutschland zum hemmungslos beworbenen Weissbuch für die nationalsozialistischen Verbrechen. In Österreich blieb es wie schon so oft ruhig. Das vorherrschende Geschichtsbild ist bei uns nicht einmal dann ein Thema, wenn es als Provokation auf den Markt geworfen wird.

Ganz normale Geschichtsfälscher

Die ÖsterreicherInnen hätten ohnehin in dem Buch nichts gelesen, was als politischer Grundkonsens nicht schon seit längerem vorausgesetzt wird. Was behaupten denn die Thesen des Schwarzbuchs, das so bahnbrechend wäre, wie seine deutschen und französischen Verleger hinaustrompeten?

Die Annahme, daß Nationalsozialismus und Kommunismus ideologisch einander an Bösartigkeit ebenbürtig seien, ist für heimische Verhältnisse nichts Neues. Einen inhaltlichen Unterschied zwischen einer Idee, die als zentrale Aussage die Befreiung aus unterdrückenden Verhältnissen enthält, und einem Weltbild, das auf der Vernichtung von Millionen, nach völkischen Kriterien selektierten Menschen beruht, trafen außerhalb der Linken nur wenige.

Die Sonntagsreden vom „antifaschistischen" Konsens können nicht darüber hinweg täuschen, daß Österreichs als antitotalitär konstruierter Staatsauftrag immer mehr antikommunistisch als antifaschistisch besetzt war. Auch wenn es bei uns im Gegensatz zu Deutschland den Begriff der „Freiheitlich-demokratischen Grundordnung" mit allen juristischen und innenpolitischen Konsequenzen nicht gab, so ging doch die praktische Polizeiarbeit immer von einer Gleichartigkeit „links- und rechtsextremistischer" Kräfte aus. Wenn das Innenministerium 1998 einen „Staatsschutzbericht" publiziert und darin den „Antifaschismus" als staatsfeindliche Bestrebung definiert, deklariert es nur diese Praxis und noch mehr: die weitverbreitete Unwilligkeit, einen Extremismusbegriff zu hinterfragen, der heute ganz offen Faschismus und jene, die ihn bekämpfen, auf eine Stufe stellt.

Integraler Bestandteil dieses Weltbilds, das die Wesensgleichheit sämtlicher Regime von Mussolini über Stalin bis zu Hitler und der DDR postuliert, war und ist die Gleichsetzung von nationalsozialistischen und stalinistischen Verbrechen, von Gulag und Auschwitz. Die Shoah spielt dabei keine Rolle, außer daß es ein Kapitel ist, das mensch abgeschlossen sehen möchte.

Die Singularität der Shoah war und ist etwas, das die öffentliche Meinung kaum zur Kenntnis genommen, geschweige denn verstanden hat. Nicht einmal sozialdemokratische und linke ZeitgeschichtlerInnen betrachteten ein

Keine Kenntnis: Stéphane Courtois

wirkliches Verständnis dessen, was Auschwitz ermöglichte und ausmachte, als ihr Anliegen. Wenn nun selbst angesehene HistorikerInnen nur noch die industrielle Vernichtungstechnik als das Einzigartige des Holocausts anführen und damit beweisen, daß sie nichts, aber schon gar nichts begriffen haben, dann ist das ein klarer Befund über die Erinnerungsunkultur der österreichischen Gesellschaft: Den aktuellen Aufforderungen von rechter und bürgerlicher Seite, endlich den „Judenmord vom Sockel der negativen Singularität zu stoßen"[1] könnte sie gar nicht mehr folgen. Niemand ist in der Lage, etwas zu bezweifeln, das er/sie nie geglaubt hat.

Letztlich vertrug sich ja auch die offizielle Ächtung des Revisionismus mit permanenten Andeutungen über die Schuld der „anderen" am 2. Weltkrieg und über die Sowjetunion als direktem oder indirektem Aggressor. Bei vielen ist davon zumindest eins geblieben: der begründete Zweifel, daß etwas dran sein könnte.

Treblinka liegt in Sibirien

In den 90er Jahren werden im Boulevard und in der Wissenschaft diese Geschichtsklitterungen in schönster Offenheit als „Wahrheiten" verkauft, und in aller Unverfrorenheit wird ihre Widerlegung durch historische Fakten als „Zensur der political correctness" denunziert. Nach 1989 brachten die Renaissance des strikt antikommunistischen Totalitarismusbegriffs und die Renationalisierung der Geschichte auch bürgerliche und linksliberale HistorikerInnen dazu, den „inneren Stammtisch" als jüngste Erkenntnis zu formulieren. Während die neonazistische Geschichtsfälschung unter Strafe steht, wird die Geschichtsrevision der „Neuen Rechten" im Interesse einer Politik der nationalen Stärke forciert.

Diese „Neue Rechte" ist längst zu den plumpen Holocaust-Leugnern auf Distanz gegangen: Wozu abstreiten, was niemanden stört? Es wird relativiert und aufgerechnet, das Vergleichsgebot zwischen der roten Fahne und der Hakenkreuzfahne etabliert sich als unhinterfragter Bezugsrahmen für die Interpretation der Zeitgeschichte. Die Deportationen nach Sibirien und die Transporte nach Treblinka stehen mit einem Mal nebeneinander, über die subtile Einebnung von Begriffen verschwinden die Unterschiede. Die Feinde sind nicht mehr die Antisemiten und Revisionisten, sondern alle, die sich ihnen entgegenstellen. Nichts ist der selbstbewußten Nation so im Weg wie ein Antifaschismus, der die Singularität der Shoah ins Gedächtnis ruft und alltägliche rassistische Praktiken kritisiert. Die Flut publizistischer Verurteilungen des antifaschistischen Widerstandes als „kommunistischer

Mythos" oder „Geschichtslegende"[2] ist daher seit Ende der 80er Jahre rapide gewachsen. Der größten Beliebtheit erfreuen sich dabei die Einsichten von ehemaligen Linken, denen ihre Bekehrungen umso leichter fallen, wenn sie den Holocaust immer als zweitrangig und den Antifaschismus nie als eigenständige Kraft wahrgenommen haben. Manche dieser Bekehrten mißverstehen sich selbst sogar als noch immer links.

Das „Schwarzbuch des Kommunismus" deklariert sich dank des Vorwortes seines Herausgebers Stéphane **Courtois**, früher Aktivist einer maoistischen Gruppe und nunmehr reuiger Antikommunist[3], wenigstens offen: Es nimmt den hegemonialen revisionistischen Grundkonsens auf und stellt ihn zwei klar geäußerten Zielen zur Verfügung, der Diskreditierung aller linken und antikapitalistischen Utopien und der Historisierung - will heißen Normalisierung - des Nationalsozialismus und des Holocausts.

Alte Revisionisten-Leier

Da die Thesen von Courtois weder neu noch originell sind, wollen wir sie hier nur kurz zusammenfassen:

- ❑ Die kommunistische Idee produzierte von Anfang an, immer, überall und ausschließlich Verbrechen. Linkes Gedankengut stellt ganz allgemein eine „kriminogene" Ideologie dar, und die Geschichte des Kommunismus ist auf die seiner Verbrechen zu reduzieren.
- ❑ Daher ist der Nationalsozialismus samt dem Holocaust mit einer Opferzahl von „25 Millionen" dem Kommunismus mit seiner Opferzahl von „85 Millionen" gegenüberzustellen (für diese Zahl werden alle Opfer von Bürgerkriegen, Hungersnöten und tatsächlichem Terror in sämtlichen „kommunistischen" Ländern zusammengefaßt, vom „archaischen Totalitarismus" Chinas bis zum „tropischen Totalitarismus" Kubas).
- ❑ Der „Klassenmord" Stalins ist dem „Rassenmord" Hitlers auch qualitativ gleichzusetzen. Dies gilt auch für den „sozio-historischen Szientismus" (=Marxismus) und den „biologistischen Szientismus" (=faschistische Rassenlehre).
- ❑ Bis jetzt hat die Erinnerung an Auschwitz eine Beschäftigung mit den Opfern „kommunistischer" Gewalt verhindert und „allen Raum für den Massenterror im 20. Jahrhundert in Anspruch" genommen", weil „die internationale jüdische Gemeinde die Erinnerung an den Völkermord wach" halte.
- ❑ Der Antifaschismus ist nur eine Etikette und ein Handlanger des Kommunismus, mit dessen Hilfe die Linke die „kommunistischen" Verbrechen verschleiert habe.
- ❑ Letzten Endes ist auch die „Subversion", wie ein Streik während eines sozialen Konflikts, zu den Verbrechen des Kommunismus zu zählen, denn „Offen revolutionäre Gruppen sind aktiv und bringen sich in aller Legalität zum Ausdruck."

»Opfer des Faschismus«: Galina Sankovas Fotografie eines unter deutscher Besatzung errichteten Internierungslagers bei Petrosawodsk

Aufmacher des »Zeit«-Dossiers mit der Bildzeile: »Kinder in einem sowjetischen Internierungslager 1943«

„Kommunisten, Mörder!": Frankreich diskutiert

Noch bevor das Schwarzbuch in Frankreich in den Buchhandlungen stand, erschienen in „Le Monde" die kritischen und distanzierenden Stellungnahmen der Mitautoren Margolin und Werth über ihren Herausgeber.[4] Praktisch alle landesweiten Zeitungen griffen das Thema auf und brachten sehr ausführliche, kontroverse Auseinandersetzungen. Während der konservative „Figaro" großteils zustimmend argumentierte, funktionierte in den anderen Medien der linksliberale Gegen-

diskurs auf eine Weise, wie es in Deutschland und Österreich mittlerweile undenkbar wäre. So wandte sich sogar der Chefredakteur von „Le Monde" in einem Leitartikel gegen das Schwarzbuch und erklärte, mit derselben Methode hätte auch ein „Schwarzbuch des Kapitalismus" von ähnlichen Ausmaßen erstellt werden können.

Der antisemitische Gehalt von Courtois' Vorwort und seine skandalösen Bemerkungen über den Holocaust gingen in der ganzen Debatte fast unter: Weder wurde das Schwarzbuch als Befreiung von der „Moralkeule" (Walser) gefeiert, noch als Aufforderung begriffen, die Singularität der Shoah zu betonen. Dennoch, so manche Stellungnahme auf Linken zeichnete sich durch eine Sensibilität und eine Entschiedenheit zu diesem Thema aus, die den österreichischen ParteikommunistInnen nur gut tun würde.

Auf der parlamentarischen Ebene spielte Courtois hingegen nur kurz eine Rolle: Abgeordnete des liberalkonservativen Parteienbündnisses UDF hielten das gute Stück den Mitgliedern der KP unter die Nase, worauf der amtierende Premierminister Lionel Jospin seinen linken Koalitionspartner öffentlich verteidigte.

Erst nach dem März 1998 kam das Schwarzbuch wieder ins Gerede und diesmal half es endlich denen, die seine Aussagen von Anfang an vergeblich beansprucht hatten, nämlich den Faschisten vom FRONT NATIONAL (FN). In mehreren Regionalparlamenten gingen um diese Zeit UDF und Jean-Marie **Le Pens** Bande Koalitionen ein und votierten gemeinsam für den Regionalpräsidenten. Die öffentliche Kritik in Frankreich an der Zusammenarbeit mit den Rechtsextremen fiel heftig aus, und genau gegen diese warnenden Stimmen von links erwies sich das Schwarzbuch als rhetorische Waffe. Der UDF-Politiker Michel **Poniatowski** tönte in der „Libération": „Ich denke, daß es unmoralischer ist, die Stimmen der Kommunisten anzunehmen, die Millionen Menschen in Europa ermordet haben, als die des FN" - was spätestens seit dem Erscheinen des Schwarzbuchs jeder wisse. Und „Le Figaro" ergänzte, der FN habe wenigstens niemals „im Dienst einer ausländischen Macht gestanden" wie die KommunistInnen in Jospins Regierung.

Als sich in der Picardie ein UDFler mit Hilfe des FN zum Regionalpräsidenten wählen ließ, protestierten mehrere Abgeordnete lautstark im Regionalparlament. Mit Sprechchören „Kommunisten, Mörder!" wurde ihr Protest niedergeschrieen. Die Rezeption des Schwarzbuchs war damit endgültig auf dem Niveau angekommen, das es verdient.

WENN DER DEUTSCHE HUMOR AUSCHWITZ ERREICHT...

Wurde also in Frankreich das Schwarzbuch vor allem als Angriff gegen die Linke und die KP verstanden, so lasen deutsche JournalistInnen und PolitikerInnen darin zuerst das andere: die Relativierung des Holocausts und des Nationalsozialismus und die Verurteilung aller AntifaschistInnen, die sich unbequemerweise gegen solche Tendenzen noch immer wehren. Natürlich schrieb Courtois dabei nur, was sie schon immer gewußt hatten.

Die als liberal geltende „Zeit" brach als eine der ersten Medien das Eis und machte den „roten Holocaust" zur Schlagzeile. Boulevardblätter druckten serienweise Auszüge, Zeitungen, die Wert auf einen gewissen Ruf legten, boten zumindest den BefürworterInnen und GegnerInnen ein Forum. Courtois wurde von einer Podiumsdiskussion zum nächsten Interview herumgereicht, ein Kapitel über die DDR, das die französischen Autoren vergessen hatten, war ebenso schnell wie miserabel geschrieben.

Trotz einiger kritischer Stimmen war der Tenor relativ einhellig: Deutscher Mensch sah sich bestätigt darin, daß Unterschiede zwischen der „roten und braunen Barbarei" nur „Begriffsklauberei" („Welt") seien und daß der „beschwörende Rekurs auf die Einmaligkeit von Auschwitz" („tageszeitung") die Beschäftigung mit der „kommunistischen" Gewalt verhindert habe. Ausritte von Courtois, der im Land der TäterInnen erst so richtig in Fahrt zu kommen schien, wie „Wie lange wollen Sie sich noch so verhalten, als seien Sie allesamt Verurteilte von Nürnberg?" waren Balsam auf die Wunden der verhinderten Großmacht. Die Behauptung, daß in der BRD - in einem Nato-Staat mit explizit antikommunistischer Außen-und Innenpolitik! - die stalinistischen Verbrechen kein Thema gewesen sein sollen, schlägt der Wirklichkeit ins Gesicht, zieht sich aber wie ein roter Faden durch die meisten positiven Rezeptionen des Schwarzbuchs.

Wer Courtois Thesen zurückwies, wie zum Beispiel der Historiker Wolfgang Wippermann, der vehement die Singularität der Shoah einmahnte und „Geschichtsschreibung mit dem Taschenrechner" ablehnte, galt als „Antifaschist", und das war in einer solchen Debatte längst zum Schimpfwort geworden. Antifaschismus, so die dominierende Meinung, sei eine „linke Abwehr- und Immunisierungsstrategie" („taz"), die sich als „Geschichtspropaganda entlarvt" habe („Tagesspiegel"). Und um nicht der KomplizInnenschaft mit diesem Antifaschismus verdächtigt zu werden, verteidigten sogar HistorikerInnen und PublizistInnen eine angeblich positive Grundintention Courtois, die Bedenken gegen die unredlichen und unwissenschaftlichen Methoden des Schwarzbuchs hatten. Sie kritisierten ein „Sammelsurium propagandistischer Vereinfachungen" (Rudolf Walther in der „Zeit") oder „einige völlig verfehlte Zitate über den NS-Staat" („Tagesspiegel"), um das „Anliegen des Schwarzbuchs" oder den Herausgeber selbst in Schutz zu nehmen. Courtois als Opfer böswilliger RezipientInnen hinzustellen, die aus seinen Aussagen völlig unerklärlicherweise eine Verharmlosung des Nationalsozialismus konstruieren, kann wirklich nur, wer seine antisemitischen Kommentare nicht erkennen und seine Angriffe auf den Gedächtnisort Holocaust nicht verstehen will.

Kein Wunder, daß in dieser Diskussion der Revisionismus eines Ernst **Nolte** eine neue Würdigung erfuhr. Der Gulag geriet einmal mehr zum Ursprungsort von Auschwitz, die DDR zur „kommunistischen Fremdherrschaft", die nach 1945 die „alte Gesellschaft liquidiert"[5] habe. Schließlich wurde sogar Brecht als geistiger Kamerad Ernst **Jüngers** und geheimer Anhänger Friedrich **Nietzsches** geoutet, dessen „Verachtung" für den Humanismus die Linken in einer „apokalyptischen Faszination" erlegen seien („Zeit"). Bei soviel hausgemachtem Schwachsinn - den so zu nennen nur wenige HistorikerInnen fertigbrachten - fiel ein Courtois auch nicht mehr auf.

Ins zweifelhafte Rampenlicht schaffte es auf ihre Weise dafür die „taz": Das Blatt, das aus einer Linken entstanden war, die sich nach 1945 „geweigert hatte, dem Volk der TäterInnen ins Gesicht zu sehen"[6], griff mit einem Zynismus, der seinesgleichen sucht, alle an, die das Singuläre des Holocausts betonten. Ihre JournalistInnen wüteten über den „Glaubenskatechismus des linken deutschen Spießers" und die „allerletzte Schwundstufe der innerweltlichen Erlösungsreligion". Wer sich gegen die Gleichsetzung von Auschwitz mit an-

deren Genoziden wehre, sei ein „Tabuwächter, der sich im selbstgezimmerten Laufstall der ideologischen Borniertheit an das ranzige ideologische Muster vergangener Zeiten" klammere. „Don't touch my Holocaust", kommentierte Stefan **Reinnecke** mit dem dazupassenden Sarkasmus. Es ist weniger die Aggression, die solche Zeilen so schwer erträglich macht, sondern dieser echt deutsche Sinn für Humor, der gerade im Angesicht der Millionen Ermordeten nicht verstummt.

... und Linke in Wolf Martins Österreich schweigen

In Österreich bewirkte das Schwarzbuch eine solche Diskussion erst gar nicht. Einige Tageszeitungen versuchten, eine Form von „pro" und „contra" in Gang zu bringen, die meisten beschränkten sich auf ein paar Glossen und Artikel, die gerade die Minimalbilanz von Courtois Vorwort leserInnenfreundlich zusammenfaßten: der Kommunismus sei dem Nationalsozialismus ebenbürtig - „Verbrechen gegen die Menschlichkeit und an der Menschheit waren beide Ideen" („Kleine Zeitung") -, was nur einige renitente AntifaschistInnen und Linke nicht einsehen wollen, die sich aber sowieso einer „geistigen Komplizenschaft" mit den „Terrorregimen der Kommunisten" schuldig gemacht haben („Standard"). Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus war ein Kampf „im Namen eines Bösen gegen das andere Böse" und „die Nazis waren vielleicht schlimmer, aber die Kommunisten bestimmt nicht besser" („Kleine Zeitung"). Der geistige Gehalt der österreichischen Rezeption kommt sicher am besten bei Wolf **Martin** zum Ausdruck. In einem seiner kleinen Verse für die „Neue Kronen Zeitung" heißt es: „Daß Klassenhaß gleich Rassenhaß/für die Erkenntnis möge das/Schwarzbuch des Kommunismus dienen/Es ist jetzt auch auf Deutsch erschienen."

Wenig überzeugend fielen bei uns auch die Reaktionen der parteikommunistischen und trotzkistischen Linken aus. Anstatt die Gelegenheit beim Schopf zu ergreifen, um sich einmal genau mit der eigenen Haltung gegenüber Antisemitismus und der Rolle in einer deutschen oder österreichischen Nachkriegsgesellschaft auseinanderzusetzen, griff mensch lieber auf stereotype, oberflächliche Verteidigungsmuster zurück: Etwa, der Stalinismus habe kaum etwas mit früheren Entwicklungen in der KP zu tun, sondern sei als „bürokratische Konterrevolution" über weitgehend Ahnungslose hereingebrochen. So unhaltbar die bürgerliche Behauptung von der Deckungsgleichheit zwischen Kommunismus und Stalinismus ist, so angreifbar macht sich eine Position, die statt kritischer Analyse eine quasi anonyme Macht bemüht, die die Ideale der Oktoberrevolution verraten habe.

Wirklich unverzeihlich ist allerdings das beklemmende Schweigen zum Holocaust. KPÖ-Chef Walter Baier schaffte es, in seiner Stellungnahme zum Schwarzbuch, kein einziges Wort über Courtois Antisemitismus oder seinen Umgang mit der Shoah zu verlieren.[7] Fast noch peinlicher nahm sich der Kommentar in der Zeitschrift „Die Linke" von Daniel Bensaid aus.[8] Die revisionistische Inflationierung des Begriffs „Konzentrationslager" wird nicht etwa bekämpft, nein, man macht gleich mit. Unter Berufung auf Hannah Arendt führt der Beitrag aus, daß der Ursprung des KZ eigentlich im modernen Imperialismus liege.[9] In den „Konzentrationslagern in Afrika" sei das „Vorspiel zu ganz anderen Lagern" zu entdecken. Anstatt also die Absicht hinter der ausufernden Verwendung der Bezeichnung KZ zu erkennen, in der ganz bewußt die Spezifik des deutschen Mordprogrammes aufgelöst wird, versucht Bensaid, einen Nolte von links zu kreieren. Wenig später findet sich der Begriff „Eutha-nasie" als von ihm vermutetes Rezept der Schwarzbuch-BefürworterInnen gegen die KommunistInnnen wieder - auch nicht gerade ein Glanzstück an Sensibilität. Daß Bensaid seinen Artikel für eine französische Zeitung geschrieben hatte, mag manches erklären, aber eins sicher nicht - daß „Die Linke" ihn für Österreich kommentarlos übernommen hat.

Wieviel an Antisemitismus ist eigentlich nötig, diese Frage werden sich KPÖ und SOAL gefallen lassen müssen, damit die Dickhäuter unter ihnen wenigstens registrieren, wozu sie da so konsequent schweigen? Mag es auch eine taktische Überlegung sein, ob mensch sich mit dem Thema Schwarzbuch überhaupt befassen soll oder nicht. Es kann darüber diskutiert werden, ob eine Gruppe ihre Energien nicht in sinnvollere Aktivitäten als die Schwarzbuch-Debatte investieren soll. Aber wenn Linke über einen Courtois und seine Intention reden, dann ist es einfach unvertretbar, wenn sie dabei über seinen Antisemitismus schweigen.

Auf demselben unrühmlichen Blatt steht auch, daß ihnen die Verteidigung des Antifaschismus in diesem Kontext keinen Satz wert ist. Sich 100prozentig vor die Oktoberrevolution zu stellen, heißt noch nicht, auch Diffamierungen zurückzuweisen, die alle, die sich gegen faschistische und rassistische Ideologien zusammenfanden, zu Komplizen eines Verbrechens erklärt. Die historischen AntifaschistInnen hätten ein deutlicheres Wort des Protests verdient!

Das kapitalistische Schwarzbuch als Antwort?

Ein Standardargument tauchte fast überall in der Diskussion zum Schwarzbuch auf: der Vergleich mit einem „Schwarzbuch des Kapitalismus", das zwar noch nicht veröffentlicht wurde, aber täglich vor unseren Augen geschrieben werde. In Deutschland hielten junge Linke bei einer Diskussion ein Transparent mit der Aufschrift hoch: „Wer schreibt das Schwarzbuch des Kapitalismus?", bis sie von der Polizei aus dem Saal gewiesen wurden. „Wenn jedes System an der Zahl seiner unschuldigen Opfer gemessen wird, wie schwer wiegen dann die 40000 Kinder, die jeden Tag in der Dritten Welt an Unterernährung sterben?" schloß ein Beitrag in „Le Monde".

Kein Zweifel: Dieses Argument liegt einfach auf der Hand, und es ist so leicht zu verstehen. Wie hätte dagegen ein Protest gegen die Relativierung von Auschwitz auf einem Transparent Platz und wer würde es tragen? Doch gerade deswegen: Nur in einem solchen Kontext ist die Frage nach dem ausbleibenden „Schwarzbuch des Kapitalismus" nicht falsch. Nur dort, wo Angriffe auf den Gedächtnis-ort Holocaust wahrgenommen und als solche bekämpft werden, wird diese Frage richtig gestellt: nicht als Gegenüberstellung zu den Zahlen von Courtois Vorwort oder als weiterer Beitrag zur Historisierung der Verbrechen des deutschen Faschismus, sondern als Aufforderung, angesichts der Opfer, die ein solches „anderes Schwarzbuch" verzeichnen würde, an die Notwendigkeit linker Theorien und Praxen zu glauben und sich gegen ihre Kriminalisierung zu wehren.

Aber wie hierzulande der Vergleich mit einem „Schwarzbuch des Kapitalismus" wirken würde, erklärt sich von selbst aus dem Zustand kommunistischer Gruppen, die größtenteils noch sehr weit von einem Selbstverständnis

entfernt sind, das die „Bezugnahme auf den Holocaust" und eine „Reflektion über die Versäumnisse der Linken" (Wolfgang Wippermann) bewußt einschließt. Und solange können sie auch nur passive ZuschauerInnen sein, während die Geschichte weiterhin von denen umgeschrieben wird, die für den aufgeregten Eifer eines Stéphane Courtois nur noch ein nachsichtiges Lächeln übrig haben.

Den eigenen Zynismus aufgedeckt

Das „Schwarzbuch des Kommunismus" hat nicht viel verändert, weder den „Blick auf das Jahrhundert", wie es der deutsche Verlag marktschreierisch verkündete, noch das politische Klima, wie es manche Linke in ihrer ersten Ratlosigkeit befürchteten. Dieser ausbleibende Effekt hat nur wenig - eher noch in der französischen Öffentlichkeit als in Deutschland oder Österreich - mit der Erkenntnis zu tun, das ein schlechter propagandistischer Schachzug das auch bleibt, wenn er sich als Wissenschaft verkaufen will. Die mangelnde Wirkung der als Buch konzipierten PR-Kampagne ist zum großen Teil einfach damit zu erklären, daß sie eigentlich überflüssig war.

Von Folgen des Schwarzbuches konnte nur sprechen, wer sich allen Erfahrungen zum Trotz von der bürgerlichen Presse in Deutschland und Österreich noch eine Abwehrhaltung gegenüber revisionistischen Thesen erwartet hatte. Wer gehofft hatte, daß ein Ernst Nolte sich heute in der Diskussion noch diskreditieren würde, mußte resignierend feststellen, daß seine These von der Erfindung Auschwitz' in der UdSSR inzwischen zum common sense gehören. In ihrem Mut, mit derartigen Illusionen Schluß zu machen, fühlten die verantwortlichen JournalistInnen sich möglicherweise durch das Schwarzbuch bestätigt. Das ist aber auch schon alles. Einen spürbarer Meinungsumschwung hätte die „Neue" und „Alte" Rechte bei uns als Erfolg gefeiert. Daß sie das nicht tun können, ist im Grunde eine noch größere Genugtuung für sie.

Courtois ging als selbsternannter Aufdecker in die konservative und liberale Presse ein. Das Schwarzbuch wurde mit dem Anspruch angekündigt, angebliche Wahrheiten zu entlarven und behauptete Tabus zu brechen. Letztlich war seine Wirkung enttäuschend und erschreckend zugleich. Denn das einzige, was es aufdeckte und entlarvte, war das hegemoniale Geschichtsbild der 90er Jahre in seiner ganzen skrupellosen Ignoranz gegenüber den Opfern und Überlebenden von Auschwitz. Alles, was das Buch noch entlarven konnte, waren die Absichten hinter der herrschenden Geschichtsrevision mit ihrem zynischen Triumph über das Hoffnungspotential gesellschaftsverändernder Utopien. Gebrochen wurden nicht irgendwelche Tabus, sondern nur mehr die Regeln akademischer Höflichkeit, mit der Politik und Geschichtswissenschaft bisweilen noch ihre Übereinstimmung mit der extremen Rechten bemäntelt hatten. „Die Sieger von Nürnberg konnten die Tausenden von Leichen im Lager Bergen-Belsen nach Belieben fotografieren und filmen, und man hat von den Henkern selbst aufgenommene Photos gefunden.(...) Nichts dergleichen für die kommunistische Welt." (Courtois) Treffender hätten auch wir die NS-relativierende Absicht und den Zynismus nicht benennen können, die hinter seinem Weißbuch und den zahlreichen anderen Weißbüchern der 90er Jahre stehen. ●

1 Heinrich August Winkler in „Die Zeit" vom 21.11.1998

2 Seit 1990 sind zahlreiche Publikationen von rechten und konservativen AutorInnen erschienen, die sich der Abrechnung mit dem Antifaschismus widmen; parallel dazu die Klassifizierung sowohl durch den deutschen wie durch den österreichischen Staatsschutz des Antifaschismus als „verfassungs"-bzw. „staatsfeindlich"; die beiden Zitate wiederum sind der Tagespresse 1998 entnommen und beispielhaft für Kommentare in bürgerlichen Zeitungen.

3 Courtois ist Forschungsleiter am Centre National de la Recherche Scientifique, das auch offene Holocaust-Leugner beschäftigt. Seiner Auffassung nach war der NS nur „semitotalitär" im Gegensatz zum „Kommunismus" (bei einer Schwarzbuch-Vorstellung Juni 1998), und einer „Fraktion der jüdischen Gemeinde" wirft er vor, ihn zu kritisieren, weil sie die „moralischen und oft politischen Privilegien ihres Monopols auf das Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht verlieren" wolle (Februar 1998).

4 Die beiden Co-Autoren Jean-Louis Margolin und Nicolas Werth distanzierten sich noch vor Erscheinen des Buches vom Vorwort Courtois', insbesondere von seinen Äußerungen zum Nationalsozialismus. Beide publizierten in ihren Artikeln durchaus korrekte, wenngleich nicht neue Fakten; beide waren aber auch bereit, zumindest einen Teil der ideologischen Intention des Vorworts mitzutragen.

5 Klaus Schröder vom Berliner „Forschungsverbund SED-Staat"

6 Matthias Küntzel in: Jens Mecklenburg, Wolfgang Wippermann, „Roter Holocaust"? Kritik des Schwarzbuches des Kommunismus, Hamburg 1998.

7 vgl. Der Standard, 15. 12. 1997

8 vgl. Die Linke (hg. von der Sozialistischen Alternative, SOAL), 30. 11. 1998

9 Das heißt nicht, daß Arendts Analyse falsch oder indiskutabel wäre. Aber sie ist völlig verfehlt als einzige Entgegnung auf eine Verharmlosungsstrategie, die den schon lange vor dem NS existierenden Begriff „Konzentrationslager" bewußt mit dem Begriff KZ als Synonym für die NS-Vernichtungspraxen vermischt.

Neonazi-Angriffe in Innsbruck

GEGEN ENDE DES VERGANGENEN JAHRES STANDEN IN INNSBRUCK MEHRERE NAZI-SKINS VOR GERICHT. DEM VORAUS GING MONATELANGER TERROR GEGEN PUNKS, ANTIFAS, OBDACHLOSE, MIGRANTINNEN-KIDS UND ANDERE, DIE NICHT INS RECHTSEXTREME WELTBILD PASSEN. DER FASCHO-TERROR HÄLT AUCH NACH DEN PROZESSEN AN.

Zum bis dato heftigsten Angriff kam es am 3. September 1997: Rund 25 Neonazis zogen unter „Hier marschiert der Nationale Widerstand"-Rufen unbehelligt durch die Innsbrucker Innenstadt zum Landhausplatz. Dort griffen sie 14 Punks an. Nach einer Schlägerei blieben sieben, zum Teil schwer Verletzte zurück. Die Vorerhebungen gegen die noch am Tatort verhafteten Neonazis zogen sich über eineinhalb Jahre hinweg. Am 11. November 1998 begann schließlich der Prozeß gegen zwölf AngreiferInnen. Dabei stellte sich rasch heraus, wie wenig Interesse die Justiz daran hatte, TäterInnen und Opfer eindeutig zu trennen. So wurde einigen der geladenen ZeugInnen unmittelbar vor deren Aussage erklärt, daß sie diese verweigern könnten, da auch gegen sie ermittelt werde. Wie so oft zu derartigen Anlässen überboten sich Richter und Anwälte im Herunterspielen und Verharmlosen. Während ein Gerichtsmediziner noch von „Verletzungen, die lebensgefährlich sein können", sprach, waren diese nun nur mehr halb so schlimm. Zur Sprache kamen auch nicht die politischen Motive der Neonazis, ausgedrückt etwa in deren Parolen, wodurch das Gericht der Anwendung des NS-Verbotsgesetzes aus dem Weg gehen konnte. Das milde Urteil: drei Frei- und neun Schuldsprüche, davon neun Monate unbedingt für den „Rädelsführer", zweimal sechs Monate unbedingt, viermal vier Monate, davon drei unbedingt, und zweimal zwei Monate bedingt.

Fatale Folgen hatte die Weigerung des Gerichts, den ZeugInnen Schutz zukommen zu lassen. Angesichts der anhaltenden Bedrohung in der Tiroler Landeshauptstadt wollten diese keine unmittelbare Gegenüberstellung mit den Neonazis und bestenfalls vermummt aussagen. Der Richter lehnte dies ab, verzichtete aber wenigstens auf das Verlesen der Adressen der ZeugInnen. Drei Tage nach dem Ende des Prozesses wurden drei Jugendliche am Innsbrucker Busbahnhof von Skins angepöbelt. Ein Neonazi meinte zu einem der Jugendlichen: „Was ist jetzt, Punk, immer noch so gescheit wie am Mittwoch (Tag des Prozesses, Anm.) oder nicht mehr?" Kurz drauf stach einer der Angreifer dem Punk mit einem 20cm langen Messer in den Rücken und schrie dabei: „Das hast du nun davon!" Zum Glück wurde das Messer von einer Rippe aufgehalten, die deswegen nicht lebensgefährliche Verletzung konnte im nahegelegenen Spital rasch behandelt werden. Die Täter wurden noch am gleichen Tag gefaßt, befinden sich jedoch wieder auf freiem Fuß. Auch diese Tat wird von den Behörden als nicht politisch motiviert bezeichnet und in keinen Zusammenhang mit der vorangegangenen Aussage des Opfers gebracht.

Auf viel Verständnis seitens der Vertreter des Rechtsstaates traf auch ein Nazi-Skin im Oktober 1998. Nachdem er neuerlich straffällig geworden war, mußte er sich für eine mehr als zwei Jahre zurückliegende Schmieraktion vor einem Innsbrucker Geschworenengericht verantworten. Im Juni 1996 sprühte er gemeinsam mit einem Gesinnungskameraden Parolen wie „Ausländer raus" oder „Skinheads Tirol", sowie Hakenkreuze und SS-Runen. Nach einer vorläufigen Einstellung des Verfahrens wurde er nun nach dem NS-Verbotsgesetz angeklagt. Der Neonazi tat vor Gericht so, als wüßte er nicht, was er da gesprüht hatte. Er setzte auf den rassistischen Konsens und behauptete: „Ich habe mir gedacht, daß das Symbole gegen die Türken und Jugos sind." Mit Erfolg: Ein Schuldspruch erfolgte nur wegen schwerer Sachbeschädigung - zwei Monate bedingt.

Im Dezember mußten schließlich sechs weitere Nazi-Skins wegen NS-Wiederbetätigung vor Gericht. Sie feierten nämlich am Abend des 20. April 1998 in zwei Innsbrucker Lokalen lautstark den Geburtstag ihres „Führers". Das Singen des „Horst-Wessel-Liedes" und Skandieren einschlägiger Parolen wollten sie vor Gericht als Jux darstellen. Wie immer diente auch der alkoholisierte Zustand als Entlastungsargument. Einem der Angeklagten wurde zudem eine schwere Körperverletzung zur Last gelegt: Am Heimweg von der „unpolitischen" Geburtstagsfeier griff er zwei Migranten an und trat auf sie ein. Er wurde zu einem Jahr, davon neun Monate bedingt, verurteilt. Auch die übrigen Neonazis kamen mit milden Strafen davon: einmal sieben Monate, davon fünf bedingt, einmal fünf Monate bedingt. Das Verfahren gegen zwei Beschuldigte wurde ausgeschieden und das gegen einen erst 14jährigen Angeklagten gleich eingestellt. ●

Quelle: Infoladen Innsbruck, div. Tageszeitungen

INFOLADEN

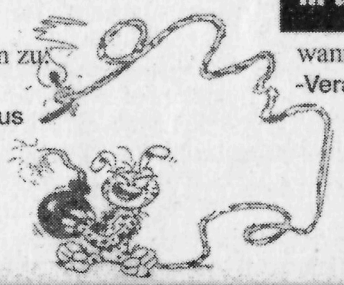
GRAUZONE

Juze Z6/ Dreiheiligenstr. 9/ 6020 Ibk
Öffnungszeiten: Mi und Fr, 18°° - 20°°

Zeitungen, Bücher, Broschüren, Tonträger (CD,LP,Tapes), Graffitistuff(Caps,Dosen, Magazine), Aufkleber, T-Shirts u.v.m.

Theorie...

Infos und Materialien zu:
Antifa/Faschismus
Feminismus/Sexismus
Tierrechte
Graffiti
Anarchismus
Repression
Internationalismus



... und Praxis

wann ist was los:
-Veranstaltungen
-Demos
-Konzerte
-Aktionen

Außerdem haben wir zu all diesen Themen ein Archiv. Weiters gibt es die Möglichkeit, die im Infoladen verkauften Produkte auch über unseren Mailorder zu erhalten. Bestellungen an: Grauzone/Pf 705/6021 Ibk.

Polizeistaatsschutzbericht 1997

Gott schütze Österreich

VORHANG AUF UND APPLAUS FÜR DIE PREMIERE EINER PUBLIKATION DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR INNERES. DIE PRÄSENTATION DES 1. "STAATSSCHUTZBERICHTES" FÜR ÖSTERREICH ERINNERT IRGENDWIE AN EINE DIESER WERBEFAHRTEN MIT GRATISESSEN. DER SCHLEIMIGE TYP AM PODIUM PRÄSENTIERT SEIN NUTZLOSES PRODUKT, DAS ER VÖLLIG ÜBERTEUERT VERKAUFEN WILL. DAFÜR MUSS ER ÜBLICHERWEISE EINIGE ÜBERZEUGUNGSTRICKS AUS DER PSYCHOKISTE ANWENDEN.

In diesem Fall heißt das Produkt "Law and order" und beinhaltet mehr Polizeibefugnisse, mehr Lauschangriffe und Rasterfahndungen, Abschottung der Festung Europa und andere legale Gewalttaten. Und es muß verkauft werden - trotz sinkender Kriminalitätsrate und trotz gefaßtem "Einzeltäter" Fuchs. The show must go on.

FRAGE: „HABEN SIE IHREN APPARAT IM GRIFF?"
MINISTER SCHLÖGL:
„ER HAT NOCH NIE SO GUT FUNKTIONIERT WIE JETZT. EIN GEWISSES EIGENLEBEN MUSS ES ABER SCHON GEBEN."
(KLEINE ZEITUNG, 20.11.98)

Die Werbestrategie des Ministers und seiner Paladine[1]: Wer schützen will, braucht Gefahren.

So wie die Profiwerber aus der Butterfahrt-Branche den Leuten Bilder von 1000fach vergrößerten Hausstaubmilben vors Gesicht halten, um dann ihre angeblich milbenfreien Matratzen an die angsterfüllten Schlaflosen zu verscherbeln, so zeigt Schlögl Momentaufnahmen seiner Lieblingsfeindbilder: "Internationaler Terrorismus", "Ausländerextremismus", "Organisierte Kriminalität", "Schlepperei". Nicht sehr unterschwellige Hauptbotschaft des in rot (Gefahr!) gehaltenen Heftchens: "Wir" sind umzingelt! Gefahr droht von links, von rechts, vom Osten und überhaupt. Vergleiche dazu die anschaulichen Grafiken...

DIE GESCHICHTE DES KGB

Dabei bemüht polizist sich, möglichst realistische Bedrohungsszenarien zu entwerfen, die dann auch noch mit interessanten Detailinformationen angereichert werden: Zum Beispiel war es für den Schutz des Staates Österreich im Jahr 97 gar nicht so unrelevant, daß der "sowjetische Staatssicherheitsdienst (...) offiziell am 20.12.1919 vom Rat der Volkskommissare unter der Bezeichnung TSCHEKA gegründet" wurde. Hochbrisant auch die Tatsache, daß deren erster Leiter "der einer polnischen Adelsfamilie entstammende Felix Edmundowitsch Dscherschinski" war. Ein derart detaillierter Rückblick ist schon notwendig, schließlich war das KGB "besonders zu Zeiten des "Kalten Krieges" Feindbild Nummer eins der westlichen Welt." Und Feindbilder muß polizist eben hegen und pflegen, sonst könnten sie ja gar abhanden kommen.

„NICHT NUR GEGEN FASCHISMUS"

Großer Beliebtheit erfreut sich auch die "Gefahr des Linksextremismus": Das Kapitel bietet allerdings keine Offenbarungen, außer vielleicht: Die Stapo hat ein TATblatt-Abo und beschäftigt sich auch sonst regelmäßig mit Medienberichterstattung. Nur eines verraten die Ausführungen zur linken Gefahr: Das linke Gesindel wird offiziell eingeteilt in drei Gruppierungen. Da stehen also folgende drei Aktenordner auf den Schreibtischen der Staatschützer: Erstens. Marxistisch/leninistisch und trotzkistisch orientierte Gruppen ("wollen kommunistische Weltordnung"). Zweitens: Autonome/Anarchos ("von einem systematischen Vorgehen oder einer grundsätzlichen Linie kann (...) nicht gesprochen werden. (...) Präventive Maßnahmen in diesem Bereich sind daher für die Sicherheitsbehörden schwierig." Oje.) Drittens. Antifaschisten (sic!) ("Die antifaschistischen Ideen und Aktivitäten richten sich (...) nicht nur gegen Faschismus, Nationalismus oder Chauvinismus,sondern auch gegen den Staat und seine demokratischen Einrichtungen.") Da erkennen die, die sich angeblich auf antifaschistische Grundsätze berufen, daß da irgendwo was nicht stimmt. Auf jeden Fall haben sie sich da eine bemerkenswerte Einteilung ausgedacht.

Zu den "gewaltsamen Aktionen mit Sachschäden", die der linken Szene zugerechnet werden, wird berichtet: "Einige Anschläge wurden von den Geschädigten selbst nicht wahrgenommen bzw. nicht als Anschläge gedeutet. Erst aufgrund polizeilicher Ermittlungen, gestützt auf Bekennerschreiben, konnten die Schäden einem Anschlag zugeordnet werden." Danke, ganz lieb.

RECHTS UND JENSEITS

Sicherheitsmarketing ist nicht immer leicht. Der gestreßte Hüter und Verkäufer des Gesetzes muß immerhin sehr verschiedene Kundengruppen berücksichtigen. Die Krone-geschulte Klientel versteht vieles ja auch ohne lange Erklärungen, es gibt aber auch solche, die nicht von vornherein davon überzeugt sind, Polizeiarbeit wäre eine Benefizveranstaltung. Die Werbekampagne wendet sich ausdrücklich auch an "die Öffentlichkeit, insbesondere ▶

Extremismus der Mitte

Wer schützt uns vorm Staatsschutz?

DIE KOLLABORATION VON POLIZISTEN UND FASCHISTEN IST SO ALT WIE DER STARKE STAAT, DEN SIE WOLLEN. DIE GEGNERINNEN DIESES STAATES SIND DIE FEINDE VON BEIDEN. UND IM ANGESICHT DES GEMEINSAMEN FEINDBILDES „LINKSEXTREMISMUS" WERDEN DIE REIHEN DICHT GESCHLOSSEN.

Der Widerstand, welcher dem sozialdemokratischen Innenminister Karl **Schlögl** und seinen BeamtInnen in ihren Versuchen (noch) entgegenschlägt, die Ausweitung der polizeilichen Befugnisse durchzusetzen, macht die Wahl der BündnispartnerInnen entscheidend. Die Hardliner im Innenministerium fanden ihn einmal mehr im Zentralorgan des gesunden Volksempfindens, der „Neuen Kronen Zeitung". Schon bei der sukzessiven Abschaffung des Asylrechtes bewährte sich die Koalition aus rassistischen Schreibtischtäter(innen) und Schreibknechten(-mägden).

RECHT(S)SCHREIBUNG

Bereits Anfang Oktober 1998 präsentierte Schlögl seinem Leib- und Magenblatt „Neue Kronen Zeitung" den aktuellen „Staatsschutzbericht". Bei dieser Gelegenheit betonte er: „Wir müssen gegenüber Rechts- und Linksextremismus wachsam sein" (NKZ, 2. 10. 98). Als der Bericht dann Ende November allgemein öffentlich gemacht wurde, freute sich der chronische Rassist und Antisemit Richard **Nimmerichter** alias Staberl: „Hier muß man es dem Innenministerium hoch anrechnen, daß es in seinem Bericht den Linksextremismus in Österreich keineswegs verschweigt." Vielmehr werde nun nicht mehr nur in der „Krone", sondern auch in der amtlichen Literatur „über linksextreme Umtriebe in unserem Land schonungslos berichtet". (NKZ, 27. 11. 98)

Tatsächlich kann der Innenminister gar nicht mehr vom Rechtsextremismus sprechen, ohne im selben Atemzug die Gefahren eines „Linksextremismus" an die Wand zu malen. Schon im Interview mit dem konservativ gewandeten Nazi-Blatt „Zur Zeit" war es für Schlögl „wichtig zu sagen, daß die Exekutive die Aufgabe hat, sowohl gegen die Gefahren des Rechts- wie auch des Linksextremismus vorzugehen." (ZZ 8/98) Auch bei der Präsentation des „Staatsschutzberichtes" Ende November schwätzte er über die „politischen Extremismen von Links und Rechts".

Dieser strategischen Gleichsetzung von linksradikaler Opposition und rechtsextremer Überaffirmation kommt eine doppelt entlastende Funktion zu: Einerseits kann das Ausmaß der neofaschistischen Mobilisierung gering veranschlagt werden. So heißt es auch aus dem Innenministerium, daß die beiden (!) „Extremismen" „keinen Anlaß zu einer besonderen Beunruhigung geben".

Vor allem aber kann sich die vielstrapazierte „Mitte", welche von einem Zangenangriff der „Ränder" bedroht sei, als politischer und sozialer Ursprungsort von Rassismus und Antisemitismus davonstehlen. Indem der Grad des „Extremismus" von der Frontstellung gegenüber der derart ▶

▶ Parlamentarier und verschiedene öffentliche Institutionen." Zur Ruhigstellung der Zielgruppe "Linksliberale Nörgler" enthält der Bericht dann auch ganze 16 Seiten zum Thema "Rechtsextremismus" - mit der Relativierung: "Unter den gegenwärtigen Verhältnissen stellt die österreichische Szene keine akute Gefahr für die demokratische Ordnung dar." Andererseits: "Der rechtsextreme Bereich fühlt sich durch die Verhaftung des mutmaßlichen Brief- und Rohrbombenattentäters entlastet. Es ist zu erwarten, daß diese Szene ihre Aktivitäten nun wieder verstärken wird." Die einen aufwiegeln, die anderen beruhigen - da ist für SkeptikerInnen jedweder Provenienz etwas dabei. Dieser Trapezakt ist ganz gut gelungen. Ansonsten auch hier nicht viel Neues, außer daß die Polizei nach einigen Jahrzehnten auch einmal mitbekommen hat, daß am Ulrichsberg zwar versucht wird "den kameradschaftlichen Charakter hervorzuheben", es aber nicht zu verhindern war, daß "diese Veranstaltung Treffpunkt von Rechtsextremisten verschiedener Länder war." Dabei haben sich die "Verantwortlichen" so sehr bemüht, das zu verhindern. Feinsäuberlich jenseits von links und rechts werden die "BBA"-Anschläge geführt - als abgeschlossene Kurzgeschichte.

KEINE OBJEKTIVITÄT

Immer diese Einseitigkeit: Islamischer Extremismus, die "radikalste Form des islamischen Fundamentalismus" und sogar der "Islam als Religion" finden Aufnahme in die Liste der Bösen und Gefährlichen, aber von fundamentalistischen KatholikInnen ist nichts zu lesen. Außerdem vermißt der/die aufmerksame LeserIn unter dem Kapitel "Staatsterrorismus" einige Aktivitäten des Staates Österreich. Für viele Menschen in diesem Land ist dieser Staat weitaus bedrohlicher als Iran, Libyen und Irak zusammen. Aber derartige Ausgewogenheit wäre wohl zuviel verlangt.

Im Großen und Ganzen bietet die sicherheitsbehördliche Jahresrückschau einen Newswert von annähernd Null. Was nicht aus dem deutschen Staatsschutzbericht abgeschrieben ist[2], stand entweder schon alles in der Krone oder im TATblatt. Womit die drei Hauptquellen des "Berichts" identifiziert wären. Aber Information war ja auch nicht Sinn und Zweck der Sache. Publizistisch unterstützte "Überzeugungsarbeit" mußte in kriminalistisch flauen Zeiten geleistet werden.

Bis auf wenige Ausnahmen ließ sich auch die gesamte "Öffentlichkeit" auf Butterfahrt mitnehmen und kaufte dem charmanten Verkaufstalent alles ab, was es zu verkaufen hat. Und es freuen sich auch schon alle: "Der Staatsschutzbericht wird künftig jährlich herausgegeben." Mensch darf gespannt sein auf den SSB 1998. Falls nicht wieder die selben "Rückblicke" am Anfang jedes Kapitels stehen oder Ausflüge in die Geschichte nicht mehr existierender Nachrichtendienste unternommen werden, könnte sich der Umfang der Broschüre drastisch reduzieren. Jetzt noch magische 100 Seiten stark, morgen schon nur mehr ein Flugblatt. Aber denen wird schon was einfallen, 1999 ist ja Wahljahr. ●

[1] Paladin, der: Angehöriger des Heldenkreises am Hofe Karls d. Gr.

[2] Anders als bei den deutschen KollegInnen werden hier keine Namen genannt.

aus der Kritik genommenen parlamentarischen Demokratie abhängig gemacht wird, können in ihren Wegen und Zielen so unterschiedliche Positionen zu einem Feindbild vereinheitlicht werden. Bei dieser Fortsetzung der Totalitarismusdoktrin nach innen geht es also um die Behauptung einer Nähe der „Ränder" zueinander. Im Bild vom „Verfassungsbogen", der mittlerweile auch Demokraten vom Schlage eines Jörg **Haider** integriert, wird diese Ideologie transportiert. Demnach befinde sich die „Mitte" in gleicher Distanz zu ihrer extremistischen Übertreibung wie zu ihrer radikalen Kritik. Es ist bezeichnend für den Zustand der Linken, daß bis dato einzig die FPÖ den willkürlichen Charakter des ministeriellen Extremismusbegriffes kritisiert. Aus gänzlich anderer Motivation heraus bekritteln nämlich der FPÖ-Abgeordnete Maximilian **Hofmann** und Kollegen in einer

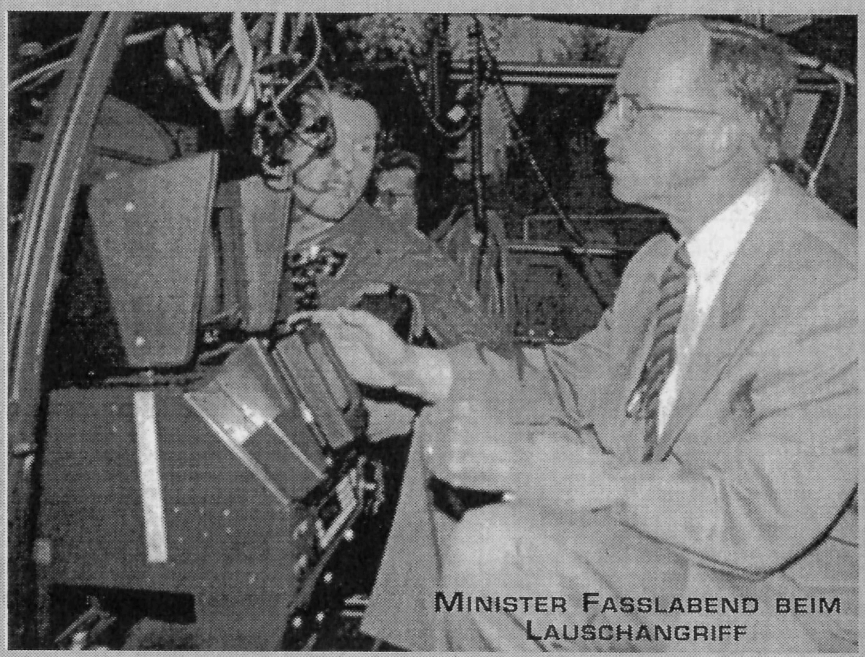
Ein Streit, der keiner war

Das Justizministerium fühlte sich überfahren: Gerade mal drei Wochen wurden den beamteten JuristInnen letzten Herbst gewährt, um den jüngsten Entwurf zum Sicherheitspolizeigesetz zu begutachten. Die Eile des Innenministeriums kommt nicht von ungefähr, stellt doch sein Entwurf einen weiteren dramatischen Eingriff in die bürgerlichen Grundrechte dar. So sollte etwa die Auskunftspflicht der Telekommunikationsbehörden massiv ausgeweitet werden. Nach Schlögls Vorstellung hätte die Post und private Telefongesellschaften ohne gerichtlichen Beschluß sämtliche Daten und Kommunikationsgewohnheiten ihrer KundInnen der Exekutive bekanntgeben müssen. Aber der Kompromiß ist wie immer schlimm genug: Eine unmittelbare Auskunftspflicht besteht nun dann, wenn diese der „ersten allgemeinen Hilfeleistungspflicht, für die Abwehr gefährlicher Angriffe oder für die Abwehr bandenmäßiger oder organisierter Kriminalität" dient.

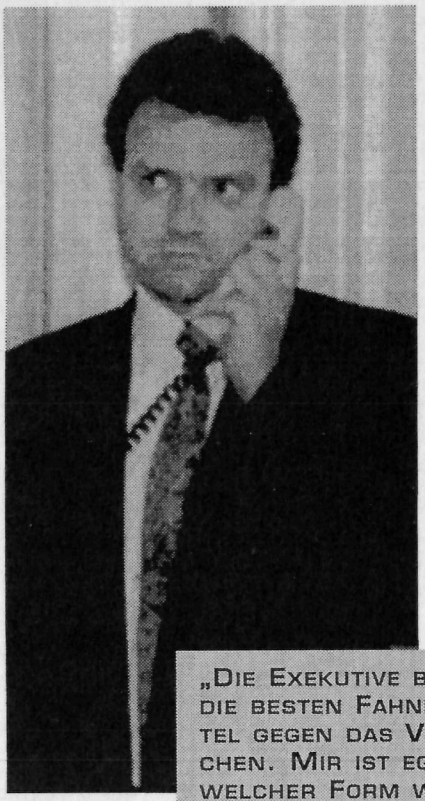
Gänzlich Abstand nehmen mußte das Innenministerium zunächst von seinem Versuch, das Treiben der Staatspolizei im Vorfeld gerichtlich strafbarer Handlungen vom Gesetzgeber absegnen zu lassen. Dieser Passus im Entwurf rief vor allem das Verteidigungsministerium auf den Plan. Denn die Militärs befürchteten, daß ein legistisch abgesicherter „Staatsschutz" im Innenministerium die geheimen Aktivitäten der eigenen Spitzeldienste verunmöglichen könnte. Tatsächlich gibt es in SPÖ und Innenministerium Bestrebungen, die polizeilichen und militärischen Dienste unter einem Dach zusammenzufassen.

Die Retourkutsche für die Militärs folgte prompt: SozialdemokratInnen zerrissen in den Beratungen das Militärbefugnisgesetzes aus dem Stall des ÖVP-Verteidigungsministers Fasslabend in der Luft. Insbesondere der Versuch, die derzeit im rechtlichen Niemandsland agierenden Heeresbehörden bei der „Abwehr von Gefahren" für militärische Einrichtungen nahezu dieselben Befugnisse wie der Polizei zukommen zu lassen, rief die Schlögl-Truppe auf den Plan. Den von den Militärs reklamierten „lebensgefährdenden Waffengebrauch" gegenüber militärische Einrichtungen gefährdende ZivilistInnen will die Polizei in Friedenszeiten weiterhin sich selbst vorbehalten. Die gesetzliche Verankerung der Tätigkeiten der Heeresgeheimdienste - etwa das uneingeschränkte Observieren und Abhören, ohne Auskunftspflicht gegenüber den Betroffenen - stießen auch bei ParteifreundInnen Fasslabends auf Kritik. So spricht etwa die Wirtschaftskammer (!) von einer drohenden „Generalermächtigung zum Anlegen gigantischer Datensammlungen über die gesamte Bevölkerung" (Salzburger Nachrichten, 13. 1. 99). Das Justizministerium nennt den Entwurf „undifferenziert und überschießend" (Der Standard, 14. 1. 99). Die vom Heer verlangten ausufernden Befugnisse ließen sich nicht mit dem Datenschutz vereinbaren und stünden in keiner Relation zu den „Aufgaben" militärischer Stellen.

Angesichts der durchgehend negativen Stellungnahmen zu seinem, alle bürgerlichen Grundrechte verhöhnenden Entwurf verdonnerte der dem rechten („Arbeitnehmer"-)Flügel der ÖVP zuzurechnende Fasslabend seine Partei dazu, das Militärbefugnis- mit dem Sicherheitspolizeigesetz zu junktimieren. Die ÖVP scheint nun ihre Zustimmung zum Sicherheitspolizeigesetz von der Haltung der SPÖ zum Militärbefugnisgesetz abhängig zu machen. Aber angesichts des grundsätzlichen Konsens über die Notwendigkeit totaler Kontrolle und wirksamer Repression konnte nicht gehofft werden, daß sich die beiden Regierungsparteien wechselseitig blockieren. Dies hätte zudem auch wenig bedeutet, da die Ende März im MinisterInnenrat abgesegneten Gesetze ohnehin bloß eine Legitimierung bereits gängiger Praktiken darstellen. Wenn Sicherheitspolizei- und Militärbefugnisgesetz durch die koalitionäre Zustimmungsmaschine im Parlament gelaufen, die Einwände der (linksradikalen?) Anwaltskammer und RichterInnenvereinigung vom Tisch gewischt sind, dann dürfen Stapo und Militärdienste auch offiziell „erweiterte Gefahrenforschung" ohne konkrete Kriminaltat betreiben. Einzig ein beamteter „Rechtsschutzbeauftragter" überwacht dann das Spitzel-Treiben seiner KollegInnen. Angesichts dieser drastischen Ausweitung des Polizeistaates stellt sich einmal mehr die Frage, was einem Jörg Haider nach seiner Machtübernahme noch zu tun bleibt.



MINISTER FASSLABEND BEIM LAUSCHANGRIFF



„Die Exekutive braucht die besten Fahndungsmittel gegen das Verbrechen. Mir ist egal, in welcher Form wir das haben."
Innenminister Schlögl

Anfrage (30. 11. 98), daß es das Ministerium verabsäumt habe, „eine verbindliche Bestimmung des Begriffes 'Rechtsextremismus' vorzunehmen". Die politischen Polizisten stehen tatsächlich im Widerspruch zur richterlichen Auffassung, wonach „die Bezeichnung einer Person als 'rechtsextrem' nicht ehrenrührig" ist und „eine rechtsextremistische Betätigung (...) für den Bereich der Strafrechtspflege unerheblich ist." Das NS-Verbotsgesetz und andere Paragraphen des Strafgesetzbuches (z.B. „Verhetzung") würden ja den legistischen Rahmen für behördliches Einschreiten abgeben. Doch damit wäre eine Kriminalisierung linksradikaler Opposition nicht zu machen. Also haben die IdeologInnen der „Inneren Sicherheit" den Extremismusbegriff in Anschlag gebracht. Einige haben aber die Fragilität der Konstruktion „Linksextremismus" erkannt und fordern in Anlehnung an das Verbotsgesetz bereits offen ein Gesetz gegen „kommunistische Wiederbetätigung".

Verfassungsschutz in Rot-Weiss-Rot

Aber juristische Spitzfindigkeiten sind ihre Sache nicht: Schlögl und sein oberster Ordnungshüter Michael **Sika** nutzten die Präsentation ihres „Staatsschutzberichtes" vielmehr vor allem dazu, um ihrer Forderung nach einer noch exzessiveren Befugniserweiterung der politischen Polizei Nachdruck zu verleihen. Die obersten Staatsschützer wissen nämlich sehr wohl um die rechtliche Grauzone, in welcher hierzulande vermeintlichen Gefährdungen des demokratischen Gemeinwesens polizeilich begegnet wird. Schlögl: „Genau genommen dürfte die Staatspolizei nicht einmal Presseartikel und Agenturmeldungen auswerten." (Kurier, 25. 11. 98) Bis zur gesetzlich abgesicherten Aufblähung des Polizeistaates setzen sie auf die normative Kraft des Faktischen und - Frechheit siegt! - so wird auch der ohne jede rechtliche Grundlage erstellte „Staatsschutzbericht" nicht zum Skandal, sondern zu einem „Argumentationsmittel für Schlögls Kampf" (Kurier, 25. 11. 98) gegen das Parlament. Angesichts einer fehlenden „freiheitlichen demokratischen Grundordnung", aus deren allgemeiner Verteidigung ein Rechtstitel für die politische Polizei abgeleitet werden könnte, muß das zeitliche wie personelle Vorfeld strafbarer Handlungen weit gesteckt werden. Repression nennt sich hier dann Prävention. Über die derzeitigen formalen Einschränkungen in der „Verbrechensabwehr" weiß der „Kurier" zu berichten, daß PolizistInnen „erst eine halbe Stunde vor einem geplanten Attentat gegen den mutmaßlichen Terroristen aktiv werden (dürfen)." Dies würde „letztendlich die Beobachtung von Extremisten über längere Zeit (verbieten)." (25. 11. 98)

Die law-and-order-Fraktion wird langsam ungeduldig: Bereits im Sommer 1997 wurde in einem ministeriellen „Dreistufenplan zur Schaffung eines Amtes für Staatsschutz" verlangt, der politischen Polizei endlich auch ganz legal nachrichtendienstliche Befugnisse einzuräumen. Nicht erst das Vorliegen eines „Strafbestandes" solle zum Einschreiten führen dürfen, vielmehr müsse eine von der Verfolgung konkreter Straftaten unabhängige „operative Informationsgewinnung" und „langfristige Beobachtung und Einschätzung eventueller Gefahrenlagen" zur staatsschützerischen Aufgabe werden.

Das deutsche Beispiel vor Augen, macht sich auch die Rechte für einen Verfassungsschutz stark. Im „Zur Zeit"-Interview schwafelt etwa der marodierende Politologe Andreas **Maislinger** über die gefürchtete „Antifaschismus-Keule", die ihm und seinesgleichen dauernd übergezogen werde. Der dem nationalrevolutionären Flügel zuzurechnende Maislinger verlangt ein „Bundesamt für Verfassungsschutz wie in Deutschland", welches „nüchtern Links- und Rechtsextremismus und Extremismus im allgemeinen erforscht." (ZZ 18/98) Als nüchterner Leiter dieses Amtes, der „das Vertrauen von beiden Seiten" (ebd.) haben müsse, bietet sich Maislinger bei dieser Gelegenheit gleich selbst an.

Ein paar Ausgaben davor konnte der Innenminister selbst seine „moderne Staatsschutzeinheit" erläutern. Schlögl, der den Interviewern und LeserInnen von „Zur Zeit" auch mit seiner Rede über „Menschen unterschiedlicher rassischer Herkunft" (ZZ 8/98) entgegenkommt, beschreibt dort die „drei Hauptaufgaben" des durchzusetzenden Verfassungsschutzes: Informationsbeschaffung, „Analyse" und „operative Tätigkeiten".

Feindbildproduktion

Die IdeologInnen der „Inneren Sicherheit" sehen diese nicht nur vom „Extremismus" bedroht, sondern auch und vor allem von der „Organisierten Kriminalität" (OK). Diese vereint alle Eigenschaften eines wirksamen Feindbildes, welches nicht zufällig an das der „jüdischen Weltverschwörung" erinnert: Die oft mit einer Krake (!) verglichene OK bedrohe das

OFF LIMITS
Antirassistische Zeitschrift
Nummer 24 - 4.Quartal 1998
Europa unter dem Grenzregime
Visacard für Flüchtlinge
DM 6,-
Bestellungen an
off limits
c/o WIR-Zentrum
Hospitalstr. 109
22767 Hamburg
Tel/Fax 040 - 3861 4016/7

Gemeinwesen von Außen. Systematisch (!) sickere sie in alle Bereiche der Gesellschaft und des Staates. Beide würden von der allgegenwärtig und -mächtig phantasierten OK planmäßig (!) untergraben werden. Der rassistische Diskurs über die „Ausländerkriminalität" hat sich mit einem strukturell antisemitischen verbunden bzw. sich zu diesem transformiert.

Als Folge des Treibens der OK erscheint - etwa beim moralisierenden Oberpolizisten Sika - ein allgemeiner Werteverfall und eine vollständige gesellschaftliche Desintegration. Da die Grenze zwischen wohlbringendem Kapitalismus und verbrecherischer Besitzanhäufung schwer zu ziehen ist, wird sie zwischen „In-" und „AusländerInnen" behauptet.

So antwortet Sika in einem „Zur Zeit"-Interview zur OK, ob die „offene Gesellschaft (...) durch eine neue Völkerwanderung bedroht wird": „Also, diese Bedrohung existiert im Wesentlichen seit dem Fall des Eisernen Vorhanges. Schon Minister Löschnak hatte dies erkannt, ebenso sein Nachfolger Innenminister Karl Schlögl. Allerdings gegen den Willen einiger, die glauben, daß Österreich Platz für alle bietet." (ZZ 6/97)

Der Diskurs über die OK ist nicht nur offen rassistisch und latent antisemitisch, er soll - gleich dem über den „Extremismus" - auch die weitere Ausweitung polizeilicher Befugnisse durchsetzen helfen. Lauschangriff hin, Rasterfahndung her, im medial verbreiteten Kriegszustand sollen die von der „Ausländerkriminalität" Bedrohten auch drastische Gegenwehr befürworten. Sika: „Wenn man nicht an die Grenzen des Zulässigen geht, wird man die OK nicht bis ins Letzte nachweisen können." (Kurier, 4. 1. 1999) Die permanente Verschiebung dieser „Grenzen" auf Kosten rechtsstaatlicher Prinzipien hat sich das Bündnis aus Bullen und Boulevard zum Ziel gesetzt.

(Uni)formierte Gesellschaft

Daß es dabei um mehr geht als die Verwirklichung polizeilicher Allmachtsphantasien, nämlich um eine grundlegende, autoritäre Umgestaltung der Gesellschaft, macht der „Krone"-Herausgeber Hans **Dichand** im Interview mit „Format" deutlich: „Wir treten für die Polizei ein, weil wir sie als eine der letzten Gruppen in unserer Gesellschaft sehen, die bereit ist, ihr Leben für den Einzelnen und die Gemeinschaft einzusetzen." (Format 8/98) Die Bullenuniform als Tracht der StaatsbürgerInnen, Gehorsam und Opferbereitschaft als deren Kardinaltugenden, strenge Hierarchie als deren Organisationsform - so oder ähnlich läßt sich das Gesellschaftsbild der rechten Allianz für Recht und Ordnung skizzieren.

Dichands Eintreten für die Polizei bedeutet im Konkreten das Mauern gegenüber Vorwürfe an die Adresse der organisierten Korruption und Gewalttätigkeit. Während sich Polizeiübergriffe meist einfach totschweigen oder schlimmstenfalls zu „Einzelfällen" erklären lassen, werden Affären wie die illegale Weitergabe von Daten möglichst klein gekocht. Die freundlichen Berichte erstattet vor allem der freiheitliche Schreibknecht Gerhard **Walter**, ein Freund des FPÖ-Polizeigewerkschafters Josef **Kleindienst**.

Und all diejenigen, welche auch nur versuchen, an liberalen Ordnungs- und BürgerInnenrechtsvorstellungen festzuhalten, trifft der geballte Zorn der Autoritären. So warnte die „Krone" am 17. November in fetten Lettern auf der Titelseite vor einer „Linksextreme(n) Revolte in SPÖ", welcher „Innenminister Schlögl als Angriffsziel" diene. Den Hintergrund für diesen spektakulären Aufmacher gab ein Kommentar des biederen Sozialdemokraten Bruno Aigner im „Kurier" ab. Der Sekretär des Parlamentspräsidenten Heinz Fischer schrieb dort am 16. November: „Die Minister Karl Schlögl und Werner Fasslabend (ÖVP-Verteidigungsminister, Anm.) arbeiten an der Erzeugung einer Law-and-order-Hysterie mit, die das subjektive Unsicherheitsgefühl vieler Menschen verstärkt. Dieses Unsicherheitsgefühl liefert wieder den Vorwand für noch mehr Schritte in Richtung Polizeistaat."

Die „Krone"-Macher, deren Nerven nach einigen Niederlagen blank lagen, machten aus dieser vorsichtigen Kritik den Ausdruck einer „linksextremen" Verschwörung. Zuvor mußten sie mit Schaum vorm Mund zusehen, wie der („linksextreme"?) Justizminister Michalek Schlögls Entwurf zum neuen „Sicherheitspolizeigesetz" zersauste und ein paar wenige („linkschaotische"?) SP-Abgeordnete sich Schlögls Versuch widersetzten, sämtliche Nachbarstaaten Österreichs per Gesetz zu „sicheren Drittländern" zu erklären, damit von dort einreisende AsylwerberInnen umgehend abgeschoben werden können.

Die exzessive Verwendung des Begriffes „linksextrem", etwa für die Charakterisierung von braven SozialdemokratInnen, Grünen oder Liberalen, hat aber auch etwas Gutes: Sie untergräbt potentiell die staatsschützerischen Anstrengungen, linksradikale Opposition zu kriminalisieren. Daß aber die ganze Konstruktion des „Linksextremismus" dennoch nicht in sich zusammenbricht, dafür sorgt nicht zuletzt der Zustand der Linken selbst. Diese vermochte es nicht, die Selbstentlarvung der medialen Linkenhatz für eine grundsätzliche Kritik am Extremismuskonzept zu nützen. ●

Illegalisiert leben heißt ...

Haft ohne Delikt

Kein Mensch ist illegal.
Gesetze illegalisieren Menschen.

Wer illegalisiert lebt,
muß jederzeit mit Schubhaft rechnen.
Das bedeutet bis zu sechs Monate Haft,
ohne eine Straftat begangen zu haben,
ohne gerichtliches Verfahren, unter
menschenunwürdigen Bedingungen
und ständiger Angst vor Abschiebung.
Hungerstreik ist die einzige Chance
auf vorzeitige „Freiheit".

kein mensch ist illegal

Informationen unter Telefon 01/533 72 71

„Freie" Bullen

und die Freie Gewerkschaft Österreich

Die mit großem Tam-Tam Ende April letzten Jahres aus der Taufe gehobene FREIE GEWERKSCHAFT ÖSTERREICH (FGÖ) legte einen ordentlichen Fehlstart hin. Entgegen der damals aufgestellten Behauptung ihres Vorsitzenden Josef **Kleindienst**, mehr als 10.000 anständige und fleißig schaffende ÖsterreicherInnen würden sich für eine Mitgliedschaft interessieren, verirrten sich bis dato nicht einmal 2000 Aufrechte in die freiheitliche „unabhängige Gewerkschaft". Von den ursprünglich erhofften 100.000 Mitgliedern redet heute niemand mehr in der FPÖ. Bezeichnenderweise stammen die FGÖ-Mitglieder zu zwei Dritteln aus der Polizei. Mit Kleindienst steht zudem ein rechter Hüter von Recht und Ordnung an der Spitze der virtuellen Gewerkschaft.Der Wiener FPÖ-Bulle war bereits 1990 unter den Gründungsmitgliedern der AKTIONSGEMEINSCHAFT UNABHÄNGIGER UND FREIHEITLICHER (AUF). Diese brachte es bei Personalvertretungswahlen der ExekutivbeamtInnen in einzelnen Abteilungen auf eine Stimmenmehrheit. Angesichts des Wegfalls des „linksextremen" Feindbildes Innenminister Caspar Einem und der Politik seines Nachfolgers und Parteifreundes Schlögl begann jedoch der AUF-Stern zu sinken. Darum wollte die FPÖ die Gründerstimmung vom letzten Frühjahr nützen: Ende Mai wurde eine FREIE EXEKUTIVGEWERKSCHAFT (FEG) ins Leben gerufen. Den Vorsitz übernahm der oberösterreichische Gendarm Josef **Wagenthaler**.

An die Öffentlichkeit trat die FEG mit dem Plan, prügelnden und schikanierenden Polizisten, über welche sich die Betroffenen beschweren, einen Rechtsschutz zukommen zu lassen. Die FEG würde im Bedarfsfall gegen die aufmümpfigen BürgerInnen straf- und zivilrechtlich vorgehen. Die gängige Praxis, die Opfer von Polizeiübergriffen, die diese nicht so ohne weiters hinnehmen wollen, wegen „Widerstand", „Körperverletzung" und dergleichen anzuzeigen, soll nun ausgeweitet und zentral verwaltet werden. Gefragt nach dem finanziellen Polster für eine derartige Aktion antwortete Wagenthaler, daß sich der „Unfug", den beschwerende oder klagende „Verbrecher" da betreiben, „nach ein paar beispielgebenden Prozessen" ohnehin aufhören werde (Die Presse, 30. 5. 1998). Eine Fleißaufgabe, denn beispielgebend wirkt neben der postwendenden Anzeige oder Klage der anmaßenden „Verbrecher" (etwa wegen „Verleumdung") schon der behördliche Umgang mit deren Beschwerden über (meist rassistisch und sexistisch motivierten) Bullenterror: 1997 stand eine (!) Verurteilung mehr als 300 Anzeigen gegen Beamten wegen „unzulässiger Gewaltanwendung" gegenüber.

ERSTES EXEMPEL

An den „Verbecher(n)" von AMNESTY INTERNATIONAL (ai) wollte die FPÖ-Polizeigewerkschaft im Juni 1998 ein erstes Exempel statuieren. Sie drohte der Menschenrechtsorganisation mit einer Klage wegen „übler Nachrede" und „Verleumdung", weil diese in ihrem Jahresbericht schwere Übergriffe zweier Kärntner Polizisten dokumentiert. Für die FEG war die Unschuld der Prügelbullen „erwiesen", das Schädel-Hirn-Trauma und den Bruch der Schädeldecke habe sich das Opfer laut der freien Tätergewerkschaft „vor der Verhaftung" zugezogen... ●

JOSEF KLEINDIENST

Menschenjagd als Alltagshandlung

Rezension: Menschenjagd - Schengenland in Österreich

DER SAMMELBAND BEGINNT MIT DEN WICHTIGSTEN GRUNDLAGEN UND VORAUSSETZUNGEN DES PROJEKTS SCHENGEN UND ENDET MIT DESSEN EFFEKTE UND EIGENDYNAMIKEN, DER BELEUCHTUNG DER GESELLSCHAFTLICHEN UND POLITISCHEN VERHÄLTNISSE. „JÄGER" UND „HELFER" - SO DIE KAPITEL - WERDEN DARIN EBENSO UNTER DIE LUPE GENOMMEN, WIE AUCH URSACHEN UND PRAXIS DER FLUCHT UND LEBENSBEDINGUNGEN VON FLÜCHTLINGEN NACHGEGANGEN WIRD.

Anhand von Einzelbiographien, statistischem Material, Gesetzen, medialen und politischen Diskursanalysen verdichten sich die Darstellungen der Themen Grenzsicherung, Fluchtalltag, Schubhaft-, Asyl-, und Abschiebepraxis. So erhält mensch einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung Osteuropas nach `89, sowie über die momentane Asylzusammenarbeit mit den EU-Nachbarländern Ungarn und Polen. Die Konstruktion des Drittausländers aus dem Geist der europäischen Vereinigung, die das Abschottungs - und Rückschiebungsgeschäft in den soliden Sachzwang verweisen, indem sie die ideologische und gesetzliche Basis bildet, markiert eine der wichtigsten Konstruktionen für diese Entwicklung, und welcher EU-Peripherie-Staat will sich denn schon die Möglichkeiten der Integration in die neue Weltordnung verbauen. So gibt es die Schubhäfen auf beiden Seiten der Grenze.

Klar und parteiisch sind die Standpunkte, von denen aus, der gesellschaftliche Konsens fokussiert wird. Über den Rekurs auf Begriffe, wie den der „Mitte-Extremisten" wird verdeutlicht mit welch absorbierenden und entpolitisierenden Strategien, der „Pragmatismus als neue Ideologie" „wertfrei" dem Primat der Ökonomie folgend humanitäre Asylpolitik zum idealistischen Luxus dequalifiziert. Eine dieser Strategien ist z.B. die paternalistische Aneignung des Begriffs der Solidarität. Ursprünglich gedacht als einer, der sich gegenüber einer Wohltätigkeit von oben wehrt und eine gemeinsame Praxis zur Wiedererlangung der eigenen Handlungsfähigkeit in den Mittelpunkt stellt, wird zunehmend zur Inzenierung der eigenen Anständigkeit benutzt. Dies gilt sowohl für das Selbstverständnis der HelferInnen, die dem Nächstenliebe-Schema erobernder Fürsorge anhängen als auch für Agenten der politischen Eliten.

Der naiv-romantische Multi-Kulti Ansatz setzt ein statisches Verständnis von Eigenem und Fremden voraus und profitiert von der Abhängigkeit der Opfer. „HelferInnen", wie auch ihre Hilfsagenturen stecken im Dilemma, da durch Professionalisierung und gesetzliche Rahmenbedingungen, wie etwa die im Fremdengesetz festgeschriebenen „gelinderten Mittel" zur Anhaltung von Personen, Eigeninteressen entwickelt werden, welche die je spezifischen Involvierungen in staatsrassistische Praktiken verdecken, obgleich sie daraus resultieren, was an diesem Beispiel als Konsequenz ein Interesse an Schubhaftexpansion bedeutet. Schubhaft vermeiden durch „Helfer-Haft"? Das Selbstverständnis von „Betreuung satt Bestrafung" von FlüchtlingshelferInnen zeigt sich strukturell betrachtet als ein Teil des ganzen Strafsystems.

Einige begriffliche und inhaltliche Unzulänglichkeiten im Buch sollen noch erwähnt werden, etwa die Sprache von einem „Konzentrationslager" in Györ, das Versehen des Kapitals mit den Eigenschaften „zusammengerafft" und „erspekuliert" und das Ziehen einer „historische[n] Parallele zwischen den für jüdische Flüchlinge geschlossenen Grenzen und der aktuellen Flüchtlingsabwehr Europas." Problematisch ist auch die Behauptung „Unrecht hat stets Namen und Adresse," welche zwei Seiten später durch die Bezeichnung eines jungen und labilen Beamten, als Täter und „Opfer des Systems" zugleich, ergänzt wird.

Durch die umfangreiche Behandlung des Themas Schengens konnten dementsprechend auf 206 Seiten verschiedene Aspekte nur angeschnitten werden. Interessant wird in Hinkunft sein, die Bedeutung, der in der Asylpolitik getroffenen Maßnahmen, für andere gesellschaftliche Bereiche, sowohl in begrifflicher, konzeptioneller, als auch in ideologischer Hinsicht, sowie weitere geistige Klimaverschärfungen, etwa durch die „Schlepperwesen"-Debatte, zu beobachten. Eine andere Frage ist wie sich Asylbewegungen von einer „single issue"-Politik, um einer Marginalisierung zu entkommen, wegbewegen könnten. Ob dies durch eine Verbindung mit Sozialpolitik geschehen kann, ist schwer zu beantworten, zudem, wie in einem Artikel richtigerweise angesprochen, sich die Diskurse über „Nation" und „Ausländer" in Sozialbewegungen häufig vermischen. ●

Menschenjad
Schengenland in Österreich
Hg. Anny Knapp, Herbert Langthaler
Promedia, Wien 1998